

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
vierteljährlich 3,30 Mk., halbjährlich 6,60 Mk.,
jährlich 13,20 Mk. Post- und
Einsendekosten sind nicht
eingerechnet. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
Nummern mit Wochenschrift 10 Pf. Post-
Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Belegungs-
Liste für 1897 unter Nr. 7437.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonell-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Werbe- und Veranlagungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
vormittags geöffnet.
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 20. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Kreta und Rhodessa.

London, 17. Februar.

Ein eigenthümlicher Zufall hat es gewollt, daß die erste öffentliche Sitzung der parlamentarischen Untersuchungs-Kommission über den Jameson'schen Einfall in das Transvaal just an demselben Tage stattfand wie die erste Debatte im englischen Parlament über das griechische Unternehmen auf oder um Kreta. Die Vertheidiger des Rhodes-Jameson'schen Handstreichs haben nicht verfehlt, die Ähnlichkeit beider Unternehmungen möglichst scharf zu betonen. Ein nicht ungeschickter Zug, denn gerade diejenigen, die den Jameson'schen Einfall am lautesten verurtheilt haben, applaudiren jetzt dem Vorgehen der Griechen aus Leibeskraft. Das letztere ist in England überhaupt populär; die paar Blätter, die es verurtheilen, bezw. als bedauerlich hinstellen, thun dies mit Rücksicht auf die Verpflichtungen, die England dem Konzert der Großmächte gegenüber eingegangen. Sonst ist die öffentliche Meinung, ein paar „Wilde“ ausgenommen, entschieden für die endgiltige Lösung Kreta's von der Türkei, d. h. dessen Vereinigung mit Griechenland. Die Mehrheit der radikalen Blätter aber haben hoffnungslos dem Vorgehen Griechenlands zugeneigt und die Hoffnung ausgedrückt, daß sich dasselbe nicht von den „Vereinigten Großmächten“ werde abhalten lassen, sich auf Kreta häuslich einzurichten.

Damit haben sie nun in der That formell gegen die Grundlage verstoßen, auf Grund deren der Oberrichter Charles Russell — beiläufig bis zu seiner Erhebung zum Oberrichter ebenfalls ein Abolitionist — im vorigen Jahre Jameson und Genossen verurtheilte. Sie haben zum bewaffneten Einfall in das Gebiet einer befreundeten Macht aufgefodert. Was Dinkel Paul recht ist, muß dem Abdul Hamid billig sein.

Herr Cecil Rhodes drehte bei seinem Verhör den Spieß um. Was gegenüber Abdul Hamid recht ist, kann gegenüber Dinkel Paul nicht unbillig gewesen sein. Die „Mitländer“ in Johannesburg hatten so gut Grund zu Beschwerden wie die Christen auf Kreta. Durchgreifende Abhilfe wurde ihnen verweigert, Versprechungen, die man ihnen gemacht, wurden nicht gehalten, und so blieb ihnen nichts als der Versuch, mit Waffengewalt Reformen zu erzwingen. War es da nicht die entschuldigende Sache von der Welt, daß er Vorkommen traf, ihnen im entscheidenden Moment zu Hilfe zu kommen?

Die Ironie der Geschichte wollte es, daß derselbe Sir William Harcourt, der am Abend für die Griechen eine Lauge einzulegen hatte, am Nachmittag Herrn Rhodes als Richter gegenüberstand und das Verhör desselben leitete. Man muß gestehen, daß er sich der letzteren Aufgabe besser entledigte als der ersteren. Er setzte dem großen Cecil arg zu und brachte ihn durch Kreuz- und Querfragen wiederholt in nicht geringe Verlegenheit, ohne seinerseits einen Augenblick die Ruhe zu verlieren. Rhodes hatte gleich am Anfang eine Erklärung abgegeben, in der er zugab, die revolutionäre Bewegung in Johannesburg finanziell unterstützt und ihre bewaffnete Unterstüßung vorbereitet zu haben, insbesondere weil er der Ansicht gewesen sei, daß Präsident Krüger's Politik darauf hinausliefe, den Einfluß einer fremden Macht in die schon verwirklichten Verhältnisse Südafrika's hineinzuziehen und damit den Zusammenschluß der verschiedenen südafrikanischen Staaten zu erschweren. Die „fremde Macht“ ist natürlich Deutschland, und daß der Verdacht oder die Befürchtung des Herrn Rhodes nicht ganz von ungefähr war, braucht hier nicht erst dargelegt zu werden. Aber es handelt sich auch gar nicht um die nationalpatriotischen Absichten des Herrn Rhodes, sondern um die Mittel, mit denen er sie verfolgte. Daß diese zum theil sehr unsauberer Natur, zeigt die Häufigkeit, mit der Rhodes sich gezwungen sah, Antwort zu verweigern oder Gedächtnißschwäche vorzuschieben.

Aber interessant ist es, wie der weiland Premier der Kapkolonie und Kollege von Herzögen und sonstigen Peers des britischen Reiches durchgängig die Vorbereitung einer Revolution als die selbstverständlichste Sache von der Welt behandelte, über die man unter zurechnungsfähigen Menschen überhaupt nicht mehr diskutirt. Daß er die Gelder für die Agitation in Johannesburg vorgestreckt hat, war doch ganz natürlich. Solche Dinge kommen ohne Fonds nie zu stande. Diese cynische Erklärung erinnert an Kinkel's Denkschrift über seinen Revolutionsfonds. „Gottfried meint“, schrieb Marx darüber, „es verhalte sich mit der Revolutionsmacherei wie mit der Eisenbahnmacherei. Sei einmal das Geld vorhanden, so finde sich die Bahn in dem einen Fall und die Revolution in dem andern. Man sieht, in welche Ideen-Engenisse der merkantile Wind von England selbst melodramatische Köpfe hineinbläst.“ Cecil Rhodes sollte sich auch überzeugen, daß man eine Revolution nicht auf dieselbe Weise macht wie eine beliebige Minengesellschaft.

Vielleicht war es die Rückwirkung des am Nachmittag angestellten Verhörs, daß Herr Harcourt am Abend sozusagen das Wort in der Kette stecken blieb, als er im Haus der Gemeinen die griechische Sache gegen Lord Salisbury, oder richtiger die Großmächte verfocht. Aber einen guten Schläger hatte er doch. Lord Salisbury hat im Haus der Lords das Vorgehen Griechenlands als „übelberathen“ (ill-advised) bezeichnet. Harcourt griff das Wort auf und meinte, es erinnere an den Ausdruck, den Wellington vor siebzig Jahren von der Seeschlacht bei Navarino brauchte, nämlich „ein ungeschicktes Vorkommniß“ (an untoward event). Wie dies ungeschickte Vorkommniß zur Unabhängigkeit

Griechenlands, so werde das „übelberathene Vorgehen“ hoffentlich zur Befreiung Kreta's führen. Disraeli-Deaconsfeld habe die Beseitigung der türkischen Herrschaft in verschiedenen Balkanprovinzen als eine „Konsolidirung des türkischen Reiches“ bezeichnet. Wenn die englische Regierung auch jetzt ihren Einfluß für diese Art Konsolidirung geltend mache, werde sie ein segensreiches Werk verrichten.

Noch energischer traten Dillon von den irischen Nationalisten und Labouchere als Vertreter der äußersten Linken für die Griechen ein. Die Konservativen schwiegen, um der Regierung ihre Aufgabe nicht zu erschweren. Alle Welt weiß, daß Lord Salisbury das türkische Regiment für unverbesserlich hält und wenn es auf ihn ankäme, den Kretern bewilligen würde, was sie verlangen. Aber dank der Gefügigkeit der Festlandsmächte gegenüber Rußland, das für die Griechen zuletzt etwas übrig hat, sind ihm die Hände gebunden, und so müßte — wieder eine Verkehrung der Rollen — es ein englischer Seefahrer sein, der den Griechen die Verfolgung eines türkischen Truppschiffes untersagte. Die geistige Erklärung Lord Salisbury's und mehr noch die heutige Rede Balfour's im Haus der Gemeinen waren Beschwörungen an das englische Publikum, mit seinem Urtheil über das Verhalten der Regierung zurückzuhalten, bis dieselbe über die Einzelheiten ihres Thuns und Lassens offen werde Auskunft geben können. Das ist der Segen des famosen europäischen Konzerts, die alte Kabinettpolitik auf erweiterter Basis.

Aber wenn das Publikum von dem, was im Schooße des famosen „Konzerts“ vorgeht, nichts erfährt, so hindert dies es nicht, seine eigene Meinung unverhüllt kundzugeben. Und die ist, wie gesagt, mit ganz wenigen Ausnahmen auf Seiten der Griechen. Die „Times“ natürlich, die Süamerica, wenn nicht Mitschuldige des Johannesburger Aufstandes, hat den Griechen eine sehr moralische Strafpredigt gehalten, und vom Standpunkt des Cityblattes ist es ja auch begreiflich genug, daß ein Staat mit schlechten Finanzen sich nicht leisten darf, was Finanzkriegen, die über gute Bankkonten verfügen, sehr wohl ansteht. Es giebt aber leider sehr viel Leute, die verschroben genug sind, die Dinge anders anzusehen. Selbst die Thatfache, daß es sich auf Kreta um die Aufhebung der eingeborenen Bevölkerung gegen fremde Eroberer und nicht um einen Aufstand von Eingewanderten gegen Eingeseffene handelt, ist für die große Masse des englischen Volkes kein genügender Grund, den Griechen zu verargen, was die biedere „Times“ an Herrn Rhodes als Beweis des großartigsten Patriotismus feiert.

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Herr v. Stumm hatte vor acht Tagen angekündigt, daß er gelegentlich der Schlussverhandlung über den Achtstundentag die Sozialdemokratie manifest machen und bisher noch ganz unbekanntes Schicksaligkeiten von unserer Partei an das Tageslicht bringen würde. Heute hat der Reichstag nun diese große Abschachtung über sich ergehen lassen müssen, und was ist dabei rausgekommen? — rein gar nichts. Es bleibt dabei, was wir lethim bereits über den Industriefürst von Reumkirchen schrieb: er kann nur mehr auf die Sozialdemokratie schimpfen und zwar durchaus nicht etwa geistreich schimpfen.

Zitate aus Zeitungsartikeln oder Klatsch über einzelne Personen, das ist alles, was dieser ingrimmigste Gegner der Arbeiterbewegung über diese noch vorzubringen weiß. Heute bildete den Haupttheil seiner Rede eine Wiederholung der Lügen und Verleumdungen, welche der Anarchist de Witte über die Genossenschaft in Gent vor einiger Zeit in die Welt setzte, Anklagen, deren Unhaltbarkeit längst vor Gericht dargegan ist.

Herrn von Stumm folgte Herr von Heyl in der Bekämpfung unseres Antrages. Dieser Vertreter der Großindustrie kultivirt das persönliche Gebiet weniger. Heute beschränkte er sich in der Hauptsache darauf, daß er die Verbesserung der Industrie-Arbeiter damit bekämpfte, daß andererseits die landwirtschaftliche Bevölkerung noch mehr den industriellen Zentren zuströmen, das Land dadurch entvölkert und die Lage der Industriearbeiter wieder durch die neue Konkurrenz herabgedrückt würde. Also auch Herr von Heyl ist nur im Interesse der Arbeiter gegen eine Verbesserung ihrer Lage. Auch ein Standpunkt!

Dr. Förster begründete seinen Antrag, die Maximal-Arbeitswoche auch auf das Verkehrsweesen auszudehnen, mit dem Hinweis auf die besonders lange Arbeitszeit der Arbeiter und Beamten im Post- und Eisenbahnwesen. Außerdem äußerte sich der Redner über den Maximal-Arbeitsstag in einer Weise, welche erkennen ließ, daß er noch keine Zeit hatte, die einschlägige Literatur zu studiren.

Dr. Hise brachte den Streit um die Bedeutung der kaiserlichen Erlasse wieder vor, wobei sich herausstellte, daß der Gegensatz in der Auslegung zwischen von Stumm und Dr. Hise in aller Schärfe bestehen bleibt. Es liegt eben jeder heraus, was ihm behagt; im übrigen ist der Streit höchst gleichgiltig, denn ob man die Erlasse im Sinne v. Stumm oder Hise auslegt, die Arbeiter wissen längst, daß ihnen keine Erleichterungen gewährt werden, wenn sie sich dieselben nicht erkämpfen.

Genosse Fischer ging in seinem Schlusswort hauptsächlich auf die widerspruchsvolle und zweideutige Haltung des Zentrums ein, wie sie in den Reden und Anträgen des Herrn Dr. Hise einerseits und v. Hertling andererseits zum Ausdruck

gelange. Er wies nach, daß der von Hertling vertretene Standpunkt grundsätzlich unvereinbar sei mit dem von Hise bisher vertretenen Standpunkt des Arbeiterschutzes. Während Hise auf dem Boden des gesetzlichen Normal-Arbeitstages und der allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit stehe, hat v. Hertling ausdrücklich erklärt, daß nach seiner Auffassung die Grenze des staatlichen Zwanges in wirtschaftlichen Dingen erreicht sei. Das sei eine förmliche Frontschwermung in der Frage des Arbeiterschutzes, aber schließlich doch der Standpunkt, den das Zentrum bei seiner Zusammenfassung aus den wirtschaftlich heterogensten Elementen praktisch einnehmen müsse.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Fraktion natürlich abgelehnt, dagegen der Antrag des Zentrums, Erhebungen darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, angenommen.

Unsere Genossen stimmten ebenfalls für den Antrag, weil, wie Fischer ausführte, sie in demselben einen Protest erblickten gegen die Art, in welcher bisher der Bundesrath die ihm in § 120e der Gewerbe-Ordnung eingeräumten Befugnisse ausübte.

Hierauf kam der Margarine-Antrag, der vom Zentrum und den Konservativen gleichlautend vorliegt und der eine Wiederholung des im vorigen Jahre von der Regierung abgelehnten Entwurfes ist; der Agrarier Rettig begründete den Antrag und der Minister v. Bötticher gab darauf eine Erklärung ab, aus der sich ergibt, daß die Regierung ihren Standpunkt verändert hat und weder gegen die Beimischung eines besonderen Farbmittels noch gegen die getrennten Kaufräume für Butter und Margarine, letzteres wenigstens für die größeren Orte, etwas einzuwenden hat. Hier haben also die Agrarier gesiegt, obgleich die praktische Verwirklichung dieses Sieges infolge noch eines Haken hat, als die Regierung sich zwar mit dem Farbbegebot einverstanden erklärt, das Farbmittel aber noch nicht gefunden ist.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Das Herrenhaus beriet heute zunächst den Margarine-Antrag des Grafen v. Frankenberg, welcher die Regierung auffordert, dem von mehreren Parteien im Reichstage eingebrachten Gesetzentwurf betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln im Bundesrath ihre Zustimmung zu ertheilen. Die Kommission, die den Antrag vorher beraten hat, beantragte seine unveränderte Annahme und ließ durch ihren Berichterstatter erklären, daß sie auf dem vollständigen Farbbegebot, das bekaunlich mit ein Grund zur Ablehnung der Vorlage seitens der Regierung war, nicht beharre, sondern mit der Einführung der latenten Färbung zufrieden sei. Eine solche Selbstüberwindung muß natürlich belohnt werden, und so kam dem auch der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein den Agrariern entgegen, indem er verkündete, daß die Regierung der Einrichtung entgegenstehender Verkaufsräume für Butter und Margarine — die zweite Bestimmung, die zum Scheitern der Vorlage im vorigen Jahre beigetragen hat — nicht mehr prinzipiell gegenübersetze, sondern bereit sei, dem im Reichstage gestellten Antrag, wonach diese Einrichtung nur für Städte mit über 5000 Mitgliedern gelten soll, zuzustimmen. Im übrigen erwartete er das Haus, den Antrag Frankenberg anzunehmen, was auch mit großer Mehrheit geschah.

Gegen die Vorlage sprachen nur Oberbürgermeister Bender (Breslau) und in sehr sachkundiger Weise der neu ins Herrenhaus berufene Geheime Kommerzienrath Frenkel, der den Agrariern vor Augen hielt, daß sie kein Recht hätten, die ganze Margarinefabrikation als ein unreelles Gewerbe zu bezeichnen, und daß sie sich außerdem irren, wenn sie sich von dem Gehege so große Vortheile für die Landwirtschaft versprechen. Die Agrarier, in deren Namen Graf v. Frankenberg, Frhr. v. Landsberg, Graf Pfeil-Burghaus und v. Beumberg-Flamersheim sprachen, verwahrten sich natürlich dagegen, als liege ihnen daran, Vortheile für sich zu erzielen; sie wollten nur die Fälschungen der Margarine verhindern und dem kleinen Manne nicht etwa ein nothwendiges Nahrungsmittel verheuern, sondern im Gegentheil, ihn gegen unreelle Geschäftsleute und gegen Auswärtige schützen.

Nach Erledigung des Antrages Frankenberg nahm das Haus noch debattelos das Schuldentilgungs-Gesetz in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung und den Gesetzentwurf betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Burscheid mit der Stadtgemeinde Aachen an. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich erst statt, wenn dem Hause der nach vom Abgeordnetenhause fertig zu stellende Etat zugegangen ist.

Die parlamentarische Arbeit wird von Jahr zu Jahr größer und mit dem Wachssthum der Arbeit wächst auch die Schwierigkeit, die notwendige Arbeit in die Zeit einer Session hineinzupressen. Daß bei diesem Bestreben oft die wichtigsten Gesetzentwürfe und Anträge unter den Tisch fliegen, ist bekannt. Namentlich schwer empfunden wird der Uebelstand, daß alle Vorarbeiten, Kommissionsarbeiten u. s. w. komplizirter Gesetz-Entwürfe verloren sind, wenn die betreffenden Entwürfe vor Schluß der Session nicht ganz fertig gestellt worden sind. Man hat sich deshalb mehrmals veranlaßt gesehen, statt die Session zu schließen, den Reichstag zu vertagen, so daß zwei Sessionen mit einander verbunden, und formell zu einer verschmolzen wurden. Jetzt finden wir, daß die gegenwärtige Session, die bereits durch Vertagung an die Session von 1895/96 angefügt werden mußte, ebenfalls mit so viel Arbeit belastet ist, daß dieselbe unmöglich innerhalb der für eine Session herkömmlich in Aussicht genommenen Zeit zu bewältigen ist. Soll nun wieder vertagt werden? Das wäre ja beinahe lächerlich. Um so lächerlicher, als der Reichstag auf die einfachste Weise von der Welt aus dieser komischen und unbequemen Zwangslage befreit werden kann. Es ist bloß erforderlich, daß — was wir schon

über wiederholt befürworteten — die gesamte Legis-  
laturperiode als Einheit aufgefasst wird und dass der  
Reichstag innerhalb dieser Periode so oft und so lange  
tagt, als die parlamentarische Arbeit es erfordert. Um dies  
durchzuführen, müssen allerdings in einigen Artikeln der Reichs-  
verfassung Änderungen angebracht werden, allein diese Verän-  
derungen sind rein redaktioneller Natur und berühren keine  
Verfassungsfrage, überhaupt keine prinzipielle Frage. Das jährliche  
Budgetrecht insbesondere bleibt unangetastet — kurz, ein  
politischer Einwand sieht nicht im Wege, und der  
polizeiliche Einwand, dass die Abgeordneten nicht nach  
dem Ende jeder Session „gefasst“ werden können, ist doch wahr-  
haftig keiner Widerlegung werth und die Sache kann außerdem  
bei gutem Willen im Handumdrehen derart geregelt werden,  
dass weder die Immunität der Abgeordneten, noch die „Justiz“  
dabei zu kurz kommen. —

**Der „Bombenbaron“.** In der Frankfurter „Volksstimme“  
findet sich folgende Mittheilung aus Wiesbaden:  
Spuren eines Spitzels. Am Tagblatt von gestern  
Abend findet sich die folgende „Erklärung“: „Da ich in letzter  
Zeit wiederholt durch Forderungen an einen gewissen Baron  
Theodor Ungern-Sternberg, ebendem im Hotel Quisisana  
Wohnhaft, belästigt worden bin, so erkläre ich hiermit, dass ich  
genannten Herrn überhaupt nicht kenne, und dass ich mit dem-  
selben nicht verwechselt zu werden wünsche. Conrad Baron  
Ungern-Sternberg, Frankfurterstr. 12.“ Wie wäre es denn, wenn  
der Herr Baron sich einmal bei der polizeilichen Polizei  
nach seinem Namenverzeiger „Theodor“ erkundigen würde? Die ist  
ganz sicherlich in der Lage, ihm Auskunft zu geben, wer besagter  
„Theodor“ der vielgenannte internationale Bombenbaron Ungern-  
Sternberg ist, was ja durchaus nicht ausgeschlossen erscheint bei  
der Eigenschaft dieses Spitzels, überall und nirgends zu sein.  
Wenn unsere Annahme zutreffen sollte, so scheint der Herr  
„Baron“, obwohl er für seine „Dienste“ sicherlich gut be-  
zahlt wird, es mit der Bezahlung seiner Gläubiger nicht so  
genau zu nehmen, und es wäre nur doppelt klug von  
seinen Auftraggebern, wenn sie die Spitzelschulden bedekten. So  
würde jeder Eklat vermieden, denn durch Erklärungen, wie die  
obige, sieht sich vielleicht gar die böse Sozialdemokratie veranlasst,  
sich nach der Art der Schulden zu erkundigen. Der edle Bomben-  
ritter zeigt sich vielleicht erkenntlich, indem er zur Rettung des  
Staates alsbald irgendwo ein Bombenattentat arrangirt. Man  
hat ohnehin lange nichts von ihm gehört.  
Schon vor mehreren Monaten theilten wir mit, dass der  
Bombenbaron in Belgien, Deutschland und der Schweiz auf-  
gelaucht sei. —

**Die Komödie um Kreta** wird zur Posse. „Ganz Europa“  
hat außer Kanea noch einige andere Küstenplätze besetzt gegen  
die Griechen; inzwischen ziehen die griechischen Truppen —  
ein paar hundert Mann mit einem Troß von ein paar  
hundert „Auffständischen“ — mehr werden es in Wirklichkeit  
nicht sein — im Innern der Insel umher und proklamiren  
in aller Gemüthsruhe die Vereinigung mit Griechenland —;  
und die Türken, die mit einer Kompagnie Soldaten dem Spitz  
ein Ende machen könnten, sind von „ganz Europa“ gezwungen  
worden, alle Truppen aus der Insel zurückzuziehen und müssen  
sich die Komödie wie unbetheiligte Zuschauer aus der Ent-  
fernung betrachten.

Nicht das wenigst komische in dieser Komödie des  
diplomatischen Welt-Lugs und Betrugs ist, daß es deutsche  
Patrioten und Reichschwärmer giebt, die sich abquälen, der  
deutschen Diplomatie die Hauptrolle in dieser Komödie zu-  
zuflechten. Das zeigt, welcher Geschmackslosigkeit die Servilität  
fähig ist.

Uebrigens kommt schon die Nachricht, daß die „Einigkeit“  
von „ganz Europa“ wieder in die Brüche gegangen ist.  
Ein, angeblich von deutscher Seite gemachter Vorschlag, den  
Hafen von Athen (den Piräus) zu blockiren, soll von den  
anderen Mächten abgelehnt worden sein.

Ein Gerücht, daß die deutsche Regierung zwei Regimenter  
durch Rußland nach dem Schwarzen Meer und von da zu  
Schiff nach — irgendwohin schicken wolle, ist zu albern, um  
ernsthaft diskutiert werden zu können. An der orientalischen  
Frage scheinen verschiedene Leute den Verstand zu verlieren.  
Verwirrt genug ist sie.

Ueber die Haltung der Mächte liegen im einzelnen  
folgende Mittheilungen vor:

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Konstantinopel von  
gestern: Die kritische Frage ist in eine wichtige Phase getreten durch  
eine Erklärung Lord Salisbury's, daß die britische Regierung,  
bevor eine Aktion gegen Griechenland unternommen werde,  
die Ansichten der anderen Mächte betreffend die zukünftige  
Verfassung Kreta's zu wissen wünsche, da bei der gegenwärtigen  
Lage das im vorigen Jahre geschlossene Arrangement nicht ange-  
messene sei. Lord Salisbury spricht sich zu gunsten der  
Autonomie von Kreta nach der Analogie von Samos aus.  
Italien steht in dieser Frage auf demselben Boden wie  
England. Bis diese Angelegenheit geregelt ist, dürfte daher  
nichts gegen Griechenland unternommen werden.

Die „Voss. Zig.“ läßt sich aus London telegraphiren: Die  
griechenfreundliche Stimmung greift um sich; England lehnte den  
deutschen Vorschlag einer Blockade des Piräus ab. In Paris  
an den Liverpooler Reformklub erklärten sich die liberalen Führer  
Harcourt und Lord Kimberley entschieden gegen die Verwendung  
britischer Streitkräfte zur Verhinderung der Befreiung der Kretenser  
von der Türkenherrschaft.

Weiter wird aus London gemeldet: Hier gilt es als sicher,  
daß es zu einer Blockade der griechischen Häfen nicht kommen werde;  
da einige Mächte gegen diese Maßregel direkt opponiren.

In Paris hat die Stimmung für Griechenland die Ober-  
hand. Von dort wird gemeldet: Die folgenden Blätter veröffent-  
lichen heute energische Artikel für Griechenland: „Figaro“,  
„Intransigeant“, „Euvre parole“, „Journal Autorité“, „La  
petite République“, „Lanterne“, „Appel“, „Soleil“.

Das gleiche ist der Fall mit Italien. Von dort meldet eine  
römische Depesche:

Cavalotti berichtet, daß er an Rudini die Bitte gerichtet habe,  
der griechischen Bewegung gegenüber die Gerechtigkeit und  
das Nationalgefühl Italiens wahren zu lassen. Rudini  
habe geantwortet, Italien sei zwar mit anderen Mächten  
bemüht, den Konflikt auf Kreta einzuschränken, sei aber  
von Anfang an aller Pflichten bewußt gewesen, die ihm  
die Tradition auferlegt. Die „Italia“ hält zwar den Ausbruch  
eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei für unvermeid-  
lich, hofft aber, Europa werde die Zertrümmerung Griechenlands  
nicht zugeben. Die „Italia militare“ schreibt, Italien müsse den  
Blockade-Antrag unbedingt ablehnen.

Einen anderen Standpunkt scheinen die Dreikaiser-Mächte ein-  
zunehmen. Die „Petite République“ will aus Wiener diplomatischen  
Kreisen erfahren haben, daß Oesterreich rüftet und daß die  
Okkupation der Türkei in Aussicht genommen sei. Die österreichische  
Flotte scheint vollständig gerüstet zu sein. Eine Reihe von Schiffen  
sind auf dem Wege nach Kreta.

Einer freilich sehr abenteuerlich klingenden Meldung des  
„Standard“ aus Moskau zufolge, würde eine entscheidende Aktion  
im Hinblick auf die Kretasfrage in wenigen Tagen durch Rußland  
unterstützt von Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfolgen, wenn  
kein befriedigendes Einverständnis der Mächte zu Stande käme. An-  
ordnungen seien getroffen, um zwei deutsche Regimenter  
durch den sibirischen Theil von Rußland (1) nach dem  
Bezirk von Kiew zu senden, wo dieselben mit den russischen

Truppen gemeinsam operiren sollten. Als vorläufiges Datum  
zur Ergriffung entscheidender Maßnahmen sei der nächste Sonn-  
abend festgesetzt.

Wir hätten diese vom Wolff'schen Bureau übermittelte  
Meldung nicht registriert, wenn ihre Dementirung auffallender-  
weise vom Auswärtigen Amte bisher nicht unterlassen wäre.  
Sicher scheint es sein, daß die Reichsregierung diejenige ist,  
die am entschiedensten für ein energisches Vorgehen gegen  
Griechenland eintritt.

Einer aus angeblich guter Quelle stammenden Meldung der  
„Neuen Freien Presse“ zufolge sind die von der deutschen Regierung  
aus vorgeschlagenen Maßregeln gegen Griechenland zur Mäßigung  
der Insel Kreta von den griechischen Truppen auf ernste Schwierig-  
keiten gestoßen.

Ueber die Stellung und die Machtmittel der  
Türken liegen folgende Meldungen aus Konstantinopel vor:

Die im Wert gesehenen Vorbereitungen für die Indienststellung  
der Schiffe haben den üblichen Zustand der vernachlässigten türkischen  
Flotte aufgedeckt, welches in militärischen und bürgerlichen  
Kreisen tiefe Erregung hervorgerufen hat. Es werden große  
Kosten und viele Wochen nöthig sein, um die am besten  
erhaltenen Schiffe „Osmanie“, „Azize“, „Messadie“ und  
„Nedschimi-Schewlet“ bereit zu stellen. In der Folge  
nachstehenden Kreisen wird erklärt, daß der Abbruch der Be-  
ziehungen mit der griechischen Gesandtschaft vorläufig nicht geplant  
sei, wodurch die Intervention der Mächte, auf deren Erfolg man  
hofft, erschwert würde. Von den Generalgouverneuren von Konstantin  
und Janina sind telegraphische Meldungen eingelaufen, daß die  
albanischen Stämme Waffen und Verwendung an der Grenze ver-  
langen, und daß für den Fall, daß dieses Verlangen unbefriedigt  
bliebe, Ausschreitungen zu befürchten seien.

Wie der Konstantinopeler Korrespondent der „Frankfurter  
Zeitung“ über den gestrigen Kriegsrath authentisch erfährt, hat der  
Sultan seine Zustimmung dazu erteilt, daß sofort vier Panzerschiffe  
und zehn Torpedoboote auf Kriegsfuß gestellt werden. Der Marine-  
minister ist verpflichtet, diese Aufgabe innerhalb sechs Tagen mit  
einem Kostenaufschlag von 500 000 Pfund auszuführen. Die hierzu  
nöthige Summe wies der Sultan theils aus seiner Privatschatulle an,  
theils soll dieselbe der Dette publique entliehen werden.

Aus Janina wird gemeldet, daß sich daselbst die Moham-  
medaner bewaffnen. Das rufe unter der christlichen Bevölkerung  
Janina's große Beunruhigung hervor.

Aus Athen wird gemeldet: Die hiesigen Blätter sähen gegen  
die Mächte eine drohende Sprache, indem sie betonen, Griechenland  
werde, falls die Mächte die Annullation Kreta's durch Griechenland  
verhindern würden, als Antwort darauf einen Aufstand in  
Maledonien und Epirus veranstalten.

Die Nachrichten aus Kreta a lauten dahin, daß die Insel  
bald fast vollständig von den Griechen besetzt sein wird, ab-  
gesehen von den vier Hafenstädten, die die Großmächte besetzt  
halten.

Von den Depeschen theilen wir nur noch die folgen-  
den mit:

Ein von Selino kommender Dampfer, welcher 19 Verwundete  
an Bord hatte, überbringt die Meldung, in Selino seien  
125 Muselmanen ermordet worden, zahlreiche Familien seien noch  
von den Christen eingeschlossen. Die Admirale hätten beschlossen,  
nach Selino ein Panzerschiff mit den Konsuln von Rußland, Eng-  
land und Italien abgehen zu lassen, um die erwähnten Familien  
zu befreien.

Ein türkischer Frachtdampfer bringt viele Verwundete, Frauen  
und Kinder, aus dem Bezirke Selino, wo Christen die Dörfer blockirt  
halten. Die Stimmung der Bevölkerung ist sehr erregt. Die Landung  
griechischer Truppen wurde durch englische Schiffe verhindert. Die  
Stadt Kanea ist ruhig.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen  
Majestätsbeleidigung wurde am 16. Februar die 32 Jahre alte Kath.  
Schäfersberger geschiedene Ehefrau von Johann Dolländer aus  
Ludwigshafen, von der Strafkammer in Frankfurt a. M. zu 2 Monaten  
14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Sache war bereits vor acht  
Tagen zur Verhandlung gelangt; gestern wurde das Urtheil ge-  
spröchen. Das Vergehen soll in zwei gegen Kaiser Wilhelm II. ge-  
äußerten Beleidigungen bestehen. Eine „gute Freundin“, die im  
gleichen Hause wohnt, hatte die Frau denunzirt. Auf ihre  
Heldenthat darf sich die „gute Freundin“ jetzt was einbilden. Der  
Fall lehrt wieder, wie sehr man seine Zunge vor „guten Freunden“  
halten muß.

Wegen Majestätsbeleidigung war der Händler Joseph Fink in  
Düsseldorf demüthigt und vom Staatsanwalt auch unter Anklage  
gestellt worden. Fink nahm sich dies so zu Herzen, daß er tief sinnig  
wurde, und am 3. Februar verschwand er, niemand wußte wohin.  
Erst jetzt hat sich das Räthsel gelöst. Fink hat sich erhängt. Man  
sah seine Leiche im Keller eines alten Hauses; dieselbe war von  
Klatten angepflockt worden.

Aus Dresden berichtet man uns über einen eigenartigen  
Majestätsbeleidigungsprozeß. Vor der 5. Strafkammer des Land-  
gerichts erscheint der Hammerarbeiter Max Wilh. Starke. Er hat  
im Juni v. J. in einem Hammerwerke in Gröbe bei Niesau mit  
anderen Arbeitern politisirt. Er hat ein Loblied auf den sächsischen  
König gesungen und als sächsischer Partikularist sich darüber beschwert,  
daß Sachsen sich unter Preußens Joch beugen müßte. Bei dieser  
Gelegenheit soll er den deutschen Kaiser beleidigt haben. Er wird  
zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Man hatte um deswillen so  
ausgiebig Milde walten lassen, so hieß es in den Entscheidungs-  
gründen, weil — der Arbeiter bei Vertheidigung seines angegriffenen  
„sächsischen Nationalbewußtseins“ nur zu weit gegangen und weil  
er allenthalben als patriotischer, königstreuer Arbeiter bekannt sei.  
Patriotische Majestätsbeleidiger — auch nicht äbel. —

### Deutsches Reich.

— Herr v. Tausch und die Börse. Die Nach-  
forschungen nach den Hintermündern des Herrn v. Tausch haben  
nuerdings, wie die „Verl. Zig.“ erfahren haben will, auch auf  
Spuren geführt, an die man wenigstens in der Öffentlichkeit bisher  
nicht gedacht hatte. Es soll sich herausgestellt haben, daß Herr  
v. Tausch auch zu Mitglieðern der hohen Finanz Beziehungen sehr  
materieller Natur unterhalten habe. So erklärt es sich, warum er  
Nachrichten, wie die von dem angeblichen Ohrenschind des Kaisers  
ausprogenge, was für die unterrichtete Börsenspekulation natürlich  
sehr profitabel werden konnte.

Aus Königsberg i. Pr. wird ferner zur Affäre v. Tausch  
berichtet: Der Chefredakteur der „Hartung'schen Zeitung“, Walter,  
früher Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ ist am 18. d. M.  
als Zeuge in Sachen v. Tausch vernommen worden und zwar  
wegen eines Artikels der „Hartung'schen Zeitung“ zur Charakteristik  
des Herrn v. Tausch. —

— Mündliche Verhandlungen haben, wie wir der  
„Frl. Zig.“ entnehmen, zwischen der Freisinnigen Volks-  
partei und der Freisinnigen Vereinigung, welche am  
Freitag Mittag stattfanden, zu einem Ergebnis nicht geführt, weil  
die Freisinnige Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schrift-  
wechsel seitens der Freisinnigen Volkspartei wiederholt abgelehnte  
Forderung einer allgemeinen Erklärung zu gunsten des Fraktions-  
bestandes zurückkam. Die Freisinnige Volkspartei machte  
dagegen den Vorschlag, statt von oben herab durch allgemeine Er-  
klärungen von unten herauf unter Inbetrachtungnahme der einzelnen  
Beteiligten zunächst die überwiegend vorhandene Einigkeit der Wähler-  
schaften festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegensätze in  
einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser  
Vorschlag wurde seitens der Freisinnigen Vereinigung rundweg ab-  
gelehnt.

Die Verhandlungen haben durchaus ergebnislos geendet.

### Oesterreich.

— Von der Wahlbewegung. Das Resultat der Wahlmänner-  
wahl in Eger (Stadt) ist eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten,  
welche etwa 680, und den Schönererianern, welche etwa 560 Stimmen  
erhielten. Die christlich-sozialen Wahlmänner-Kandidaten belamen  
380 Stimmen. Gewählt haben von 3800 Wählern etwa 1620. In  
den Egerer Landgemeinden drängen meist Nationale durch.

Der Erfolg ist um so bedeutungsvoller, wenn man die verwerf-  
lichen Mittel unserer Gegner berücksichtigt. Aus dem Wahlflugblatte  
der deutsch-nationalen Antisemiten (Schönererianer) zitiren wir die  
folgenden Sätze:

Auf keinen Fall den jüdischen Sozialdemokraten Leo Verkauf.  
Die Sozialdemokratenführer, die von der Partei und den reichen  
Juden gut bezahlt sind, die können in den Versammlungen recht  
schön reden, was sie aber eigentlich durchführen wollen, das sagen  
sie freilich nicht. Sie sagen, sie wollen dem Volke helfen.

Werden die Sozialdemokraten Hilfe schaffen? Mit ihrer  
jüdischen Oberleitung wollen sie keine Kulturordnung, keine  
Monarchie, kein Eigenthum, kein Familienleben, kurz Verhörung  
von allem was bisher hoch und heilig war. Ihr geträumter  
Zukunftstaat wäre ein großes Staatszwangs-Arbeitshaus. Heute  
vor den Wahlen wird das alles weggeleugnet, um mit dieser Volk-  
führung die Wähler zu fangen. Die blutige Mord- und Brand-  
wirtschaft der Pariser Soci-Kommunisten 1871 hat uns geschicht-  
lich den rothen Wahninn gezeigt, da hilft kein Ablegen und  
daher wird kein vernünftiger Wähler, der es mit sich und seiner  
Familie Zukunft ehlich meint, seine Wahlstimme einem Sozial-  
demokraten unter jüdischer Führung geben. Dann wollen sie  
hauptsächlich die Gütertheilung.

Die sozialdemokratische Partei ist eine Geschäftsparthei, von  
welcher die „Arbeiterführer“ leben und zu welcher die Arbeiter  
ihren Groschen hergeben, ohne daß sie etwas davon haben.

Aus Rawaruska (Galizien) wird der „N. Fr. Pr.“ telegraphirt:  
Bei den Wahlen am 17. d. M. in Rawaruska wurden mehr als  
800 israelitische Wähler zur Wahl nicht zugelassen. Der Bürger-  
meister und Regierungsovertreter haben die Wahl bei ge-  
sperrten Thüren durchgeführt. Eine telegraphische Beschwerde  
an die Statthalterei in Lemberg blieb erfolglos. Bei mehr als  
1600 Wählern wurde die Wahl mit 122 Stimmen geschlossen.

### Belgien.

Brüssel, 19. Febr. Nachdem das verschärfte Kammerreglement  
in Kraft getreten ist, mehren sich die tumultuarischen Szenen in der  
Kammer. So mußte gestern der Präsident wegen stürmischer Zwischen-  
fälle die Sitzung aussetzen.

Jedenfalls ein von den kurzschichtigen Gegnern der Rede-  
freiheit nicht vorausgesehenes Ergebnis des schmachvollen Manöver-  
gescheß.

Militärische Pläne. Auch hierzulande wollen die  
Reaktionäre den jetzigen Moment politischer Unsicherheit zu einer  
Vermehrung des stehenden Heeres ausnützen.

Die Kriegereine — auch Belgien ist mit Ablegern dieser  
glorreichen Institution gesegnet — haben, wie die Zeitungen melden,  
den Beschluß gefaßt, an den König eine Deputation zu schicken, die  
ihn bitten soll, der Kammer ein Gesetz für Verstärkung und Um-  
gestaltung der Armee vorzulegen; und „falls die Kammer sich  
weigert, sie auszulösen und über ihren Kopf weg die Armeere-  
organisation durchzuführen.“

Die Herren Kriegereinerer scheinen, ihr Vaterland mit Preußen  
zu verwechseln. Der Thron des Königs von Belgien ist schon so  
wacklich und morsch, daß solche Experimente nicht gewagt werden  
können. Folgt Leopold der Zweite dem Rath der tapferen Krieger-  
vereine, so wird er Leopold der Letzte sein. —

### England.

Chertsey (Surrey), 19. Februar. Bei der heutigen Ersthwahl  
zum Unterhause wurde Bennett (L.) mit 4845 Stimmen gewählt, gegen  
Walker (Liberal), der 3977 Stimmen erhielt. Der frühere konservative  
Vertreter des Wahlbezirks, Combe, war gewählt worden, ohne daß  
ein Gegenkandidat angetreten war.

Wieder ein Anzeichen für den wachsenden Einfluß des Libe-  
ralismus in England. —

### Dänemark.

Kopenhagen, 19. Februar. Folkething. Bei der ersten  
Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Erneuerung der  
Kontraktbestimmungen bei der Ausfuhr frischen Fleisches  
verlangte der Abgeordnete Bertelsen-Etalg den Einfuhr der  
Tuberkulinsimpfung bei der Ausfuhr mageren  
Viehes nach Deutschland und bei der Einfuhr von Vieh  
aus allen Ländern. Der Minister für Landwirtschaft be-  
zeichnete das Verlangen als zu kostspielig und deutete dagegen  
an, daß Dänemark, obwohl die bestehenden Bestimmungen über die  
Viehsperrre schärfer seien als in irgend einem anderen Lande, nach  
Durchführung der letzten Verordnungen über die Einfuhr in Deutsch-  
land genähigt werden könnte, sich gegen die Einschleppung  
der Tuberkulose durch Sperrbestimmungen zu  
wehren.

Inlezt werden dem deutschen Agrarier die Augen noch  
übergehen über die Repressalien des Auslandes, die ihre Politik  
provocirt. —

### Amerika.

Aus New York wird der „Frank. Zig.“ gemeldet: Senator  
Sherman's nachmaliger Versuch, den englisch-amerikanischen Schieds-  
gerichtsvertrag zur Abtinnung zu bringen, ist mißlungen. Das  
Veto des Präsidenten Cleveland gegen die Einwanderungsbill ist  
unmöglich geworden.

### Reichstag.

180. Sitzung vom 19. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Hammer-  
stein.

Präsident v. Buol: Wie Ihnen bekannt ist, ist der Abgeordnete  
Klwardt gestern zur Ordnung gerufen worden, weil er von einer  
Reinigung des germanischen Hauses von diesem jüdischen Ange-  
zieler gesprochen hatte. In einer persönlichen Bemerkung, zu  
welcher er sich ausdrücklich gemeldet hatte, um sich zu entschuldigen,  
gab er nach dem mir vorliegenden Stenogramm nur  
zu, einen Vergleich zwischen einer gewissen Thierklasse  
und bestimmten Bewohnern des Deutschen Reiches angestellt  
zu haben; er stellte aber jede beleidigende Absicht in Abrede und  
sagte wörtlich bei, daß, wenn er dieses Angezieler beleidigt haben  
sollte, er sich bei dieser Thierklasse entschuldige. (Unruhe, Rufe  
rechts: Unerhört!) Nach meiner Ansicht enthält diese Erklärung  
nicht nur keine Entschuldigung, sondern sie bildet eine an sich unzu-  
lässige und überdies höchst ungeeignete Kritik meiner Jurandienung.  
(Sehr richtig!) und sie enthält ferner die mehrfache Wiederholung  
der durch den ersten Ordnungsruf gerügten Aeußerung. (Sehr  
richtig!) Ich rufe deshalb den Abg. Klwardt hiermit wiederholt  
und auf das nachdrücklichste zur Ordnung. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Debatte über den sozialdemokratischen  
Antrag wegen des A. H. K. und entgegengesetzt.

Abg. v. Stamm (Fp.): Herr v. Kardorf hat den Nachweis  
geführt, daß die Antragsteller sich für ihren Antrag nicht auf die  
allerhöchsten Erlasse vom Februar 1890 berufen können. Der A. H.  
K. ist, das hat die Debatte ergeben, tot; der Antrag des  
Zentrums wegen der 63stündigen Arbeitswoche ist durchsichert durch  
den Nachweis, daß ein noch längerer Arbeitstag ziemlich allgemein  
besteht und daß nur in kleineren Betrieben eine längere Arbeitszeit  
noch besteht. Es bleibt nur übrig die Ausführung des § 120 a be-  
züglich der Abkürzung der Arbeitszeit für gesundheitschädliche Betriebe.  
Aber ich möchte davor warnen, den Antrag anzuheben,  
welcher die Regelung im Wege der Gesetzgebung statt der Ver-  
ordnung des Bundesraths nehmen will; denn der Bundesrath kann  
in jedem Augenblicke seine Verordnung modifiziren, wenn sie sich in  
ihrer Wirkung als schädlich erweist. Man sollte, wenn man über-

Kaupt in dieser Frage etwas thun will, sich auf den zweiten Zentrumsantrag zurückziehen, der eine Untersuchung der Verhältnisse verlangt. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abgeordneten Legien vom vorigen Donnerstag. Er unterschreibt alles, was die englischen Unternehmer über den Vortheil der kürzeren Arbeitszeit gesagt haben. Aber es hat sich bei der Verkürzung der Arbeitszeit herausgestellt, daß die Arbeit eine so intensive geworden ist, daß die Arbeiter darüber verzweifeln trotz des gesteigerten Lohns. Herr Legien vertritt von den Verhältnissen der Kohlengruben nichts, sonst würde er nicht sagen, daß das Syndikat die Löhne der Arbeiter gedrückt habe. Nicht die Länge der Arbeitszeit ist das Entscheidende, sondern die Art der Arbeit; die landwirtschaftliche aber ist gesünder als jede andere Arbeit. Herr Legien wundert sich, daß ich von der Freiheit der Arbeiter spreche. Ich habe oft genug für die Freiheit der Arbeiter eingetreten müssen, namentlich bei der Bestrafung des Verweigerers arbeitswilliger Arbeiter, um diese vor der Belästigung ihrer Genossen zu schützen. Ich soll auch die Hamburger Arbeitgeber aufgebracht haben. Ich kenne die Herren gar nicht; ich habe nur einmal vor Jahren mit Herrn Sloman gesprochen. Ich habe es allerdings durchaus gebilligt, daß die Arbeitgeber ihre arbeitswilligen Arbeiter geschäftigt haben. In einem sozialdemokratischen Flugblatt werden diese Arbeiter und die Arbeitgeber auf das schändlichste beschimpft, ein Beweis, wie die Arbeiter von den Sozialdemokraten fanatisiert werden. Redner verweist darauf, daß die amerikanischen Arbeitervereine ihre Mitglieder sehr scharf bestrafen, zum Beispiel auch schon, wenn ein Arbeiter eine offiziell angelegte Versammlung vor 11 Uhr abends verläßt. (Heiterkeit.) Die Union der Bauhandwerker verbietet den Arbeitern, einen Stein zu sehen, der im Gefängnis befangen ist, und was dergleichen mehr ist, und jede Übertretung wird mit 100 Dollars bestraft. (Heiterkeit.) Wer von der Union ausgeschlossen wird, wird dadurch dem Hungertode preisgegeben. Wenn die Sozialdemokraten bei uns diese Dinge einführen und zu politischen Zwecken ausnützen, so werden die Strafen vielleicht in Gefängnisstrafen oder direkt in die Todesstrafe umgewandelt werden. Vor solchen Dingen wollen wir die freien Arbeiter bewahren.

Abg. v. Dethl (natl.): Wir werden für den Antrag des Zentrums stimmen, welcher Erhebungen über die übermäßige Dauer der Arbeitszeit verlangt, aber gegen die übrigen Anträge. Herr Legien hat die Gegner des sozialdemokratischen Antrages als Vertreter der Unternehmerinteressen bezeichnet, während es ihm bekannt sein mußte, daß die Unternehmer der großen Betriebe freiwillig eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt haben. Der „Vorwärts“ hat selbst den Antrag auf Einführung des Achtstundentages als ausichtslos erklärt und nur die agitatorische Wirkung hervorgehoben. Im Seinedepartement haben von 24 000 Arbeitern nur 5400 sich für den Achtstundentag ausgesprochen. In Australien hat man, wie überhaupt in den englischen Kolonien, Experimente gemacht, die man im Mutterlande nicht anstellt. Solche Experimente sind bei dem jungfräulichen Boden Australiens und bei der Abwesenheit alles dessen, was man als Räder von Staat bezeichnet, möglich. Die französischen Arbeiter sind national gefimmt; sie stimmen für den Schutz der französischen Zuckerindustrie, die mit der deutschen konkurriert. Die deutschen Sozialdemokraten thun aber für den Schutz der deutschen Industrie nichts. Die Sozialdemokraten thun immer so, als wenn man aus den jetzigen unbefriedigenden Verhältnissen plötzlich in den Zukunftstaat eintreten wird. So lassen sich die Arbeiterverhältnisse nicht ändern! Die Arbeit der landwirtschaftlichen Industrie wird sich immer der Natur anschließen. Weder der Staat noch die Gewerkschaften können Sonne und Regen beeinflussen. Wird der Normalarbeitstag für die gewerblichen Arbeiter eingeführt, so wird das Land entblüht und die ländlichen Arbeiter würden nicht immer mit Nahrung versorgt werden können. Unsere Landwirtschaft muß geschützt werden. Graf Posadowsky befindet sich auf dem richtigen Wege, wenn er einen Maximal-Zolltarif einführen will. Einem solchen Maximaltarif entspricht aber auch ein Minimaltarif und mit diesem hat Frankreich den meistbegünstigten Nationen gegenüber große Erfolge gehabt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter leiden unter der Agrarkrise und es besteht die Gefahr, daß die gewerblichen Arbeiter hineingezogen werden und wegen mangelnden Abfahrs ihre Arbeitszeit verkürzen müssen. Davor wollen wir unsere Arbeiter bewahren. (Beifall.)

Abg. Förster-Neustettin (Reform-V.) empfiehlt zu dem Antrage des Zentrums wegen der 68 stündigen Wochenarbeit in den Fabriken die Hinzufügung des Verkehrs wesen s. Eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit ist unmöglich, denn es kommt an auf die Art der Arbeit, ob sie eine rein mechanische oder eine geistig anregende ist, ob kommt auf die Luft in den Arbeitsräumen an, ja auf die Naturverhältnisse; denn der Windmüller wird trotz aller Gesetze immer nach den Verhältnissen des Windes seine Arbeitszeit einrichten. Des in acht Stunden mehr geleistet werden kann, als in längerer Arbeitszeit, ist vielfach nachgewiesen, namentlich auch von dem hochverdienten Herrn Freese. Es giebt aber auch Arbeitsarten, bei denen in acht Stunden selbstverständlich nicht soviel geleistet werden kann, als in längerer Zeit. Wenn die Reserve-Armee der Bagabunden vermindert werden könnte, so würde das erfreulich sein. Für die Herabsetzung der Arbeitszeit sind wir auch, aber sie müßte erfolgen durch die Arbeitgeber und die ihnen zur Seite stehenden Arbeiterausschüsse selbst, und nur im Notfall muß der Staat eintreten, namentlich beim Verkehrsgerwebe. Das ist nötig im Interesse der Arbeiter selbst und im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Wie viele Eisenbahnunfälle sind zurückzuführen auf die Übermüdung der Weichensteller u. s. w. Auch bei der Pferdebahn hat sich eine Überanstrengung nicht nur der Menschen, sondern auch der Tiere bemerkbar gemacht.

Abg. Hise (Z.): Daß im Verkehrsgewerbe die Verhältnisse bestehen, ist zuzugeben, aber die Abstellung derselben ist sehr schwierig. Auf die Rede des Abg. Legien, die vor 8 Tagen gehalten wurde, zu reagieren, ist nicht angenehm und wohl auch nicht zweckmäßig. Bemerkenswert ist aber, daß ein Mißbrauch der 68 stündigen Arbeitswoche kaum zu befürchten ist.

Abg. Walker (fr. Bg.): Meine politischen Freunde haben den Normal-Arbeitstag, in fernerer Zukunft auch den achtstündigen schon in ihrem Programm stehen. Wir wollen dafür sorgen, daß die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß reduziert werde. Wir werden daher für den Antrag des Zentrums stimmen, da wir für den Antrag Auer nicht eintreten können.

Darauf schließt die Debatte mit einigen persönlichen Bemerkungen.

Abg. Fischer (Soz.): Ueber das Schicksal des Antrages ist kein Zweifel, nachdem sich alle Parteien dagegen ausgesprochen haben. Nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien dieses Hauses sind von der früher so gerühmten Arbeiterschutz-Gesetzgebung zurückgekommen und auf dem Gefrierpunkt angelangt. Im Anfang der Debatte schien es allerdings, als wollten die Redner sich nur gegen den großen Sprung, den unser Antrag macht, wenden, der sich angeblich mit den Interessen der Industrie nicht verträgt. Als aber der Antrag aus dem Zentrum kam, der in bescheidenster Weise 68 Stunden für die Woche festsetzt, zeigte sich plötzlich, daß man gegen jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit einzutreten gewillt sei. Der Antrag des Zentrums ändert an den bestehenden Verhältnissen eigentlich gar nichts. (Zwischenruf bei den Nationalliberalen.) Der Antrag Hise bezieht sich nur auf Fabrikbetriebe. Sie wollen aber von einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit für die erwachsenen Arbeiter überhaupt nichts mehr wissen. Sie reden von der Freiheit der Arbeiter, das heißt von der Freiheit der Ausbeutung. Der Standpunkt des Abgeordneten Hise ist eigentlich unvereinbar mit den Ausführungen des Abgeordneten v. Hertling. Sofort nach seiner Rede hat der Abgeordnete v. Kardorff die Nothwendigkeit der Freiheit des Arbeiterstandes proklamiert. Die Rede des Abg. v. Hertling hätte auch der Manchestermann Barth oder ein Nationalliberaler halten können. Ich will damit nicht sagen, daß die Stellung des Freiherrn v. Hertling der Stellungnahme des Zentrums nicht entspricht; im Gegenteil, sie entspricht derselben vielleicht mehr als die des Abg. Hise. Infolge seiner verschiedenartigen Zusammenfassung muß das Zentrum ein

bischen agrarisch, auch ein bischen handwerkerfreundlich und zünftlerisch, sowie den großen Unternehmungen freundlich sein, auf der anderen Seite muß es auch ein bischen arbeiterfreundlich sein, weil sonst die großen katholischen Arbeitermassen, die seit dem biddischen Kulturkampf noch unter der Fahne des Zentrums marschieren, süßig werden würden. So ist erklärlich, daß innerhalb 24 Stunden aus der Partei heraus der Widerstand gegen den Antrag Hise gekommen ist. Auf keine andere Partei kann man mit so viel Recht das Sprichwort anwenden: „A bitterer Lieb, a bitterer Tren, a bitterer Faltschheit ist allewell dabei.“ Dann wurde der abgeschwächte Antrag eingebracht, daß erst Untersuchungen über die Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeitsdauer angestellt werden sollen. Der Abg. Hise sprach gegen den Achtstundentag nicht vom prinzipiellen Standpunkt, sondern vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit. Ganz anders hat sich der Abg. Hertling ausgebracht. Er meint, der Antrag würde die Landwirtschaft und die Kleinbetriebe schädigen und dazu dürfe man die Hand nicht bieten. Er hat grundsätzlich den Standpunkt aufgestellt, daß wir an der Grenze des staatlichen Zwanges im wirtschaftlichen Leben angekommen sind. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger als einen vollständigen Frontwechsel des Zentrums.

Die Klage, daß weder die Landwirtschaft noch der Kleinbetrieb eine Reduktion der Arbeitszeit vertragen könnten, obgleich feststeht, daß gerade in diesen zurückgebliebenen Betrieben die Arbeitszeit am längsten ist, wie die Fabrikinspektoren sagen, sogar eine übermenschlich lange, diese Klage ist von allen Parteien erhoben. Wir haben Ihre Arbeiterfreundlichkeit doch viel höher eingeschätzt, aber, wenn sie etwas kostet, dann haben Sie keine Arbeiterfreundlichkeit mehr. Hier, wo die Arbeiterklasse eine Nothwendigkeit verkauft, machen Sie natürlich halt und vergessen ganz, daß, wenn sonst nachgewiesen wird, daß der kleine Bauer durch die Konkurrenz des Großgrundbesitzes und das Handwerk durch die Konkurrenz der Großindustrie untergehen muß, niemand von Ihnen kommt und sagt, dieser Entwicklung muß auf gefühltem Wege entgegen gearbeitet werden und der Großgrundbesitz und die Großfabrikanten seien für den Ruin des Kleinbetriebes und des Handwerks verantwortlich zu machen. Aber hier, wo es sich um den Schutz der Arbeiter handelt, sagen Sie, es soll an Landwirtschaft und Handwerkerstand Rücksicht genommen werden auf Kosten der Arbeiter. Um den Kleinen zu helfen, wollen Sie die Allerärmsten und Kleinsten aufsaugen.

Eine agitatorische Tendenz könnte man mit viel größerem Recht dem Jesuitenrat des Zentrums, dem Antrage Ratih und anderen untergeschoben, diese haben viel weniger Ansicht, als der unsrige. Herr v. Stumm hat wie immer eine Reihe von Investitionen gegen meine Partei geschleudert. Wir sollen kein Recht haben, die Februarerlasse zu interpretieren, weil die Sozialdemokratie die Majestätsbeleidigung zum Prinzip erhoben habe. Das ist eine inhaltlose Denunziation, die vielleicht an einer gewissen Stelle Eindruck machen soll und machen kann, aber deswegen nicht weniger unwarhaft ist. In der großen Frage der wirtschaftlichen Umwälzung spielt die Institution der Monarchie eine verhältnismäßig sehr nebensächliche Rolle, und ich persönlich erkläre, daß ich eine Monarchie, die eine rückwärtschrittliche Arbeiterpolitik treiben würde, einer kapitalistischen Bourgeoisrepublik vorziehen würde, aber ich verhehle mir nicht, daß, so lange die Monarchie unter der Herrschaft des Kapitalismus steht und mit ihren alten Traditionen nicht brechen will, die Monarchie keine richtige Arbeiterpolitik treiben kann. Bewusstseinsfragen von Sozialdemokraten oder sozialdemokratischen Blättern bilden nur einen ganz verhältnismäßig geringfügigen Bruchteil. Wir sind nicht so dumm, auf die Beirathung zu geben, die man uns legt. Wir wollen nicht die Gesetze unserer Gegner erleichtern. Das Ansehen der Monarchie leidet am meisten durch die fortgesetzte reaktionäre Ausschachtung der Person des Kaisers durch Herrn v. Stumm.

Vizepräsident Schmidt: Ich bitte den Redner über den Achtstundentag zu reden.

Abg. Fischer (fortfahrend): Herr v. Stumm hat gegen den Achtstundentag Einwendungen gemacht und einer davon war, daß wir kein Recht hätten, die Februar-Erlasse zu interpretieren, und gegen diesen Vorwurf wende ich mich jetzt. Der Reichskanzler hat ausdrücklich erklärt, daß die kaiserlichen Erlasse noch nicht erfüllt seien und Herr v. Berlepsch erklärte es für eine Aufgabe des preussischen Staatsministeriums, diese Erlasse zur Vollendung zu führen. Wenn es wahr wäre, daß diese Erlasse schon erfüllt seien, dann hätte Bismarck diesmal recht gehabt, sich gegen sie zu erklären, dann wären sie in der That nur dazu bestimmt gewesen, bei den Wahlen den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Sozialdemokraten vor den Wagen des neuen Kurzes zu spannen. Eine solche Auslegung wäre aber gerade eine Majestätsbeleidigung und die Regierung mag sagen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden. Der Abg. v. Stumm hat über alles mögliche nur nicht über den Achtstundentag gesprochen. Sein alter Haß gegen die Sozialdemokraten kam wieder in einer Reihe von Beschimpfungen zum Ausdruck. Er hat den Hamburger Streikenden den Vorwurf gemacht, daß sie mit den Streikbrechern nichts zu thun haben wollten. Die Arbeiter haben nur das gethan, was die Unternehmer seit Jahren zur Mode gemacht haben. Im Februar 1895 erklärte hier Herr v. Stumm offen, mit einem Arbeitgeber, der in der Weise die Interessen seines Standes verleihe habe, diskutire er überhaupt nicht. Dieser Arbeitgeber war Herr Hofde, der es für angemessen hielt, in einer Streitfrage mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten. Herr Hofde wurde also gesellschaftlich boykottiert, jetzt ist freilich wieder alles im alten Geleise. In ihren Kartellen, Ringen u. s. w. streben die Unternehmer die soziale Vernichtung ihrer Konkurrenten an. Auf der gleichen Höhe hielten sich die Ausführungen des Herrn Schall. Wenn alle Arbeiter nur soviel Stunden zu arbeiten hätten wie er, vom Einkommen ganz abgesehen, dann wäre der Antrag überflüssig; sie sähen nicht, sie ernten nicht und der himmlische Vater ernährt sie doch.

Sie werden ja unsern Antrag ablehnen und den Antrag Hertling annehmen, damit wenigstens der Schein vermieden wird, als wollten Sie nicht für die Arbeiter thun. Im Zentrum hat sich in dieser Frage überhaupt ein Frontwechsel vollzogen. Wir werden selbstverständlich für den Antrag Hise stimmen, der wenigstens die Pflicht des Staates anerkennt und einen sachlichen Inhalt hat. Der Antrag Hertling hat mit dem Achtstundentag überhaupt nichts zu thun. Wir sind mit dem Verlauf der Debatte zufrieden. Vor ein paar Jahren hätte man unseren Antrag sang- und klanglos niedergestimmt. Heute haben Sie ihn wenigstens diskutieren müssen. Unsere wirtschaftliche Entwicklung geht aber so rasch vor sich, daß es bald mit der einfachen Ablehnung unseres Antrages nicht gethan sein wird. (Erhobener Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich verwahrt sich Abg. v. Hertling (Z) dagegen, daß eine Spaltung im Zentrum vorhanden sei.

Der Antrag Förster-Neustettin wegen der Hineinbeziehung des Verkehrs wesen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der deutsch-sozialen Reformpartei, der Abg. Hüpeden und Ahlwardt abgelehnt. Der ursprüngliche Antrag des Zentrums wird gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Sozialdemokraten abgelehnt; der zweite Antrag des Zentrums aber in folgender Fassung angenommen:

Die verbundenen Regierungen zu ersuchen: 1. Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und Ärzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird; 2. auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e Absatz 8 der Gewerbe-Ordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.

Damit ist der Antrag Auer erledigt. Es folgt die erste Beratung der von dem Zentrum (Graf Komvessch und Genossen) und von den Konservativen (von Kardorff und Genossen) eingebrachten vollständig übereinstimmenden Geset-

entwürfe, betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und dergl. Erzeugnissen.

Abg. Rettich (L.): Wir erwarten vor allem von der Annahme unserer Anträge eine Verbesserung der Qualität der Margarine und nähm dadurch auch der Margarine konsumierenden ärmeren Bevölkerung. Das Gesetz wird den Betrug verhindern und damit die Margarine nicht nur verbessern, sondern auch verbilligen. Damit sorgen wir in Wahrheit für die Gesundheit und die Finanzen des kleinen Mannes.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe schon früher mit meinem preussischen Kollegen erklärt, daß die Gesetzgebungspolitik auf diesem Gebiet darauf gerichtet sei, sich aber auch darauf beschränken müsse, den unlauteren Wettbewerb auszuschließen und eine betrügerische Verwendung der Margarine hintanzuhalten. Vielleicht kommen wir jetzt zu einer Verständigung, nachdem der eine Stein des Anstoßes beseitigt ist. Infolge eines von mir erlassenen Rundschreibens an die Bundesstaaten ist jetzt schon eine sehr verstärkte Kontrolle der Butter- und Margarinehandlungen erfolgt, und die Klagen über betrügerische Verwendung der Margarine haben erheblich abgenommen. Wir sind aber bereit, noch weiter zu gehen. Man hat nach einem Mittel geforscht, um die Erkennbarkeit des Vorhandenseins von Margarine zu ermöglichen oder zu erleichtern. Im vorigen Jahre herrschte eine große Schwärmerie für das sogenannte Phenolphthalein; dieses Mittel hat sich aber bei weiterer Untersuchung als ungeeignet erwiesen. Im Laufe des vergangenen Sommers empfahl man als ein solches Mittel die Stärke; das war mir außerordentlich sympathisch, denn Stärke ist auch ein Nahrungsmittel, aber sie ist sehr leicht aus der Butter zu entfernen. Neuerdings hat man im Reichs-Gesundheitsamt ein drittes Mittel gefunden, das mit einem Namen belegt ist, der nicht leicht zu behalten ist: Dimethylamidoazobenzol. (Große Heiterkeit.) Ob dies ein sicheres Erkennungsmittel darstellt, das für alle Zeit brauchbar ist, wage ich in diesem Augenblicke nicht zu entscheiden; ich für meine Person und die preussische Regierung wird aber bereit sein, in einer Novelle zum Margarinegesetz Vorschriften aufzunehmen, wodurch dem Bundesrath Veranlassung gegeben wird, seinerseits geeignete Erkennungsmittel auszuwählen und vorzuschreiben. Die im vorigen Jahre gewünschte Vorschrift der getrennten Räume für Butter und Margarine läßt sich namentlich auf dem Lande schwer durchzuführen; der kleine Händler würde dann auf den Verkauf von Butter verzichten und sich auf den Verkauf von Margarine beschränken. Man müßte jedenfalls einen Unterschied zwischen dem platten Lande und den Städten machen. Gegen die Kennzeichnung der Margarinefässer mit einem roten Strich läßt sich nichts einwenden.

Abg. Bachem (Z) hofft, daß endlich etwas zustande kommen wird, was die Konsumenten vor dem Betrug schützt. Gegenüber der entgegenkommenden Erklärung des Staatssekretärs bittet Redner, die Gesetzentwürfe an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Kruse (natl.): Auch wir wollen der Landwirtschaft helfend zur Seite stehen, aber wir sind nicht der Meinung, daß durch das Farbverbot und getrennte Verkaufsräume der Konsum der Butter gehoben wird.

Abg. v. Pögg (L): Die großen Mittel hat die Regierung abgelehnt; da müßte sie uns doch wenigstens die kleinen Mittel bringen, sie hat aber nur einigen Betriebszweigen, der Zuckerfabrikation geholfen. Wenn die getrennten Verkaufsräume zur Verdrängung der Butter führten, dann könnten ja die Herren von der linken, die so margarinefreundlich sind, für die Vorlage stimmen. Wir haben in diesem Punkte nachgegeben, weil wir nur wünschen, daß die Konsumenten nicht betrogen werden; denn die Konsumenten werden mehr geschädigt als die Butterproduzenten. Denn der Gewinn an der Margarine war ein ganz unverschämter, der bis zu 200 pCt. betrug. Wenn eine latente Färbung hergestellt wird, so werden wir auf das Farbverbot verzichten.

Abg. Schneider (fr. Bp.): Der Betrug der Konsumenten ist doch kein so großer gewesen, wie man allgemein annimmt. Wenn bei 864 entnommenen Proben nur 8 derselben beanfandet sind, so kann die Zahl der Verfälschung nicht bedeutend gewesen sein. Mit dem Farbmittel könnte man sich allerdings abfinden, aber nicht mit der Trennung der Verkaufsräume.

Abg. Wurm (Soz.): Kein Gesetz, keine Vorschrift kann verhindern, daß Margarine als Butter verkauft wird, wenn der Margarinezusatz sich in denjenigen Grenzen hält, daß er chemisch nicht nachzuweisen ist. Die ganze Frage dreht sich also nur darum: ist es möglich, ein Zusatzmittel zu finden, das die Margarine nicht irgendwie benutzbar macht und sie doch erkennbar macht? Dann wird jeder durchaus für ein solches Gesetz sein. Denn es muß jeder wünschen, daß der Betrug verhindert wird, und betrogen wird, darüber herrscht kein Zweifel. Es wird Butter mit Margarine vermischt, sowohl im Klein-, als im Großhandel, wie auch beim Großgrundbesitz (Heiterkeit). Die Margarine findet ihren Weg nicht bloß in die Städte, sondern auch auf das Land; dorthin kommt sie als Dienstbutter für das Personal, kommt aber wieder als großartige Gutsbutter heraus. Dieser Betrug muß beseitigt werden. Wir haben kein Recht, die Margarineproduktion zu schädigen, sondern nur zu verstehen, daß beim Butterverkauf ein Gemisch aus Margarine und Butter gegeben wird. Nun ist das Buttergeld, das Dimethylamidoazobenzol, vorgeschlagen, das unschädlich ist und den Nachweis ermöglicht, daß eine Vermischung stattgefunden hat. Aber alle Schwierigkeiten sind damit noch nicht überwunden, denn was machen wir mit der Butter, die vom Ausland eingeführt wird und Mischbutter oder Margarine ist? Unsere Handelsverträge haben keinen verschiedenen Zoll für Margarine und Butter. Was herein kommt, ob Butter, ob Margarine, wird als Butter deklarirt und verzollt. Wir können das Ausland nicht zwingen, daß es seiner Margarine diesen leicht erkennbaren Zusatz giebt. Wir müssen also an der Grenze jene Untersuchung vornehmen lassen, die aber bei einem Zufuß bis zu einem gewissen Prozentsatz undurchführbar ist. Die Untersuchung würde sehr zeitraubend sein, denn die Butter kommt in kleinen Losen von 1 1/2—2 Zentner vom Ausland. Und wenn Sie auch noch so viel Vertrauen zur Polizei haben, sie ist doch nicht im Stande, diese Frage zu lösen, selbst nicht mit dem höchstschönen Sämelsapparat; der verwirrt nur die ganze Sache. Wir brauchen vielmehr eine ganz genaue Untersuchung, die viel Zeit kostet. Wie will die Regierung das machen, wenn wir nicht eine geeignetere Untersuchungsmethode bekommen? Wir werden nicht verhindern können, daß wir vom Ausland den Mischmasch von Margarine bekommen. Die Kommissionsberatung wird wieder ausgehen wie das Hornberger Schießen, es sei denn, daß man wieder ein Gesetz erzwingt, das das Volk schädigt und ihm nur Sand in die Augen streut. Für die Trennung der Verkaufsräume muß man bessere Gründe anführen können, als Herr v. Pögg. Wir stimmen gegen jedes Gesetz, das solche Chitane enthält. Auch bei Trennung der Verkaufsräume kann der Mann betrogen, wie er will. Sie wollen nur wieder eine agitatorische Wirkung nach außen haben, um den Bauern einzureden, sie würden geschädigt, während sie absolut nicht geschädigt sind.

Abg. Wenzel (fr. Bg.) wendet sich gegen die Trennung der Verkaufsräume, die garnicht durchführbar sei, namentlich nicht auf dem platten Lande. Uebrigens wird die Margarine nicht nur von Arbeitern gekauft, sondern das Baarenhaus für Beamte führt ebenfalls diesen Artikel.

Nach einem Schlusswort des Abg. Humann werden die beiden Anträge einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Stat des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichs-Invaliden-Fonds.)

## Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung, abgesehen von dem schon in der letzten Nummer mitgetheilten, beschlossen, dem Entwurf eines Gesetzes für Maß-Lothringen, betreffend den Ge-

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Schäftsbericht der öffentlichen Vorherrschaften, sowie einem Antrage auf Abänderung der Anweisung zur vollständigen Prüfung von Mähtenfabrikaten die Zustimmung erteilt. Die Reichstagsbeschlüsse, betreffend den Vogelzug, wurden dem Reichskanzler als Material überwiesen. Der Nachtragsantrag Preussens, betreffend die Einfuhr einer Verrechnung für 100 Kilogramm, und die Vorlage, betreffend die Erweiterung des Bezirks der norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Schließlich wurde über Eingaben Beschluß gefaßt.

**Budgetkommission.** Die Kommission legte in ihrer gestrigen Sitzung die allgemeine Debatte über die Gehaltsveränderungen für die mittleren und höheren Beamten und die Offiziere fort. Abg. Müller-Fulda und Dr. Passche hatten folgenden Antrag eingebracht:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die Beratung der Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für das Jahr 1897/98 (Wesolungsverbesserungen) noch folgendes Material zu liefern:

1. den Nachweis der gesamten dienstlichen Einkommensbezüge der zur Besoldungsverbesserung vorgeschlagenen Klassen von Offizieren und Beamten, insbesondere auch den Wertbetrag, der als „Nebenbezüge“ bezeichneten Kompetenzen der Garnisonverwaltungs-Direktoren, Administratoren der Remontedepots, Garnisonverwaltungs- und Lazarethinspektoren, Wirtschaftsinpektoren u. s. w.;
2. den Nachweis der für die Pensionsberechnung der verschiedenen Klassen maßgebenden Berechnung des Einkommens, soweit solche von den in der „Ergänzung“ angegebenen Gehaltsbezüge abweichend ist;
3. den Nachweis der den einzelnen Offizierschergen aus der dienstlich vorgeschriebenen Pferdehaltung entfallenden Belastung bzw. Einkommensverminderung und der dafür anderweitig gewährten Vergütung;
4. eine Uebersicht der seit dem Jahre 1880 bis einschließlich 1896 erfolgten Gehaltsaufbesserungen, sowohl der in der jetzigen „Ergänzung“ aufgeführten Beamtenklassen, als auch derjenigen unteren und mittleren Beamten, welche in derselben nicht berücksichtigt sind;
5. eine Uebersicht der dienstlichen Einkommensbezüge der für die mittleren und unteren Beamten ad 4. in Vergleich zu lebenden Beamtenklassen des preussischen Etats und der für diese seit 1880 erfolgten und jetzt vorgeschlagenen Besoldungsverbesserungen.

Zu diesem Antrag stellte im Laufe der Debatte der Abg. Richter noch weitere zwei Anträge, die bezwecken, der Kommission eine genaue Uebersicht zu erteilen über die Verwendung der im Jahre 1895/96 erzielten Besoldungsersparnisse und über die Verteilung der Remunerationsgelder in den verschiedenen Beamtenkategorien, mit Angabe der Minimal- und Maximalsätze.

Die Diskussion bewegte sich um die Bedeutung dieser Anträge und die bereits in den früheren Sitzungen über denselben Gegenstand hervorgehobenen Gesichtspunkte, wonach der Reichstag die Vorlage nicht verabschieden könne, bevor nicht eine Regulierung einer Reihe von Verordnungen eingeleitet sei, auf die der Reichstag großes Gewicht zu legen habe und auf deren Regulierung er sonst den Einfluß verliere, als: Ordnung der Reisetkosten und Wegeelder des Remunerationswesens und der Verwendung der Ersparnisse aus nicht verbrauchten Gehältern, der Abendlohn für die Soldaten und der Kommunalbesteuerung der Offiziere. An der Debatte beteiligten sich von Seiten der verbündeten Regierungen der Reichsfinanzsekretär Graf v. Posadowsky, der Kriegsminister v. Götler und der Unterstaatssekretär Dr. Fischer, von Seiten der Kommission die Abgeordneten Müller-Fulda, v. Leipziger, Paschke, Richter, Lieber, Werner und Passche. Schließlich wurden die vier ersten Punkte des Antrags Müller-Fulda und Passche einstimmig, der fünfte Punkt und die Anträge Richter mit Mehrheit angenommen. Hierauf kam man überein, über die Gehaltsvorlage die Beratungen auszuheben bis nach Beibringung des gewünschten Materials. Nächste Sitzung Dienstag, Tagesordnung: Etat des Reichs-Versicherungsamts.

**Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Handels-Gesetzbuchs.** Die Debatte wird fortgesetzt bei § 21, welcher über die Fortführung der unveränderten Firma bei Erwerbungen unter Lebenden oder von Todeswegen handelt. Alle entgegenstehenden Anträge werden abgelehnt und der Antrag Träger angenommen; bei § 21 als dritten Absatz hinzuzufügen:

Bei bloßer Namensänderung des Firmeninhabers, oder eines Gesellschafters, dessen Namen die Firma enthält, ist die Fortführung der bisherigen Firma gestattet.

Hierauf wird der § 21 in der Fassung der Regierung angenommen, sowie der ganze Abschnitt über „Handelsfirmen“.

Der vierte Abschnitt über „Handelsbücher“ gelangte gleichfalls ohne Diskussion zur Annahme.

Im fünften Abschnitt, der „Prokura und Handlungsvollmacht“ behandelt, wird für den § 48 eine Einschaltung beantragt, dahingehend, daß der Prokurist nicht ermächtigt sein soll „zur Anstellung und Entlassung von Handlungsgehilfen“, falls dem Prokuristen nicht dazu ausdrücklich die Befugnis erteilt worden ist. Der Antrag wird abgelehnt und dann der fünfte Abschnitt ohne Veränderung angenommen.

## Partei-Nachrichten.

Die Generalversammlung des Arbeiter-Wahlvereins in Frankenhausen i. Th. hat in Beziehung auf die bekannte Abstimmung einiger unserer Vertreter im dortigen Gemeinderat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Versammlung stellt sich veranlaßt, die vier Stadtverordneten Apel, Hoffmann, Kump und Schmidt wegen ihres zustimmenden Votums in Sachen der Städtepende an den Prinzen Sizjo zu tadeln. Es läßt sich die durch die Abstimmung bekundete Sentimentalität um so weniger entschuldigen, selbst nach der gegebenen Rechtfertigung nicht, als wir seitens unserer Gegner jederzeit schonungslos mit den niedrigsten Waffen bekämpft werden. Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft ausgeschlossen ist, und giebt den Genossen auf, jederzeit zu erwägen, daß wir nicht Opportunistenpolitik zu treiben, sondern als Klassenbewußte Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes zu stehen und alle daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen haben.“

**Wahlkreis Guben-Lübben.** Im gestrigen Bericht über die Parteikonferenz muß es heißen: Die Agitationskommission war vertreten durch die Genossen Dimick und Blasewitz.

Herr Nieuwenhuis sucht sich für das Fiazlo seiner sogenannten „Partei“ dadurch zu retten, daß er über Liebknecht's holländische Reise schimpft. Louise Michel sei in Amsterdam von 4-5000 Personen empfangen worden, und Liebknecht habe bloß Vorträge vor einem Publikum halten können, das einen Gulden Entree bezahlte. Mit dem Gulden hat's seine Wichtigkeit. Die Vorträge Liebknecht's in Holland wurden nicht in Volksversammlungen gehalten, sondern vor Studenten, Professoren und anderen bürgerlichen Elementen, die Aufklärung über den Sozialismus gewünscht hatten. Der von unseren holländischen Genossen organisierte Vortrags-Cyclus kostete natürlich Geld, und für Deckung der Kosten, sowie, um dem Wahlfonds etwas auszubelsen — Liebknecht selbst hat in Holland so wenig wie in England auch nur einen Pfennig für seine Vorträge genommen — wurde den Gewohnheiten der Kreise, auf welche es ankam, entsprechend das Entree auf 1 Gulden gesetzt. Für Arbeiter gab es eine — allerdings beschränkte — Zahl von Freikarten. In Amsterdam wurden auch an die Freunde des Herrn Nieuwenhuis Freikarten geschickt. Und Herr Cornelissen, die rechte Hand, ja man sagt: der Kopf des Herrn Nieuwenhuis, war in der Versammlung anwesend, verhielt sich jedoch müssig. Nur daß vor dem Saal einige der bekannten Schandflugblätter gegen Liebknecht heimlich verteilt

wurden. Vor Parteigenossen sprach Liebknecht nur in Utrecht. Gelegentlich wird er vielleicht Herrn Nieuwenhuis den Gefallen thun, in Volksversammlungen aufzutreten und dann wird Herr Nieuwenhuis die Zuhörer mit denen der Frau Louise Michel vergleichen können.

**Totenliste der Partei.** Eine der überzeugungstreuesten Anhängerinnen des Sozialismus, die Gattin unseres Genossen Trompeter in Frankfurt a. M., ist aus dem Leben geschieden. Unvergessen wird es bleiben, schreibt die „Volksstimme“, wie Frau Trompeter in der schweren Zeit des Sozialkämpfers, vor dem Untersuchungsrichter Fabricius wader Stand hielt, wie sie so manche Hausführung bei ihrem Manne in bester Laune mitmachte und dann, als er ausgewiesen wurde, sein Schicksal in der Fremde, in London, in der Schweiz, theilweise unter harten Kämpfen und tägliche Brot, als seine treue Genossin theilte.

Frau Trompeter erlag einem Lungenleiden, von dem sie selbst ein längerer Aufenthalt in der vorzüglichen Anstalt Dr. Walther's in Nordrach im Schwarzwald nicht zu heilen vermochte. Das Andenken der tapferen Kämpferin wird von den Parteigenossen dauernd in Ehren gehalten werden!

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In der Verhandlung gegen einen Redakteur der „Volksstimme“ in Magdeburg, Genossen Schröder, hatte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Polte, unsere Partei herabgesetzt. Die „Volksstimme“ in Breslau rügte das, was dem Redakteur Genossen Brubns eine Anklage wegen Beleidigung jenes Richters zuzog. Das Breslauer Landgericht erkannte jedoch auf Freisprechung, weil der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Staatsanwaltschaft suchte dieses Urtheil im Wege der Revision an, jedoch ohne Erfolg. Wie uns telegraphirt wird, hat das Reichsgericht die Revision verworfen.

Der Polizeipräsident von Breslau theilt in einer in der „Volksstimme“ veröffentlichten Erklärung berichtend mit, daß der Wirth des Volksgartens, der am letzten Sonntag, als Genosse Schoenlant dort sprechen sollte, noch in letzter Stunde sein Lokal verweigerte, in keiner Weise von der Polizei dazu veranlaßt worden sei, wie er vor Zeugen behauptet hatte.

Der Redakteur der „Bogländischen Volkszeitung“, Genosse Hans Künig in Falkenstein i. S., hat eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Nichterleidigung auferlegt ist.

Genosse Leven, Redakteur an der „Neuflischen Tribüne“ in Gera, der gegenwärtig eine neunmonatige Gefängnisstrafe verbüßt, ist aus dem dortigen Gefängnis in die Strafanstalt in Jachtrshausen überstellt. Er durfte die Reise ohne Transportunterbrechung, hatte aber eine gebundene Marschroute für päpstliches Eintreffen mitbekommen.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Metallarbeiter!** In der Deutschen Fahrradfabrik „Sturmvogel“ in Halensee haben wegen Maßregelung eines Kollegen sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten! Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Charlottenburg.

**Achtung, Schlosser und Dreher!** Durch Zeitungsinserte, auch in Parteiblättern, sucht die Fahrrad- und Strickmaschinenfabrik Walter u. Komp. in Mählhäusen in Thüringen unter der Bezeichnung „Thüringische Maschinenfabrik“ tüchtige Schlosser und Dreher zu höchsten Löhnen. Demgegenüber wird uns aus Mählhäusen mitgeteilt, daß bei dem in dieser Fabrik bestehenden Kolonnenlohn die Arbeiter mit Wochenlöhnen von 10, 12 und höchstens 15 M. vorlieb nehmen müßten. Besonders möchten die Kollegen in Halle, Leipzig, Chemnitz, Rassel, Hannover und Berlin und Umgegend dies beachten.

In Magdeburg stehen, wie uns telegraphirt wird, seit Freitag Nachmittag 120 Pachhof- und Elbarbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik. Der Fabrikdirektor sucht durch Anzeigen Gesuchkräfte. Die Streikenden bitten um strengste Fernhaltung des Zugangs.

Der zweite nationale Bergmannstag, der auf den 19. April nach Heimbredt einberufen ist, wird n. a. über folgende Punkte verhandelt: Die Umlasse im deutschen Bergbau und wie ist Abhilfe zu schaffen? — Der Lohn der deutschen Bergleute und wie ist er zu verbessern? — Die Verkürzung der Arbeitszeit im deutschen Bergbau. — Frauen- und Kinderarbeit, ihr Einfluß auf die Löhne der Bergleute und Gesundheit der Bevölkerung. — Die Reform des Knappschafts- und staatlichen Versicherungswesens. — Die Nothwendigkeit eines Reichsberggesetzes. — Die Organisation der deutschen Bergleute, ihre Geltung und Aufgaben. — Der achte internationale Bergmannstag in London und wie stellen sich die deutschen Bergleute zu ihm?

Die Dauer des Kongresses ist auf drei Tage veranschlagt.

Der Vorstand des Schneiderverbandes theilt in der „Fachszeitung für Schneider“ mit, daß für das kommende Frühjahr an mehreren Orten, so in Moskau, Hildesheim, Bremen u. a. eine Lohnbewegung geplant sei. Er verbindet damit eine Warnung vor unvorbereiteten Streiks und weist darauf hin, daß in erster Linie die Organisation durch Heranziehung der Judifferenten und durch Fällung der Rassen zu stärken sei.

In Schwedt a. O. streiken seit 14. Februar die Zimmerer, an Zahl 60 Mann, wovon 88 organisiert. Ihre Forderungen, die den Unternehmern im vorigen Monat zugesagt, aber abgelehnt worden sind, lauten in der Hauptsache: Zehnstündige Arbeitszeit und 80 Pf. Mindestlohn die Stunde.

Der Zugang von Maurern und Zimmerern nach Regensburg, Blumenthal und Burgdamm ist strengstens fernzuhalten. Der Streik dauert noch unverändert fort. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Streikkommission. J. A.: G. Schmidt, Zimmerer.

In Weiskensfeld hat sich der Stand des Schuhmacherstreiks seit dem letzten Bericht nicht geändert. Bekanntlich handelt es sich nur noch um die Fabriken von M. Seiler und H. H. H. wo es zu keiner Einigung kommen will. Der Fabrikant Seiler hat im Kreisblatt einen langen Artikel veröffentlicht, worin er sich reinzuwaschen und den Arbeitern die Schuld aufzubürden sucht. Am Sonnabend wird sich eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung mit diesem Artikel beschäftigen. Genosse Volz, der in dem Artikel gleichfalls angegriffen ist, obwohl er sich, wie alle Welt weiß, die erdenkliche Mühe gegeben hat, einen Ausgleich zu schaffen, wird das Aeserat halten. Herr Seiler ist zu der Versammlung eingeladen.

Gegen ein wider ihn ergangenes Versäumnisurtheil des Gewerbegerichts hat Herr Seiler nochmalige Verhandlung beantragt, weil es ihm unmöglich gewesen sei, rechtzeitig zum Termin zu erscheinen. Da der Vertreter der klagenden Arbeiter die als Beistitzer fungierenden Schubfabrikanten wegen Befangenheit ablehnte, wurde die Sitzung des Gewerbegerichts, wo über den Einspruch des Herrn Seiler verhandelt werden sollte, vertagt.

Die Arbeiter hatten Entlassungsscheine folgenden Inhalts bekommen: „Der Zwider N. N. war am Streik theilhaftig und ist heute von mir entlassen.“ Sie beschwerten sich darüber bei der Polizei und erhielten dann Scheine, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Mehrere Arbeiter belamen aber auch dann noch keine Arbeit. Die Sache erklärt sich dadurch, daß unter den Fabrikanten schwarze Listen kursiren. Hiergegen soll unter Umständen die Staatsanwaltschaft angerufen werden.

Im Streik stehen noch rund 150 Personen. Zugang ist streng fernzuhalten. Ferner ist finanzielle Unterstützung noch dringend nöthig.

Die Tabakarbeiter Leipzigs beschloßen, den in der Wintersdorfer Fabrik der Leipziger Tabakfirma Haschke streikenden Kollegen und Kolleginnen dadurch beizustehen, daß sie, falls die Differenzen bei Haschke nicht innerhalb 14 Tagen ausgeglichen sind, ebenfalls in eine Lohnbewegung eintreten wollen.

In Oppach in der sächsischen Lausitz stehen die Arbeiter der Schmidt'schen Spinn- u. Weberei seit Montag im Streik. Ursache ist die Weigerung des Unternehmers, die sehr gedrückten Löhne um 12 pCt. zu erhöhen.

Die Schriftgießer in Offenbach a. M. und Stuttgart haben den Unternehmern einen neuen Tarif vorgelegt.

Die Handlungsgehilfen in Frankfurt a. M. nahmen in einer gut besuchten Versammlung nach einem sehr eingehenden Referat des Genossen Tr. Quard über den Entwurf des Handels-Gesetzbuches eine Resolution an, die u. a. verlangt: Im 6. Abschnitt des 1. Buches über Handlungsgehilfen und Lehrlinge sind die neuen Vorschriften über die Beschaffenheit der freien Station, die monatliche Gehaltszahlung, die monatliche Minimal-Lohnfrist, die Ausscheidung kürzerer militärischer Dienstleistungen als Entlassungsgrund das Recht auf ein Jünglingsjahr, die Nichtigkeit der Konkurrenzklause für Minderjährige, die Unzulässigkeit weiterer Schadenersatzklagen neben der Konventionalstrafe und die Verbotsvorschriften als das mindeste zu begehren, was zum Schutz der männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen und Lehrlinge geschehen muß. Gefordert wird noch: Sympathie für Verkäuferinnen, Einsetzung von Handelsinspektoren, Beseitigung der Konkurrenzklause, angemessene Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrlinge und Zwang zum Besuch der Fortbildungsschule.

Die Buchdrucker in Leeds, Leicester, Nottingham und anderen Orten Englands haben auf gutlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden wöchentlich erreicht. Gefordert waren 48 Stunden.

## Soziales.

**Preussisches Fabrikinspektorat.** Die „Nordd. Allg. Zeitung“ berichtet: Für die Abhaltung von Instruktionkursen und zu Studienreisen für Beamte der Gewerbe-Inspektion ist, unter Berücksichtigung der Erfahrungen in den Vorjahren, ein Betrag von 10000 M. als außerordentliche Verklärung des dazu bestimmten Fonds in den Etat für 1897/98 eingestellt worden. Die zu Vergütungen bei Ausführung beförderter Aufträge verfügbaren Mittel haben zur Deckung der Kosten, welche durch Informationsreisen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die Instruktionkurse für jüngere Beamte gleicher Kategorie erwachsen, nicht ausgereicht. Insbesondere stellte es sich als ein dauerndes Bedürfnis heraus, die Arbeiter-Inspektion, ihre Ausübung und ihre Entwicklung auf die Entwicklung der Industrie auch im Auslande durch Gewerbe-Aufsichtsbeamte eingehender studiren zu lassen, als es bisher möglich war.

Der Verein Berliner Herren- und Knaben-Konfektionäre beschloß, gegen verschiedene Bestimmungen der beabsichtigten Krankenversicherung der Hausindustriellen eine Petition auszusenden, welche dem Magistrat und den Stadtverordneten, sowie auch dem Oberpräsidenten zugestellt werden soll. Der Zweck der Petition ist natürlich, die Bestimmungen so zu gestalten, daß sie möglichst wirkungslos bleiben.

Die Arbeitslosen-Statistik des deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Jahr 1896 weist 2212 arbeitslose Verbandsmitglieder auf. Da sich aber ein großer Theil der Mitglieder an den statistischen Erhebungen nicht betheiligt hat, so schätzt der Vorstand die wirkliche Zahl der Mitglieder, die während des abgelaufenen Jahres arbeitslos waren, auf das Doppelte. Als Ursache der Arbeitslosigkeit gaben 712 Metallarbeiter beabsichtigte Veränderung an, 484 Arbeitsmangel, 263 Differenzen, 68 Maßregelung, 259 wurden wegen Streiks, 147 aus unbekanntem Grund arbeitslos und 279 haben keine Ursache angegeben. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei 380 Arbeitern bis 7 Tage, bei 382 gleich 7-21 Tage, 215 = 21-35 Tage, 65 = 35-49 Tage, 50 = 49-70 Tage, 72 über 70 Tage. Auf die einzelne Person kommen durchschnittlich 22,9 Tage Arbeitslosigkeit. Der niedrigste Durchschnitt von 6,7 Tagen wird in einem Falle berichtet, wo infolge eines Brandunglücks die Arbeit ausgeht werden mußte. Dann folgen erheblich höhere Durchschnittsziffern, die sich von 11,2, 14, 18 bis 48,6 Tagen bewegen. Eine Ausnahme machen die Schläger, die einen größeren Streik durchgeführt haben und infolge dessen einen Durchschnitt von 98,5 Tagen verzeichnen. 594 Arbeitslose waren 17-20 Jahre alt, 717 = 20-25 Jahre, 299 = 25-30 Jahre, 240 gleich 30-40 Jahre, 89 über 40 Jahre, 273 hatten das Alter nicht angegeben. Die höchste Zahl der Arbeitslosigkeit weist der Monat April mit 420 Arbeitslosen auf, dann folgen Januar mit 370, Februar mit 370 und März mit 224 und 228. Vom Mai mit 192 sinkt die Zahl behäufig bis zum September, wo sie 101 beträgt. Aus den Monaten Oktober, November, Dezember liegt noch kein vollständiges Material vor.

Der Jahresbericht des Arbeitsamtes des Staates New-York ist erschienen. Unser New-Yorker Korrespondent schreibt uns darüber: Im allgemeinen ist dieser Arbeiter sehr wenig zufrieden zu sein; die Zubehörer der Arbeiter dieser Institutionen sind entweder demokratische oder republikanische Politiker (je nachdem, welche Partei in dem betreffenden Staate gerade am Ruder ist), oder frühere Arbeiterführer, welche für die der betreffenden Partei bei den Wahlen geleisteten Schlepperdienste mit dem Amte belohnt worden sind und nun — Ausnahmen sind mir noch nicht vorgekommen — ihre Thätigkeit im Sinne und Interesse der Partei ausüben, die ihnen das Amt verschaffe. Um diese Arbeiter verwenden zu können, muß man sonstiges Material zur Verfügung haben, welches ermöglicht, das richtige herauszufinden. Dies bezieht sich im allgemeinen auch auf den erwähnten Bericht, der indessen Mittheilungen über die im vorigen Jahre vorgekommenen Streiks enthält, die wohl als korrekt angenommen werden können. Danach ist die Zahl der Streiks im Staate New-York um 40 pCt. hinter der Zahl derjenigen vom Jahre 1895 zurückgeblieben, welches seinerseits gegenüber den früheren Jahren ebenfalls einen erheblichen Rückgang aufzuweisen hatte. Jener Umstand kennzeichnet vielleicht mehr als alles übrige den miserablen Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten.

## Dereitschen und letzte Nachrichten.

Osterode i. Ostpr., 19. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird bekannt gemacht: Die durch Schneeverwehung verursachte Betriebsstörung auf der Strecke Hohenstein i. Ostpr.—Soldau ist wieder beseitigt.

Paris, 19. Februar. (W. L. B.) Wie der „Temp“ aus Madrid meldet, beantragte die spanische Regierung die Jüdischen und Militärbehörden, die Antriebe der Carlisten strengstens zu überwachen, insbesondere an der Pyrenäen-Grenze die Einschmuggelung von Waffen zu verhindern, welche für Rechnung der Carlisten in Frankreich und Belgien gekauft seien.

Paris, 19. Februar. (W. L. B.) Der Senat entschied mit 203 gegen 41 Stimmen, daß der ehemalige Minister Constans zum Senator des Departements der Haute-Garonne entgegen der Entscheidung der Lokal-Kommission gewählt sei, welche bei der Fällung der Stimmen die Gültigkeit mehrerer Wahlzettel bestritten hatte.

Manila, 19. Februar. (W. L. B.) Die Spanier nahmen den Fleder-Slang nach zehntägigem Kampfe. 50 Rebellen wurden getödtet, die Verluste der spanischen Truppen sind unbekannt. In Manila herrscht große Freude.

Athen, 19. Februar. (W. L. B.) Meldung der „Agence Havas“: Ein englischer Panzer verhinderte den griechischen Dampfer „Thessalia“, welcher Munition, Lebensmittel, sowie Freiwillige landen wollte, bei Reka anzuliegen.

Die Tage in Hamburg.

Aus Hamburg wurde uns am Freitag geschrieben: Die vom Senate niedergesetzte Kommission für Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen, die aus den Senatoren O'Swald, Ad. Herz und Holtzhausen besteht, hält am Sonnabend dieser Woche ihre erste Sitzung ab. Sie soll sich mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen in den Stauerbetrieben beschäftigen und es sind Stauer und Schauerleute eingeladen, zu derselben je vier Vertreter zu entsenden. Das betreffende Einladungsschreiben an die Schauerleute ist gerichtet an den Vorsitzenden des Hafnarbeiter-Verbandes, Sektion der Schauerleute, Genossen J. D. Döring. Die Schauerleute werden ihre vier Vertreter heute in einer Mitgliederversammlung ernennen und zwar, einem Wünsche der Senatskommission entsprechend, sollen alle Kategorien der Schauerleute, die schwarzen Schauerleute (Kohlenarbeiter, die die Kohlen schiffen), die Korm-Arbeiter und die weißen Schauerleute (Stückgut-Arbeiter), vertreten sein.

Auch von den schwarzen Schauerleuten, die zuerst fast ausnahmslos eingestellt sind, verlangt man jetzt, daß sie folgenden Revers unterschreiben: „Ich Unterzeichneter verspreche hierdurch auf Ehrenwort, daß ich in Ruhe und Frieden arbeiten will, sowohl mit während dem Streik neu eingetretene, wie auch mit den Leuten, welche sich dem Streik nicht angeschlossen haben. Das gleiche gilt auch in bezug auf sämtliche Arbeiter in anderen Hafensbetrieben. Ich will alle diese Leute in keiner Weise belästigen und ihnen in keiner Form Vorwürfe machen, daß sie während des Streiks gearbeitet haben. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung ist mir bekannt. Ich erkenne den Lohnsatz des Vereins der Importeure englischer Kohlen vom Dezember 1896 hiermit an und habe mit meinem Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis auf Grund dieses Tarifs auf gegenseitige vierzehntägige Kündigung geschlossen.“ Während der erste Teil des Reverses, in dem gleichsam Urfehde geschworen werden soll, praktische Bedeutung nicht viel hat, bedeutet der letzte Teil, in dem der Lohnsatz der Kohlenimporteure anerkannt werden soll, eine wesentliche Schädigung der Arbeiter. Denn während vor dem Streik der Kohlenarbeiter nach dem wirklich geleisteten Arbeitsquantum bemessen wurde, soll der Lohn jetzt nach den Schiffs-Cannosselementen berechnet werden, und dadurch würden die Arbeiter gezwungen werden, zirkeln ein Fünftel des Arbeitsquantums für dasselbe Geld mehr zu leisten, als vor dem Streik. Selbstverständlich weigern sich die schwarzen Schauerleute entschieden, den Revers zu unterschreiben. Entlassungen sind deshalb noch nicht vorgenommen, und es ist zu hoffen, daß die Senatskommission sich schon morgen mit den Arbeitsverhältnissen dieser Arbeiterkategorie beschäftigen wird, und auch die Stauer sich zweimal befinden werden, ehe sie sich verpflichten, ihre Arbeiter gegen 14tägige Kündigung anzustellen — denn sehr häufig haben sie während ganzer 14 Tage nur drei Tage Arbeit für sie — daß die Weigerung der Arbeiter, den Revers zu unterschreiben, zu ernstlichen Differenzen in keiner Weise führt wird.

In einem Aufruf an die Bevölkerung von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend, der im „Hamb. Echo“ veröffentlicht ist, wird um Fortsetzung der Unterstügungen ersucht, einerseits um unter den Hafnarbeitern die schlimmste Noth zu lindern, andererseits um mit beizutragen, daß die auf der Gesamtarbeiterschaft lastenden Ehrenschulden getilgt werden können. In dem Aufruf wird noch mitgeteilt: „Gegen 1200 Gemahrgelgte sind, soweit sich die Situation jetzt überblicken läßt, als Opfer grimmer Verfolgungswuth zu unterstügen. Nahezu 250 Streikprozesse (§ 153 der G.O.) sind gegen die Arbeiterschaft angestrengt worden, wovon bisher erst 63 erledigt sind und in denen auf circa 10 Jahre Gefängnisstrafe erkannt wurde. Außerdem schweben 128 Anklagen wegen Sammelns, 23 wegen Druckschriftenvertheilung und 94 wegen Nichtbefolgung polizeilicher Vorschriften“. Zusammen kommen also gegen 500 Anklagen und circa 5000 Polizeistrafen, die gegen die Streikenden verhängt worden sind, heraus!“

Kommunales.

Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, den für die nördlichen Mieselfelder, Radialsystem XI, vorgeschlagenen Ankauf von größeren Grundstücken in Blankenselde, Lübars, Schildow, Schönerlinde und Virdow abzulehnen. Dem vom königlichen Polizeipräsidenten beabsichtigten Erlasse einer Polizei-Verordnung, wonach bei vorkommenden Vorkrankheiten die Anzeigepflicht gleich wie bei anderen ansteckenden Krankheiten, angeordnet werden soll, hat das Magistrats-Kollegium seine Zustimmung erteilt.

In Fortsetzung der Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Gesetzes für das Rechnungsjahr 1897/98 stellte das Magistrats-Kollegium den Spezialetat: Verschiedene Einnahmen und Ausgaben fest und zwar mit einer Einnahme von 3 666 208 M. und einer Ausgabe von 1 537 122 M., so daß sich ein Ueberschuß von 2 129 084 M. ergibt. In dem Einnahmeposten befindet sich die Rente des Stadtkreises Berlin an den Dotationsgebern der Provinzial- und Kreisverbände mit 289 155 M., der Beitrag des Staates zur Erleichterung der Volksschulkosten mit 506 550 M., die Rente von der englischen Gasanstalt mit 450 838 M., die Rente der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke mit 760 000 M., die von den Pferdebahn-Gesellschaften zu leistenden Abgaben für die Benutzung der Straßen, Plätze und Schauffeen der Stadt zum Betriebe der Pferdebahnen, und zwar hat zu leisten die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft die Summe von 1 294 000 M., die Neue Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft 84 000 M., in dem Ausgabe-posten sind enthalten: ein Beitrag: für Altersversorgung-Anstalt der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung von 33 400 M., für den Zoologischen Garten von 12 000 M., für das Berliner Aquarium von 8000 M., für den Berliner Athletenverein 3000 M., für den Berliner Fröbel-Verein 4500 M., für den Verein der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden 12 000 M., für den Berliner Verein der Viktorial-National-Invaliden-Stiftung 6000 M., für den Zentralverein für Arbeitsnachweis 5000 M., für die Wärmehallen 3000 M., für die Elisabeth-Stiftung für Wittwen und Waisen unbeförderter Kommunalbeamten 10 000 M., für die Gesellschaft Urania 8000 M., für den Verein Kinderhort 6000 M., für den Mädchenhort 2000 M., für den Verein zur Beförderung der Kleinkinder-Bewahranstalten 3000 M., für Kunstgewerbe 100 000 M., für den Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben 600 000 M., für die Kosten der Repräsentation der Stadt bei hier stattfindenden Versammlungen der Vertretungen von Gemeinden, Korporationen und Vereinen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen, bei städtischen und anderen Festlichkeiten 15 000 M. — Der Spezialetat: Etat der städtischen Wasserwerke schließt in Einnahme und Ausgabe mit 10 232 205 M. ab. In der Ausgabe ist der an die Stadt zu zahlende Ueberschuß von 1 400 199 M. enthalten. Die Einnahmen sehen sich zusammen aus dem Abfah von Wasser nach dem Tarife, einschließlich Treptow und Stralau mit 7 351 500 M., an die Gemeinde Weisensee 36 700 M., für die mittelsweise Ueberlassung von Wassermessern 162 480 M. In den Ausgaben ist für die Betriebskosten die Summe von 1 602 815 M., für die Schuldentilgung und Vergütung der Anleihe die Summe von 4 212 855 M. zc. vorgesehen. Nach Beendigung der Etatsberatungen im Kollegium hat dasselbe den Beschluß gefaßt, für das Rechnungsjahr 1897/98 an Einkommensteuer 100 pCt. und an Gewerbesteuer 150 pCt. des Normalsteuersatzes zu erheben.

Lothales.

Unser Kollege Nantmann ist gestern aus einjähriger Gefängnisstrafe wieder in die preussische „Freiheit“ zurückgekehrt. Er war einer der im Kameelinschrittsprozess vom Brauseweiser verurtheilten Redakteure; nächst unserm Genossen Poland, der erst im Juni freigelassen wird, erhielt er wegen des sogenannten Vergehens der Majestätsbeleidigung die härteste Strafe. Wir wünschen unserm braven Mitkämpfer, daß seine Gesundheit, die in Plönsensee sich natürlich nicht gebessert hat, sich bald wieder heben möge.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis giebt bekannt, daß die für morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr in der Urania festgesetzte Sondervorstellung nicht stattfindet. Die Billetinhaber werden auf die heutige Annonce aufmerksam gemacht.

Achtung, 2. Wahlkreis. In der Versammlung, welche am Sonntag, den 21. Februar, abends 6½ Uhr beim Genossen Jubel, Lindenstraße 106, stattfindet, wird Genosse Dr. A. Bernstein über „Wesen und Heilung der Krankheiten“ referiren. Um rege Theilnehmung wird ersucht.

Die Heiligkeit der Ehe wollen die Sozialdemokraten bekanntlich zerstören und an ihre Stelle die verachtete Institution der freien Liebe setzen. Wer von den abscheulichen Absichten der Unfürstler bisher noch keine Kenntniß hatte, konnte sich dieser Lage noch aus der Rede, die König Stamm am 15. Februar im Reichstage hielt, alle zur gerechten Entrüstung nöthige Aufklärung verschaffen.

Wie sehr der nichtswürdige Hohn der Klotze nicht allein ethische, sondern auch materielle Interessen verletzt, wie sehr die Durchführung der sozialdemokratischen Grundsätze geradezu die Existenz einer Anzahl der besten, staatsführenden Familien unterwühlt, das möge ein Brief lehren, der uns von ungefähr zugeflogen kommt, und den wir unseren Parteigenossen zur Einlebe, der Schutzgenossenschaft für die Erhaltung der modernen Ehe mit Herrn v. Stamm an der Spitze aber zur besonderen Erbauung veröffentlichen wollen.

Das liebe Schreibe lautet: Breslau, den 29. Januar 97. Sadomawr. 78 Hpt. Sehr geehrte Frau!

In höflicher Erwiderung Ihres geehrten Schreibens von heute theile ich Ihnen zunächst mit, daß die junge Jüdin mit den fünf Millionen Mark längst vergeben ist. Die besten Sachen verliert man eben stets, wenn es zu lange verzögert wird. Ich suche für eine Jüdin mit 600 000 M. Mitgift und später noch großes Vermögen einen reichen jüdischen Rittergutsbesitzer (Böhm ausgeschlossen), doch da ich noch eine Dame dabei als Partnerin habe, mühte uns der Herr schon 2 pCt. geben. Die Dame will nichts geben. Dann für mehrere jüdische feine Mädchen mit 100 000 und 150 000 M. Mitgift, später noch viel, Affessoren, Amtsrichter oder Rechtsanwält, aber alle müssen nach weislich Praxis haben! Nun aber die christlichen großen Sachen, die uns schnell viel Geld einbringen könnten, wenn reisebereite, gute Kavaliere vorhanden sind. Eine Adresse, die mir Frau Käthin Trost gab, habe ich nun gestern benutzt und direkt an Graf Sch. Magdeburg geschrieben. Ich glaube, Sie sind dabei theilhaftig. Wer weiß, ob mir aber der Graf antwortet wird, da er mich nicht kennt. In Frankfurt a. M. habe zwei adelige schöne Damen für ihn, wo jede viele Millionen Mitgift hat und nach dem Tode der Eltern ein fürchterliches Geld. Er wird direkt eingeführt, muß aber sofort reisen können! Dann suche ich für eine junge Dame mit einer Million Mitgift einen Grafen, evangelisch, der aber sehr groß sein muß. Und für eine junge Dame in Hamburg mit auch vorläufig einer Million Mitgift einen zweiten Grafen, der aber auch sofort reisen mühte. Bei Hamburg bleiben für uns 2½ pCt. übrig, bei den Frankfurter Sachen aber nur 2 pCt. Aber reelle, sichere Sachen sind es, wobei viel verdient werden kann!

Wenn Sie, gnädige Frau, also Kavaliere haben, welche bald reisen können, so bitte ich um die Bilder und nähere Angaben. Je eher, je besser! Frau Käthin L. müssen wir aber überall mitverdienen lassen, da sie es war, der ich Ihre werthe Adresse verdanke.

Mit Hochachtung ergeht Eug. Claisé.

Es liegt klar auf der Hand, daß der Herr, der so mit den Millionen der jüdischen und christlichen Heirathslandbattinnen herumwirft, im Remonitiren großartig leistet. Bezeichnend nicht allein für die Bestimmung, sondern auch für den Intellekt der „Kavaliere“ ist es, daß sie, selbstverständlich in Anlehnung an ihre Vorkämpferschaft für Ordnung, Religion und Sitte, heißhungerig mit derartigen Industriekritikern in „Geschäftsbeziehung“ treten. Der Ritter paßt zum Industriekritiker.

Auf dem Reichs-Versicherungsamt scheint jetzt die nicht gerade schöne Sitte einzureißen, die Gründe für die gestellten Urtheile nur noch zu verklären, wenn die Parteien vertreten sind. Die Berichterstatter scheint man als Lust zu betrachten. Manche Vorgesetzten machen von diesem Brauch allerdings eine lobenswerthe Ausnahme. Sie publiziren ohne Rücksicht auf Anwesenheit der Parteien die Gründe auch dann, öfter sehr ausführlich, wenn nur Vertreter der Presse der Verhandlung beiwohnen, die häufig die einzigen Vertreter der Öffentlichkeit vor diesem Gerichte sind. Im Bereich der Gründe thut sich am meisten der Geheimen Regierungsrath Stolzman hervor, derselbe, der es seinerzeit nicht verstanden konnte, daß es auch Leute giebt, die unbeholfene Arbeiter unentgeltlich vor dem Reichs-Versicherungsamt vertreten. (Fall Pöbel.) Zum mindesten kann man doch von den Richtern eines der sozialen Rechtspflege gerodeten Justizrats verlangen, daß sie bei der Gegenwart eines Berichterstatters der Presse die Möglichkeit geben, das „Volk“ über die Erwägungen des Gerichts kurz zu informieren.

Die Große Berliner Pferdebahn hat im vorigen Jahre 154 200 000 Personen befördert gegen 138 900 000 im Jahre 1895. Der Verkehr ist um 11,02 pCt. gestiegen. Interessant ist wiederum die aus den Nachweisen sich ergebende Thatsache, daß die Gesellschaft den größten Theil ihrer Einnahmen aus den Fahrtscheinen zu 10 Pf. bezieht. Es belaufen sich diese auf 81,3 pCt. sämtlicher Fahrtscheine, die gelöst wurden, oder in Zahlen ausgedrückt: unter 139 549 162 Fahrtscheinen befanden sich 113 450 544 zu 10 Pf., 17 453 496 zu 15 Pf., 6 942 821 zu 20 Pf., 1 837 939 zu 25 Pf. und 364 362 über 25 Pfennige. Nicht weniger als 11 345 054,40 M. oder 71,81 pCt. der Einnahme für Fahrtscheine, die 15 794 934,30 M. betragen, entfallen mithin auf 10 Pfennig-Fahrtscheine. Wie die Lösung von 10 Pfennig-Fahrtscheinen gegen früher gestiegen ist, läßt sich am besten daraus erkennen, daß im Jahre 1880 von je 100 Personen Fahrtscheine zu 10 Pfennig 71,82 und im Jahre 1896 81,30 gelöst haben. Man sieht, daß der Zehnpfennig-Tarif schon jetzt ohne bemerkenswerthen Schaden für die Gesellschaft eingeführt werden könnte.

Die Zwecklosigkeit der Fahrrad-Numerierung, welche bekanntlich vom Stadtverordneten Dr. Schwalbe beantragt, jedoch vom Polizeipräsidenten abgelehnt worden ist, ergiebt sich aus folgenden. Nach einer vom Polizeipräsidenten dem Magistrat erstellten Auskunft haben nach Freigabe der hiesigen Straßen für die Radfahrer in der Zeit von Anfang Februar bis Ende Dezember 1896, also in 11 Monaten, nach den polizeilichen Meldungen stattgefunden: Zusammenstöße von Radfahrern mit Fußgängern 382, mit Fahrwerkern 169, im ganzen also 551. Davon sind

ohne jeden Unfall abgelaufen 275. In den übrigen Fällen haben leichte Verletzungen erhalten 212, schwere 64 Personen, im ganzen also 276 Personen, während Todesfälle nicht vorgekommen sind. Unter obigen 276 Fällen sind indessen in 78 Fällen die Radfahrer selbst die Verletzten gewesen, so daß andere Personen durch Radfahrer beschädigt worden sind in 198 Fällen. In demselben Zeitraum sind im Betriebe des öffentlichen Fuhrwesens durch elektrische und Pferdebahn-Wagen, Omnibusse, Droschken zc., deren Zahl etwa auf 10 000 angenommen werden kann, 2671 Unfälle herbeigeführt worden. Hierbei waren zu belagern 14 Todesfälle, 314 schwere und 973 leichte Verletzungen, während im Fahrradverkehr bei Benutzung von mindestens 30 000 Fahrrädern nur 64 schwere und 212 leichte Beschädigungen von Personen vorgekommen sind. Außerdem sind durch Privatfuhrwerke in derselben Zeit 25 Tödtungen, 266 schwere und 590 leichte Verletzungen verursacht worden.

Von strengen polizeilichen Maßnahmen gegen die Singpielhallen (Zingeltangel) ist gegenwärtig die Rede. Die Stellung des Polizeipräsidenten den Lokalen gegenüber ist in dem letzten Verwaltungsbericht genau gekennzeichnet und bisher stets in gleicher Weise praktisch zum Ausdruck gekommen. In den achtziger Jahren waren hinsichtlich der Veranstaltung von Lokalkonzerten, Singpielen u. s. w. bedeutende Veränderungen vorgekommen. Der § 33a der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 1. Juli 1883 bestimmt, daß zur gewerbsmäßigen Veranstaltung von Singpielen, Gefängnis- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen u. s. w., bei denen ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltet, eine Erlaubnis erforderlich sei. Diese wird auf Grund der königl. Verordnung vom 31. Dezember 1883 vom Stadtschulthei erteilt. Solcher Lokale giebt es in Berlin über 50, während früher nur 12 bestanden. Sie zerfallen in 5 Klassen: Die Zingeltangel, in denen weibliche Personen Gesangsvorträge halten und Kellnerinnen bedienen. Von dieser Art bestehen 9; der Verkehr geht sich nur aus längeren Leuten zusammen. Die nächste Gattung umfaßt solche Stätten, wo männliche und weibliche Personen Vorführungen harmloser Art bieten, die Bedienung durch Kellner stattfindet, und der Verkehr aus Familien besteht. Die dritte Klasse bilden die sogenannten Spezialitätenlokale mit Gesangsstücken und Schaustellungen, die vierte solche Verhältnisse, wo nur Schaustellungen stattfinden, und die fünfte die „Chantant-Theater“.

Aus anscheinend polizeilicher Quelle wird hierzu berichtet: Die Polizei hat besondere Mahnung nur mit den Zingeltangeln, indem diese wegen ihres entsetzlichen Einflusses einer besonderen Aufsicht bedürfen. Die Polizei hat es bei ihnen niemals an Strenge fehlen lassen. Dieser Strenge und der mit der äußersten Schärfe geübten Zensur der zum Vortrag gebrachten Stücke ist es zu verdanken, daß die mit den Anstalten verbundenen Unzulänglichkeiten auf ein erträgliches Maß herabgemindert sind. — Die Polizei geht überhaupt auch bezüglich der Frage, wo ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft vorliegt, sehr peinlich zu Werke und erachtet nur die Zeugnisse königlicher Musikdirektoren oder hervorragender Lehrer der Musik für geeignet, den Nachweis eines höheren Kunstinteresses zu führen. Wenn nun aber auch hiernach keine behördliche Erlaubnis zu erteilen ist, so werden die auf ihre Vertretungen geprüften Künstler dennoch überwacht, da der Inhalt der Vorträge nicht immer in sittlicher Beziehung ohne Bedenken ist. Man sieht also, daß die Polizei nicht den Verdacht auf sich laden möchte, als sei sie in der Vera der Kirchenbauerei zu sittenfrei. Schade nur, daß sie sich so felsen über ihre Stellung zu den berechtigten Cafés anstellt, in denen der Handel mit weiblichem Menschenfleisch die ganze Nacht hindurch betrieben werden darf. Anhängige Arbeiterlokale müssen bekanntlich schon um 11 Uhr abends geschlossen sein.

Zur Frage der Unfallstationen schreibt uns ein Leser: Gerade weil die Unfallstationen öffentliche Einrichtungen sind oder doch sein sollten, welche sich jeden Augenblick (Tag und Nacht) bereit und im Stande zeigen müssen, die schwersten Verletzungen sachgemäß zu behandeln, ist es unumgänglich nöthig, daß durchaus erfahrene und mit großer Routine versehene Ärzte jederzeit zur Stelle sind. Namentlich in der ersten Zeit der Unfallstationen wurde vielfach über den Mangel an solchen gelagt. Ebenso dürfen die übrigen Hilfskräfte ihrer in der Natur dieser Einrichtungen begründeten geringen Anzahl wegen nicht ungeübte Leute sein; Anfänger können wohl in Krankenhäusern, aber nie in den Unfallstationen Verwendung finden.

Allerdings müssen, wenn diesen gerechten Anforderungen entsprochen werden soll — und bei der Bedeutung solcher Einrichtungen für das Gemeinwohl ist dies unerlässlich — bedeutend größere Aufwendungen hierfür gemacht werden. Niemand wird es unter den heutigen Erwerbsverhältnissen einem tüchtigen Arzte verübeln, wenn er sein Können so theuer wie möglich verwerthet. Deshalb wäre es wohl das Beste, wenn die Gemeinde diese Angelegenheit in die Hand nähme und einen Plan aufstellte, nach welchem entweder die bestehenden Unfallstationen in städtische Verwaltung übernommen und erweitert oder — was noch besser — eine größere Anzahl solcher Stationen neu errichtet würden. Bei der in den letzten Jahren ständig an der Tagesordnung gewesenen Ueberfüllung der städtischen Krankenanstalten wird ja die Gemeinde so wie so auf Mittel und Wege sinnen müssen, um diesem Uebel zu steuern.

Unter der Aera der Kirchenbauerei. In der für Ordnung, Religion und Sitte eingenommenen „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir folgende betäubende Mittheilung: „Daß der kirchliche Sinn in Berlin trotz aller Kirchenbauten und anderer äußerlicher Mittel in bedenklichem Maße abnimmt, tritt in einzelnen Erscheinungen immer deutlicher hervor. In der Domgemeinde, die als Personalgemeinde besonders günstige Verhältnisse aufweisen mühte, ist es in der letzten Zeit zweimal vorgekommen, daß die angeordnete Abendmahlsfeier ausfallen mußte, weil sich nicht eine einzige Person dazu eingestellt hatte. Aus früheren Zeiten ist ein derartiger Fall überhaupt nicht bekannt. Die von Allerhöchster Seite angeordnete Deffnung der Dom-Interimskirche an Wochentagen ist auch wieder eingestellt worden, weil ein Bedürfnis dazu absolut nicht vorlag.“ Man vergleiche mit dieser Mittheilung die Wahrheitsliebe der frommen Leute, welche immer und immer wieder im sozialdemokratischen Berlin davon erzählen, daß Kirchenbauten einem dringenden Bedürfnis des „Volks“ entsprächen. Wenn solche Interesselosigkeit am kirchlichen Wesen in der vornehmsten, am meisten an der Frömmigkeit interessirten Gegend sich zeigt, warum soll dann gerade dem gemeinen Volke die Religion erhalten werden?

Baruch und Zohn heißt das neue Stück, das gegenwärtig im Berliner Poffentheater, Märkstr. 17, aufgeführt wird. Wie der Titel schon verkündet, spielt die Poffe in jüdischen Kreisen, für deren Charakteristik man am Königsgraben ein besonderes Faible zu haben scheint. Lang ist es her, daß sich ein harmloser Mensch harmlos an einem unverständlichen jüdischen Jargon vorgetragenen Witz amüsiren durfte, ohne gleich in den Verdacht des Antisemitismus zu geraten. Es ist erfreulich, daß sich diese Empfindlichkeit in jüdischen Kreisen langsam legt; ihr Schwinden mag mit der wachsenden Bedeutungslosigkeit der professionellen Judenrefressen zusammenhängen. Die neue Poffe führt landläufige Gestalten vor: Einen Schächchen, seinen Kommiss, sowie eine Auslese seiner ehrenwerthen Kundschaft, die sich zusammensetzt aus allen Kreisen, vom Grobhandwerker bis zur „Dame“ eintieftigster Bezeichnung. Das Stück wurde bei seiner gestrigen Aufführung von dem zahlreich versammelten Publikum mit wohlwollender Heiterkeit aufgenommen.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten beginnen die diesjährigen polizeilichen Maß- und Gewichtszerevisionen unter Zuziehung eines Akmeisters am hiesigen

Die mit dem 1. April. Zur Vermeidung von Bestrafungen aus § 10 der Maß- und Gewichtordnung oder aus § 389 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs werden die Gewerbetreibenden aufgefordert, ihre Maße etc., soweit deren fortwährende Richtigkeit zweifelhaft erscheint, zuvor aichtmäßig prüfen zu lassen.

**Die preussische Freiheit der Wissenschaft.** Der Rektor der Universität hat in der Akademischen Versammlung die Zeitschriften „Sozialpolitische Monatshefte“ und „Sozialakademiker“ entzerrnen lassen. Die Studierenden betrachten dies als eine Verletzung der vom Rektor selber sanktionierten Statuten; das Direktorium der Versammlung hat bereits gegen eine derartige Handlung Protest eingelegt.

Ein auffeherregender Diebstahl von bedeutenden Werthgegenständen ist am 16. Februar im Hohenzollern-Museum ausgeführt worden. Der Dieb hat sich augenscheinlich eingeschlichen und bis nach Schluß des Museums dort verborgen gehalten. In der Zeit von 6-10 Uhr muß sodann der Diebstahl nach Aufbrechen eines Glasfensters und Eindringen der Glascheiben eines Schrankes ausgeführt sein. Der Dieb hat sich außerdem aus einem Zimmer einen Bege geholt, anscheinend um sich im Falle einer Ueberraschung damit zur Wehre zu setzen. Vermißt werden 24 antike und historische Dinge, neun Luchnadeln, eine ovale Platte, zwei goldene Ketten, eine Korallenkette, vier Perlenketten, einige Cameen, eine kleine goldene Taschenuhr, ein goldenes Breit, neun goldene Becher, fünf goldene Teller, eine goldene Dose und einige sonstige Werthgegenstände. Die gestohlenen Gegenstände sind meist mit Edelsteinen besetzt und selbstverständlich von außerordentlichem historischen und Geldwerth. Es ist bezeichnend, daß die Polizeibehörde erst jetzt, drei Tage nach erfolgter That, die Öffentlichkeit von dem Diebstahl in Kenntniß setzt.

Nach der „Vaugewerks-Zeitung“ soll die am 1. April d. J. in Kraft tretende Berliner Bau- und Polizei-Ordnung mit dem Tage der Publikation für den Stadtkreis Berlin in Geltung treten und damit die am 15. Januar 1887 erlassene Bau-Ordnung aufgehoben werden. Die alten Bauanscheine verlieren ihre Gültigkeit, wenn nicht innerhalb 4 Monaten vom Tage der Publikation die Kellerräume bis zur Erdoberfläche fertiggestellt sind.

Ueber den **Schwindelbau in der Tredowstraße**, von welchem wir vor einigen Tagen berichteten, erfahren wir noch folgendes: Das Gebäude, welches bereits gepußt, in der inneren Einrichtung soweit vorgeschritten war, daß es zum April bezogen werden sollte, gehört einem Unternehmer, der jedoch keine Geldmittel besitzt, vielmehr die Baugelder von einer hiesigen Bank erhielt, welche sich mit der Verleihung von Geldern in der bekannten Weise befaßt. Unter diesen Umständen war es naturgemäß, daß die Handwerker die fälligen Raten nicht erhalten konnten. Es stand zu befürchten, daß das Haus zur Subhastation kommen würde und dann die Handwerker ausfallen müßten. So erschienen denn die Beschäftigten eines Morgens mit etwa 100 Arbeitern und nun begann ein „Aufräumen“, wie es bisher wohl kaum beobachtet worden ist. Sämmtliche Thüren, die Fenster-rahmen mit den eingefeigten Scheiben wurden ausgebrochen, die Dösel abgehoben, die Ofen niedergerissen, ja selbst das Dach blieb nicht verschont und wurde von dem forderungsberechtigten Handwerker abgedeckt. Diese Sachen wurden dann nach einem gegenüber belegenen Lagerplatz geschafft und sind dort inzwischen durch einen Gerichtsbeamten im Auftrage eines dritten Klageberechtigten mit Beschlag belegt worden.

**Nowadies.** Letzte Nacht entstand unter den Linden vor dem Café Bauer eine Schlägerei zwischen Studenten und Kaufleuten, bei welcher der 23 Jahre alte Student Gustav D., der Urheber der Schlägerei, und der 38 Jahre alte Kaufmann Louis A. am Kopf nicht unerheblich verletzt wurden und sich nach Feststellung ihrer Persönlichkeit in ärztliche Behandlung begeben mußten. — Vorgestern Abend gegen 8 Uhr erregte der in Charlottenburg, Obnubelstraße 3, wohnende Arbeiter Wilhelm Schuhmacher in der Neuen Königstraße vor dem Hause Nr. 45 dadurch den Unwillen des Publikums, daß er ihm Begegnende absichtlich anrenpelte. Dem Schuhmacher, der ihn zur Wache führen wollte, setzte er thätlichen Widerstand entgegen. Mit Hilfe von Zivilpersonen wurde er zur Wache gebracht.

**Sonderbare Schwärmer.** Für Zuschauerplätze zur Enthüllungsfest der Wilhelm-Denkmal werden heute schon Preise gezahlt, wie man sie in Berlin bisher noch nicht kannte. Ein Unternehmer zahlt, wie der „Konst.“ mittheilt, für eine halbe Etage im Rothen Schloß, die er für einen Tag, den 22. März, gemiethet hat, 8000 M.; für die Hälfte der dritten Etage sind 9500 M. bewilligt worden. Einzelne Fenster im Rothen Schloß sind für 800 M. bereits vermietet worden. Für einzelne Plätze an den Fenstern werden 100 M. geboten, jedoch 200 M. verlangt. Da die Lage des Denkmalsplatzes nur Plätze für verhältnismäßig wenige Zuschauer bietet, so dürften wahrscheinlich diese Preise sich noch erheblich steigern. Es sind namentlich Auswärtige, die diese Plätze begehren und die hohen Preise zahlen. — Der Berliner ist nicht so idealistisch veranlagt.

Mit heißem Kaffee ist gestern Vormittag um 11 Uhr das anderthalb Jahre alte Mädchen Effie Pätel aus der Auguststr. 55 derart verbrüht worden, daß das Kind in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Selbstmorde.** Gestern Nachmittag vergiftete sich die zwanzigjährige unverehelichte Elise Z. in der Wohnung des Kaufmanns Felix Sch. in der Kreuzbergstraße, bei dem sie sich besuchungsweise aufhielt. Schwerkrank wurde sie in der Nacht nach dem Krankenhaus im Urban gebracht, wo sie bald darauf verstorben ist. — Abends tödtete sich der 73 Jahre alte Eigenthümer Carl M. in seiner Wohnung in der Fabrikstraße durch einen Schuß in die Schläfe. Jerrüttete Vermögensverhältnisse scheinen den alten Mann in den Tod getrieben zu haben.

**Schantkasten-Marder** machen gegenwärtig den Süden und Westen von Berlin unsicher. Wie mitgetheilt wird, sind in der Belle-Alliancestraße und deren Nebenstraßen täglich die Schantkästen von zwei bis vier Detailgeschäften entweder gestohlen oder gänzlich ausgeplündert worden und zwar jedes Mal zwischen 7 bis 9 Uhr Abends. Die gestohlenen Schantkästen sind stets auf dem Tempelhofer Felde erbrochen und gefehrt wiedergefunden worden. Der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, die frechen Thäter zu ermitteln.

Ein **Schwindler**. Vor einigen Tagen fand sich in einem Gasthof in der Wilhelmstraße ein Herr ein, der sich als Oberinspektor Dr. Wegner vorstellte, Telegraphenbeamter zu sein vorgab, und nach einigen Fragen über den Zustand und die Bedienung des Fernsprechapparats für die Hinterbliebenen eines angeblich verunglückten Beamten Geld zu sammeln versuchte. Als die Frau des Gasthofbesizers sich indes eingehender nach dem Unglücksfall erkundigen wollte, entfernte sich der Schwindler unter ausweichenden Redensarten.

Die Fernsprechbeamten müssen sich bekanntlich durch eine Ausweis-Karte vor dem Publikum legitimiren.

### Aus den Nachbarorten.

In **Charlottenburg** soll auf dem städtischen Gelände an der Sophie-Charlottenstraße und Straße 16a, wo gegenwärtig eine städtische Baumschule ist, ein Hospital und Siechenhaus mit Räumern für 300 Personen errichtet werden. Der dortige Magistrat beschäftigt sich der „Charlottenburger Zeitung“ zufolge gestern mit dieser Angelegenheit.

Das **Wasser der Unterpree und Habel** ist infolge des Thauwetters erheblich gestiegen. An der Ringbahn-Station Jungfernhöhe ist das neben dem Kanal und der Schleuse gelegene Ackerland überschwemmt und die zahlreichen Tauben, von denen viele unter der Last des Schnees zusammengebrochen waren, sind ganz fortgeschwemmt.

Vom **Auswärtiger-Bahnhof in Nuhleben** berichtet die „Spand. Corr.“: „Unter der dieser Tage eingetroffenen Auswärtiger, die über Hamburg oder Bremen ihre Seereise anzutreten

beabsichtigten, befand sich auch ein Ehepaar aus dem Schlesiens; es waren dem Anschein nach ordentliche Leute, dem Handwerker- oder Arbeiterstande angehörig, der Mann 30 Jahre alt, die Frau etwas jünger. Von einem gewissenlosen Agenten war ihnen vorgeschwindelt worden, daß sie nur bis Hamburg die Fahrt zu bezahlen brauchten, von da würden sie mittels Schiff „frei nach Brasilien“, dem Ziel ihrer Wünsche, befördert werden. Aus Nuhleben dürfen aber nur diejenigen Personen ihre Weiterreise mit der Bahn nach der Hafenstadt antreten, die an den auf dem Bahnhof befindlichen Kassen des Bremer Lloyd oder der Hamburg-Amerika-Linie die Schiffstickets lösen oder schon vorher im Besitz solcher Karten sind. Jenes Ehepaar besaß aber keine Schiffstickets und sollte sie nun lösen. Die Befürzung war groß. Mann und Frau beriethen und zählten ihre gesammte Baarschaft, die sie in ihrer Heimath aus dem Verkauf ihrer Habeligkeiten gelöst hatten. Das Geld reichte nur für eine Schiffstickete nach Brasilien. Die Vermuthen hatten nun einen schweren Seelenkampf zu bestehen. Ihr Vorhaben, auszuwandern, wollten sie nicht aufgeben und sie einigten sich schließlich dahin, daß der Mann allein die Reise antrat und die Frau mit dem kleinen Nestbetrage nach Schlesien zurückkehrte, um, sobald der Mann das Reisegeld schickte, nachzukommen. Der Abschied des Ehepaars von einander machte auf die Augenzeugen des Vorgangs einen erschütternden Eindruck. Ob sie sich jemals wiedersehen werden?“

Für die **Gemeinde Schöneberg** ist jetzt in der Würzburgerstraße (Berliner Ortsteil) die vierte Polizeiwache errichtet worden, mit welcher jedoch ein polizeiliches Meldebureau noch nicht verbunden ist. Die anderen drei Polizeiwachen befinden sich: in der Nollendorfstraße (ebenfalls Berliner Ortsteil), im Rathhause am Wilhelmplatz und für den Friedenauer Ortsteil in der Hedwigstraße.

Die am **Donnerstag** in Schöneberg auf dem Übungsplatze der Luftschifferabtheilung zur Ausführung gekommenen, seitens der internationalen aeronautischen Kommission vorbereiteten wissenschaftlichen Ballonfahrten haben folgenden Verlauf genommen: Der Militärballon „Condor“ mit Premierleutnant v. Rehler und Dr. Büring erreichte 3700 Meter Höhe und landete gegen Abend bei Schneidemühl, der neue Registrierballon „Circus II“ gerich beim ersten Aufstieg und fiel sofort wieder zur Erde. Ein Theil der Registrier-Instrumente wurde an einen anderen, sofort gefüllten Militärballon gehängt, welcher dann gegen 11 Uhr aufstieg und bei Seeren, Kreis Ost-Sternberg gefunden wurde. Ein dritter Militärballon mit Person allein erreichte 4600 Meter und landete um 6 Uhr bei Ratel.

Von einer **heftigen Influenza-Epidemie** wird gegenwärtig das 64. Infanterie-Regiment zu Prenzlau beunruhigt. Zur Zeit sollen bereits gegen 250 Mann von der Krankheit befallen sein, infolge dessen der gewöhnliche Dienst jetzt eingestellt worden ist und die Mannschaften wie Unteroffiziere nach 6 Uhr abends die Kasernen nicht mehr verlassen dürfen.

### Kunst und Wissenschaft.

Worauf doch die **Fabrikation moderner Theaterstücke** verfaßt! Jetzt ist man gar auf tragisch angehauchte Gymnastikstreichere gekommen. Das halbwüchsige Burlesken erfrähen, soll freilich nur innere Erlebnisse der Erwachsenen erklären helfen. Trotzdem nimmt die Schilderung der Dummjungen-Schmerzen einen so breiten Raum in dem neuen Drama „Der Gymnastikdirektor“ von Eugen Jabel und Alfred Bock ein, daß nur ein so harmloses Publikum, wie das des Berliner Theaters, ironische Stimmungen nicht aufkommen ließ. Am Donnerstag wurde das Stück im Berliner Theater zum ersten Mal ausgeführt. Ein Gymnastik, Robert Tillmann, nimmt ein scheinbar verschlossenes Wesen an. Das hat seinen Grund darin, die Kameraden wesen dem stolzen Knaben die Schande seines Vaters vor, der öffentliche Gelder unterschlagen und sich im Zuchthaus entleibt hatte. Robert's Mutter ist verängstigt und bittet den Gymnastikdirektor um Rath. Der Direktor beginnt nun, für den merkwürdigen Robert und dessen Mutter sich zu interessieren. Als der Knabe einen bösen Gassenbubenstreich verübt, hat der Direktor noch Wärme für ihn übrig. Das regt natürlich die schlümmen Mäuler der Stadt auf, man macht sich lustig über den alternden Junggesellen und die schöne Frau Tillmann. Verläumderische Zungen thun das Ihre, und der Gymnastikdirektor beschließt, sein Amt aufzugeben und als freier Mann will er sich und Frau Tillmann und dem unglücklichen Robertchen auch eine neue Zukunft schaffen. — Wenn es mit der Spekulation auf naive Gemüther so weiter geht, so erleben wir vielleicht demnächst auf dem Theater die Geschichte eines höchst merkwürdigen Quartaners. Das Auge Robertchen sah wenigstens in Sekunda. — Vor den Schauspielern allen Respekt. Sie nehmen ihre Rollen sehr ernsthaft; es sind durchaus pflichtgetreue Naturen, die Herren Kraußneck (der Direktor), Wehrli, Wassermaun (die Oberlehrer), Frau Gehrner, die um schöne Wittwen einen rührenden Jauher zu breiten versteht, und Frau Prach-Orewenberg, die den tragischen Schlingel Robert gab.

Im **Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater** wurde gestern das Schauspiel „Lothar, der Baron“ von Max Konneburger aufgeführt, ein Stück, das zum theil wenigstens auf etwas höherer Stufe steht, als die gewerbsmäßigen Dramen des Premierentheaters, deren Aufführung nach einem bestimmt festgesetzten Preiskourant von den Autoren bezahlt wird. Lothar hat durch sein arges Weib viel Unglück erlitten. Sie verließ ihn schändlich, als die Moneten zu Ende waren, und er, der Kavalier, sank in der Verzweiflung so tief, daß wir ihn in den Kellerräumlichkeiten einer Berliner Droschkenuhrschneipe erblicken müssen, wo er schweremüdig die paar Ridel anlegt, die er sich durch liebevolle Wartung und Pflege abgetriebener Säule zu verdienen sucht. Lothar, der Baron wird aber aus den dunkleren Jammerspähnen wieder ans Licht gehoben. Er hat das Kind eines Korvettenkapitans vor dem Leberfahren gerettet. Das edle Herz von Vater steigt die Kellertreppe hinauf und nimmt den Mann mit sich in die Bel-Etage. Dort findet der Grettete nicht allein liebevolle Polster, sondern auch seine längst verloren geglaubte Tochter als Gesellschafterin wieder und er lukt von so viel Glück erdrückt in Ohnmacht. Moral des Dichters: Würde jeder Mann, der es dazu hat, einen Proletarier als Hausfreund aufnehmen, so wäre die soziale Frage zu einem guten Theil gelöst. Die wiedergefundene Tochter liebt natürlich den reparirten Papa von ganzer Seele; aber da das gute und sehr korrekte Wesen im heimatlichen Alter ist, so könnte die Vergangenheit des Alten bei dem künftigen Auserwählten sowohl als überhaupt in der Gesellschaft Anstoß erregen. Die poetische Gerechtigkeit fordert daher, daß der Baron rechtzeitig stirbt. Dies hätte bereits beim Wiedererkennen geschehen können, als dem Alten ohnedies so schwermüdig geworden war. Aber er muß, da es erst halb zehn Uhr ist, noch einen ganzen langweiligen Akt hindurch leben und verlinkt schließlich auf die unmotivirteste Weise in den Fluthen des Kieler Hafens, wohin die Scene plötzlich verlegt worden ist.

In dem **Destillenbilde** ließ der Verfasser durchblicken, daß er sich mit Erfolg bemüht hatte, das, was man so Volkstheater nennt, zu beobachten. Die drei vornehmen Akte aber stelen sowohl infolge der papiernen Sprache, welche der Dichter seine Leute reden ließ, als auch durch den städtischen Mangel an Bühnenvorständniß gar lässlich aus. Die Darstellung des Stückes war lobenswerth.

Für das **„Lesing-Theater“** ist eine demnächst am Wiener „Carl-Theater“ zur Ausführung gelangende Novität „Tschaperl“ von Hermann Bahrt angenommen worden.

Im **Schiller-Theater** findet heute die Vorstellung zu gunsten der Pensionisten der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger statt. Zur Aufführung kommt — wie wir bereits mitgetheilt haben — „Doktor Schmidt“, Lustspiel in 3 Akten von Carl Weißbrodt, und „Der letzte Tag“, Familien-drama in 1 Akt von Paul Vinsemann.

Die **Entwürfe für ein Helmholz-Denkmal** waren vor einiger Zeit im Urtheil der Akademie aufgestellt. Sie sind damals

an dieser Stelle kritisch gewürdigt worden. Jetzt ist es zu einem engeren Wettbewerb gekommen, an dem sich die Bildhauer Prof. Bessing, Hertzer und Janensch betheiligten. Ihre Modelle waren am Donnerstag im Signalsaale des Kultusministeriums zur Besichtigung aufgestellt. Ueber die modifizirten Entwürfe der Herren Bessing, Janensch und Hertzer ist nicht viel Neues zu sagen. Die Künstler hielten sich an die Vorschriften, den Gelehrten stehend mit dem Salar belassend darzustellen. Dadurch wurden Denkmalsanlagen, die ins große gingen und mit allegorischem Beiwerk überladen waren, vermieden. Im allgemeinen zeigen die neuen Modelle einfache, schlichte Auffassung. Selbst Janensch hat sich in seinen zwei neuen Entwürfen mit bezug auf allegorische Beihilfe sehr eingeschränkt. Bessing's Modell giebt wohl das getreueste, aber doch ein wenig nichtern gerathene Bildniß von Helmholz. Hertzer ist etwas schwungvoller, aber wieder mit einiger Hinneigung zu theatralischer Pose.

### Soziale Rechtspflege.

Einen **seltenen Fall** hatte die **Kammer I des Gewerbegerichts** zu erledigen. Der Schneider L., der beim Schneidermeister Jsaaksohn als Zuschneider thätig war, kränkelte fortwährend; er lübdigte deshalb seine Stellung. Am nächsten Tage schon übermannte ihn seine Krankheit derart, daß er nach Hause gehen mußte. Wochenlang war er dann arbeitsunfähig. Nach Ablauf der ersten Woche schickte er seine Frau zu Jsaaksohn mit dem Auftrage, den Wochenlohn für diese Woche abzugeben. Jsaaksohn weigerte sich indessen, ohne Gegenleistung Lohn zu zahlen. Die Kammer I des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Assessors Tschow verurtheilte ihn jedoch auf die Klage des Zuschneiders, diesem den Lohn für 14 Tage, abzüglich des erhaltenen Krankengeldes, mit 88,50 M. zu zahlen. Der Gerichtshof ging davon aus, daß der Beklagte auf jeden Fall für die Kündigungskrisis, die gerade „Lie“, hätte eingetreten müssen, wenn auch L. durch Krankheit an irgend welcher Leistung verhindert gewesen sei. Allerdings hätte sich Beklagter davor schützen können, da Arbeitsunfähigkeit ein Grund zur sofortigen Entlassung sei. Die Entlassung hätte er dann aber ausdrücklich aussprechen müssen, was er unterlassen habe.

### Gerihts-Beifung.

Das **Reichsgericht** in Leipzig verwarf gestern die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Landgerichts I in Berlin vom 2. Dezember v. J., durch welches der Redakteur Reinhold Gerling wegen Verleumdung des Reichs-Gesundheitsamts, bezogen in einer Broschüre gegen die Broschüre des Reichs-Gesundheitsamts betr. Belehrung über das Japswesen zu 250 Mark Geldstrafe verurtheilt, theilweise aber freigesprochen war. — Gegen diese Freisprechung richtet sich die Revision der Staatsanwaltschaft, sowie dagegen, daß nicht auf Unbrauchbarmachung von 14 inkriminirten Stellen der Broschüre Gerlings erkannt war, in welchen zwar objektive eine Verleumdung gefunden wurde, wegen welcher der Angeklagte aber nicht bestraft worden ist, weil er berechnete Interessen wahrgenommen hat.

Ein **Polizeispizel** stand gestern in der Person des (wie er sich bezeichnete) „Agenten für alles“, Bengnick, vor der 155. Abtheilung des Amtsgerichts I, um sich wegen Verleumdung des bekannten Bierquellen-Arschinger zu verantworten. Der Kriminal-Schumann Jost, welcher mit der Kontrolle der Arschinger'schen Lokale betraut ist, schickte den ihm als Polizeispizel bekannten Angeklagten in eines der Lokale, um einen Kognat zu fordern. Arschinger hat nämlich nur halbe Konfession. Der Angeklagte entledigte sich seines Auftrages, erzählte dann wahrheitsgemäß, daß er keinen Kognat erhalten hätte und sagte aus freien Stücken hinzu, wohl habe er aber am Sonntag vorher bei Arschinger Kognat erhalten. Das war wider besseres Wissen gesprochen. Im Termin setzte er sich auf's hohe Pferd; der Jenge Jost habe ihn mißverstanden. „Meine Herren“, rief er, „ich kämpfe hier für meine „Ehre“, wir beide waren nur allein; es steht hier Schwur gegen Schwur“ — mit entsprechender Pose natürlich. Die Wirkung war aber eine jedenfalls nicht erwartete, der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Göppert erwiderte ihm: „Schweigen Sie nur, mit Ihrer „Ehre“ ist es nicht weit her, wenn Sie herumlaufen und andere Leute ins Unglück zu bringen suchen.“ Diefelbe Werthschätzung hatte Staatsanwalt Nötting hinsichtlich des Angeklagten; er bat deshalb, von einer Geldstrafe abzusehen, und beantragte 14 Tage Gefängniß. Das Urtheil lautete nach dem Antrage.

Für **Radsfahrer** ist eine **Kammergerichts-Entscheidung** von Bedeutung, die der Strafenat in seiner letzten Sitzung fällte. An einem Sommertage ging der Geheimre-Ober-Regierungsrath Lieber im Grunewald spazieren. Er bemerkte einen schmalen Steig am Rande der Chaussee, da diese selbst recht schmutzig war. Aber nicht nur er bedrohte den trockeneren Steig, auch die zahlreichen Radsfahrer thaten es. Alle Augenblicke ertönte ihre Glocke und der Herr Regierungsrath mußte in den Chaussee-Graben oder auf den schmutzigen Fahrdamm treten. Er gerieth darüber in Wuth, die sich so steigerte, daß er sich beim Gelingen des etwa 40. Radesfahrers umwandte, um ihn „zur Rede“ zu stellen. Der wich aber auch nicht aus und so setzte es denn eine Karabollage. Lieber erhielt mit der Lenkstange einen Stoß in die Seite. Er stellte dann die Persönlichkeit des Radsfahrers, eines Herrn Strade, fest. Mittlerweile hatte sich um die beiden aber ein ganzer Schwarm Radel angeamelt, die auf Lieber losredeten, wie er es wagen könne, sie in ihrem Vergnügen zu stören. Strade erhielt eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung. Lieber gab zu, daß ihn der Stoß mit der Lenkstange keine Schmerzen bereitet habe. Jedoch betonte er, er sei durch die Affäre so sehr erregt worden, daß er befürchtet habe, einen Herzschlag zu bekommen. Strade erklärte sich für unschuldig. Er habe seine Pflicht gethan, indem er klingelte. Der Regierungsrath hätte ja aus dem Wege gehen können. Der Angeklagte wurde aber verurtheilt in der Berufungsinstanz zu 50 M. Die Strafkammer nahm an, es liege eine grobe Fahrlässigkeit vor. Habe Lieber auch keine Schmerzen gehabt, so sei doch darin eine Körperverletzung zu sehen, daß er in seinem Wohlbefinden gestört worden sei. Das Landgericht rügte dann noch, daß die Radsfahrer ungebührliche Zumuthungen an das Publikum stellten. In einer ihrer Verurtheilungen sei sogar davon gesprochen worden, daß sie das Publikum erzienien wollten. — Die Revision des Verurtheilten wies der Strafenat des Kammergerichts zurück. Der Begriff der Körperverletzung sei nicht verkannt worden. Wenn nicht Schmerzen, so habe doch der Geheimre-Oberregierungsrath Lieber ein körperliches Uebelbefinden davon getragen. Das Verhalten des Radsfahrers sei unbedenklich als fahrlässig anzusehen. Gleichgiltig sei es, daß er geklingelt habe. Die Radsfahrer hätten stets so zu fahren, daß sie niemals Personen belästigten.

Um das **Vermögen der Frau Dr. Fritz Friedmann** handelte es sich in einer Anklage wegen Unterschlagung, welche heute gegen den Kaufmann Eugen Friedmann in Schöneberg, den früheren Direktor der „Immobilien-Aktienbank“, vor der II. Strafkammer am Landgericht II verhandelt wurde. Die Anklage beschuldigte den Angeklagten, diejenigen Fonds unterschlagen zu haben, welche von den Fremden des Dr. Fritz Friedmann nach dessen Tode in den Dezember 1893 für die Pflege und Erziehung seiner Kinder gesammelt worden sind. Diese Voraussetzung der Staatsanwaltschaft erwies sich gleich bei Beginn der Verhandlung als unrichtig, das angeblich unterschlagene Geld bildete das Vermögen der Frau Dr. Friedmann, welches sie sich zusammengekauft hatte. Die Beweisnahme ergab, daß es sich um einen Betrag von 450 M. handelte, der sich in einem Pompadour befand, den Frau Friedmann nach früheren Angaben in einer Droschke liegen gelassen hatte. Der Gerichtshof erkannte danach auf Freisprechung.

Unerhörte **Vorgänge** gelegentlich einer **Verdignung** auf dem Kirchhofe zu Schöneberg beschäftigten gestern die I. Straf-



Dem Londoner „Echo“ meldet ein Einsender, daß ihm ein Rabe gestorben sei, der sich über 100 Jahre im Besitze seiner Familie befunden habe. — Ein verständiger Richter. In New-York hatte eine Anzahl Hauswirthe Ermittlungsgegenstände gegen säumige Miether angestrengt. In dem Tage, an dem die Klagen zur Verhandlung kamen, zeigte das Thermometer 25 Grad Kälte. Zwei Fälle hatte der Richter zu Gunsten der säumigen Zahler entschieden, da schloß er plötzlich die Sitzung und erklärte, bei so furchtbaren Kälte werde er überhaupt Ermittlungsgegenstände nicht verhandeln. —

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.  
**C. 2010.** Natürlich ist der Silberrubel dem Kurse unterworfen. Wie weit er fallen kann, läßt sich natürlich nicht feststellen.  
**C. 20.** Der Herr ist und nicht bekennt.  
**C. 10. R. R. B. Ja. - 2. 7. 247.** Das hängt vom Inhalt des Statuts ab. — **C. 20. 117.** Da der Konkurrenzklagenantrag keine Bestimmung hinsichtlich des Ortes enthält, so ist die Klage nicht ausweislich. Der Erfolg der Klage ist aber nicht sicher vorauszuzeigen. Strafbare Falschung liegt nicht vor. — **C. 20. 117. D. 11. 248.** D. Nr. 10. Nein. — **M. R. 11. 248.** Nein, gerichtliches Testament ist erforderlich. — **34. Veriga.** 1. Nein. 2. Keine; Ueberweisung des Gebäudes, daß Schwangerschaft nicht vorliegt, pflegt zum Dispens von der Eheschließung zu führen. — **A. 1. 248.** **Frankfurterstr. 121.** In Ihrer Angelegenheit können wir Ihnen einen Weg, der zum Ziele führen würde, nicht angeben. Die von Ihnen beabsichtigte Beschwerde wäre nutzlos. — **Schöneberg 2.** Einbehaltenes Sachen dürfen nicht verkauft oder sonst als eigenes Eigentum behandelt werden. Es kann nur wegen der Forderung gepfändet und dann die Pfändung und der Verkauf der Sachen durch den Gerichtsvollzieher betrieben werden. — **26. Schöneberg.** Darüber vermögen wir Ihnen Auskunft nicht zu geben. — **R. 6. 89.** Bis zum vollendeten 24. Lebensjahre bedürfen Sie der Einwilligung Ihres Vaters oder müssen nachweisen, daß kein Aufenthalt unbekannt ist. — **3. R. 100.** Die dort ertheilte Auskunft ist falsch. Der Betreffende richtet sich zum vollendeten 42. Lebensjahre, der Ferienkolonie zugestimmt zu werden. — **1000. R. R. 1.** Das ist nicht ratsam. 2. Das ist möglich. — **W. Sch.** Wiederholen Sie Ihre Frage. — **Dienstmädchen.** Die Herrschaft ist im Recht. Die Kündigungsschrift beträgt 6 Wochen. — **Sodann. R. R.** Beschwerde wäre nutzlos. — **C. 7. 12. 1.** Natürlich. 2. Beim Amtsgesicht. — **W. R. 10.** Wenn ein schriftlicher Verbot vorliegt: nein; sonst: ja. — **C. R. 10.** Unter Ueberreichung der Geburtsurkunde des Kindes und Ihres Ehevertrages müssen Sie auf dem Amtsgericht zu Protokoll die Erklärung abgeben, daß Sie die Patenschaft anerkennen und die Umschreibung des Namens beantragen. Wskann müssen Sie bei dem Standesamt, das die Geburt eingetragen hat, unter Ueberreichung einer Ausfertigung des gerichtlichen Protokolls Umschreibung des Namens Ihres Kindes beantragen. **C. 2. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. - H. G.** Leider hatten nur der Bauunternehmer, nicht der neue Eigentümer. — **Schöneberg.** 1. Innerhalb zwei Jahren. 2. 3 Monate. 3. Ist verjähr. 4. Wird erst später bekannt gemacht. — **C. 2. 29. Nein. - Verleugungsstr. 5a.** Nur wenn der Tod infolge des Unfalles eintritt, steht den Hinterbliebenen eine sog. Hinterbliebenen-Rente zu. — **R. R. 12. 925.** Leider steht ein Recht dem Dienstmädchen nach dem Gesetze in diesem Falle nicht zu. — **Hütcher.** Beschwerden Sie sich bei der Regierung. — **C. Sch. 97. 1. Ja; 2. Ihr Amt als Vormund müssen Sie niederlegen. 2. Nein. - Müller. 1-3.** Wenden

Sie sich an die Vollziehbehörde. 2. Sein Leben lang. — **C. 2. 28.** Da ist ein durchgreifender Rath unmaßlich. — **Bandt.** 1. Eine Klage wäre ausweislich. 2-3. Durch 1. erledigt. — **Bretschke.** Antwort ertheilen wir nicht. — **J. W.** So weit möglich, wäre eine Klage ausweislich. — **Unzulässig.** 1. Gebrauch ist mit Strafe von einem Tage bis sechs Monaten Gefängnis — strafbar, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe getrennt und vom anderen Gatten Antrag auf Verhaftung gestellt ist. 2. Nein. — **Berechnung** mit dem, dessen Gebrauchs halber die Ehe getrennt ist, ist verboten. Dispens ist zulässig. — **M.** Der Antrag auf Erlangung der Invaliditäts- und Altersrente ist schriftlich zu stellen oder zu Protokoll zu geben. (In Berlin bei der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Kassendirektion 41.) Sonntags sind die Bureaus nicht geöffnet. Beispiele zu solchen Anträgen finden Sie im Arbeiterrecht S. 314. — **Fr. P. Schönebergstr. 31. 2. 21. 100.** Offenbach'sche Krankenkasse. — **R. R. 1. 248.** Wenden Sie sich an einen Kassenhändler. — **Viebig.** Da die Sache rechtskräftig entschieden ist, ist in derselben nicht mehr zu machen. — **Josef Wettenbe. 2. 2. 34. G. R. 77. Brunnenstraße 192.** Ja. — **H. H.** Das Impiegat ist ein Reichsgelehrter. — **W. R. 10. 100.** C. 2. 43. Ohne mündliche Rücksprache und Einverständnis in die Akten nicht zu beantragen. — **H. G. Zwinnmüllerstr. 52.** 1. u. 2. Nein. — **S. 21. 76.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — **R. R. 101.** Ja und unbekannt. — **H. T.** Mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedrohte Verbrechen verjähren allerdings in 20 Jahren. Da aber jede gegen den Täter gerichtete Handlung, z. B. Urlaub oder Erneuerung eines Strafbeschlusses, die Verjährung derart unterbricht, daß dann wieder eine neue Frist zu laufen beginnt, so kommt selten in solchen Fällen eine Verjährung vor. — **W. Ja. - W. R. 100.** Da Sie über 25 Jahre alt, so gebrauchten Sie zur Heirat nur der Einwilligung Ihrer Braut und Vaters und Ihrer Braut Geburtsurkunde. Ist Ihre Braut noch nicht 24 Jahre alt, so gebrauchten Sie ferner die Einwilligung ihres Vaters. — **Fr. Krüger.** Leider ist in Ihrer Angelegenheit langjährig eingetretener, jedoch jetzt ein Prozeß völlig ausweislich wäre. — **G. R. 30.** Verjährung liegt nicht vor. Eventuelle neue Pfändungen sind mithin möglich. — **M. Jungsweiche.** Beitreibung ist zulässig. — **G. Geist.** Den Austritt aus der Landesliste vom Ausland aus erklären, ist nicht möglich, da Sie den Austritt persönlich vor dem Richter Ihres Wohnorts erklären müssen. — **S. P. 100. 1.** Die ganze Summe auf einmal. 2. Ja. 3. Bisherige Benachrichtigung ist nicht erforderlich. — **M. G. 1.** Eintrittsfrist, zu erhalten im Reichsbot, ist zum Besuch einer Reichstags-Sitzung erforderlich. 2. Ist noch nicht rechtskräftig. 3. 1887 bez. 1888. — **C. 17.** Der Geburtsort ist erforderlich. — **R. 22.** Das Testament wäre ungültig. Sie können aber Ihren Zweck dadurch erreichen, daß Sie dem betreffenden die Tochter für den Todesfall als Erbin substituieren und ihm, falls er hiermit nicht zufrieden ist, auf Vorkauf setzen. — **H. J. 100.** Der Schluß um 1/2 ist erforderlich. — **Marxist.** Der Antrag auf Naturalisation ist bei der Vollziehbehörde zu stellen. — **W. 10. 65.** Sie müssen einen Antrag auf Befreiung Ihrer Kosten beim Amtsgericht stellen. Ein Vorkauf finden Sie im Arbeiterrecht S. 311. Nr. 68. — **M. P. 101. 1. u. 2.** Ist nichts anderes bei der Mietverbindung vereinbart, so besteht Kündigung bis spätestens am 15. zum 1. des folgenden Monats. — **G. W.** Sie sind leiber an den Vertrag gebunden. — **Publicia.** Soweit eine genauere Darlegung verhältnißlich: Ja. — **W. G. 127.** Der Wortlaut des Urtheils ist maßgebend. — **Abel 100.** In 30 Jahren verjährt eine eingeklagte Forderung. — **C. Nowakow.** 1. Siehe W. 10. 65. 2. Die Forderung ist berechtigt. — **W. Armer.** **S. 2. 150. G. 2.** 235 Markten müssen vor der Heirat gelistet, der Antrag muß bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Kassendirektion (in Berlin, Klosterstr. 41) innerhalb drei Monaten nach der Heirat gestellt sein. Ein Vorkauf für solchen Antrag: Arbeiterrecht, Seite 319, Nr. 84a. — **R. D. 72.** Von Sachverständigen wird die Richtigkeit einer Sentenz der Präsidentschaft bezeugt. — **Gruf 5. 1. und 2.** Nebenzahl kann die Stelle beiderseits aufgehoben werden. 3. Schadenersatzanspruch steht Ihnen nicht

zu. — **C. R. 97.** Ja, Ihre Mutter und Sie können aber um Befreiung eintreten. — **B. Treßowstraße. 1-3:** Nein. — **J. R.** Der Einwand ist zulässig. Rechtliche Einwände haben hier und da Erfolg gehabt; einige Gerichte nahmen an, die Spitze des Artikels richte sich nur gegen den Redakteur, andere, sie richte sich nur gegen den Herausgeber. Die Frage kann nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Verhältnisse entschieden werden. — **Helene 100.** 1. Sie möchten am zweckmäßigsten vor der Heirat, vor Gericht einen Vertrag abschließen. Zu diesem Behuf schreibt Ihre Braut genau auf, was ihr gebührt, Sie beide geben dann zum Amtsgericht und dort erklären beide, daß Sie sich einverstanden erklären, Sie ferner: daß Sie die Richtigkeit des Vermögensverzeichnisses anerkennen und auf ehelichem Reichthum und Verwaltungsvermögen verzichten. 2. Gebraucht kann werden. Ihre Frau würde aber mit Erfolg interveniren können. — **M. R. Alte Jakobstraße. Ja. - 70. 7. 1.** Ertheilen Sie nicht zum Termin, so werden Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Wo nichts ist, hat jeder Gläubiger sein Recht verloren: Schuldhaft bleibt es nicht. — **H. 2. 86.** Hypothekarische und persönliche Schuldverpflichtungen aller Art, soweit es sich nicht um der Reichs-Steuerpapiere unterworfenen Wertpapiere handelt, unterliegen einer preussischen Stempelabgabe von 1/10 pCt. des Kapitalbetrages der Schuldverschreibung. Schuldverschreibungen über Darlehen, welche innerhalb Jahresfrist oder in einem längeren Zeitraum zurückzahlen sind, sind einer Stempelabgabe von nur 1/100 der getheilten Summe in Abzügen von 20 Pf. abgabe von nur 1/1000 unterworfen. Preussengationen unterliegen derselben Steuerhöhe. — **J. 2. 100.** Eine Frist besteht nicht. — **Grohnid und P. R. 79.** Die Mietverträge werden seit dem 1. April 1896 nicht mehr selbst, vielmehr werden nur die Verzeichnisse geschickt. Die Mietzins-Stempelabgabe beträgt bei einem jährlichen Mietzins unter 300 M.: nichts, über 300 bis 500 M.: 50 Pf. und für jede 500 M. Mietzins 10 Pf. Stempelabgabe mehr. Der Behörde gegenüber haften für die Stempelabgabe nur der Vermieter. Ob der Mieter dem Vermieter einen Betrag schuldet, richtet sich nach dem Vertrag. — **H. R. 8. 1-3. Ja. 4. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.** Sie hätten vor dem Termin in der juristischen Sprechstunde vorsprechen sollen.

Witterungsübersicht vom 19. Februar 1897.

Stationen.	Barometer-stand in mm, reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50° F.)
Swinemünde	771	SW	4	wolkenlos	1
Danzburg	771	SW	3	wolkenlos	-1
Berlin	776	SW	3	Nebel	-2
Miesbaden	776	SW	2	heiter	-1
München	776	SW	2	Nebel	-2
Wien	776	SW	2	heiter	-1
Saparanda	742	SW	4	bedeckt	1
Petersburg	758	SW	3	wolfig	11
Koblenz	766	SW	3	wolfig	6
Arbeeden	760	SW	2	Dunst	-1
Paris	774	SW	2	Dunst	-1

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 20. Februar 1897. Zeitweise neblig, vielfach heiter und am Tage warm bei schwachen südwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Montag, den 22. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Ausserordentl. Generalversammlung im oberen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. No. 20. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu den neuen Unternehmungen der Schule und Beschlussfassung darüber. 2. Diskussion. Mit Rücksicht auf die sehr wichtige Tagesordnung machen wir es jedem Mitgliede, auch den jährlich Zahlenden, zur Pflicht, in der Generalversammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Beiträge werden entgegengenommen. Der Vorstand.

## Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen 32906 finden statt: Für Bezirk A am Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Nowak, Rantensstr. 9. B am Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Sauermann, Adalbertstr. 8. C am Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Grube, Rariendörferstr. 5. D am Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenhainstr. 57. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Vierteljähriger Kassensbericht pro 4. Quartal 1896, 3. Besprechung über die General-Versammlung event. Delegatenwahl, 4. Verschiedenes. Die Zahlstellen, in welchen jeden Sonnabend Abend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Rantensstr. 78 bei Wöber, Andreadstr. 15 bei Reumann, Reichensbergerstr. 24 bei Nieburg, Stallstr. 65 bei Krause, Alte Jakobstr. 69 bei Venz, Rariendörferstr. 5 bei Grube, Kreuzbergstr. 47 bei Tunt, Wasserstr. 11 bei Radday, Georgenkirchstr. 25 bei Klausch, Quittenstr. 32 bei Burghausen. Die Ortsverwaltungen.

## Große Branden-Versammlung

ber in der Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 22. Febr., abends 8 1/2 Uhr, bei Roll, Adalbertstr. 21. Tages-Ordnung: Vortrag: „Was lehrt uns der Hamburger Dosenarbeiter Streik?“ Die Kollegen der Fabrik von Jaffe sind zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vertrauensmann.

## Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Oranienstr. 51: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Verschiedenes, 3. Fragekasten, 4. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

## Köpenick. Köpenick. Öffentliche Versammlung

des sozialdemokratischen Arbeitervereins am Montag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn A. Schulz, Schönkrankenstr. 7/2. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Hansen über „Naturgeschichte des Proletariats.“ 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um Zahlung der Beiträge wird gebeten. Der Vorstand.

## Tempelhof-Marien-Mariendorf.

Sonntag, 21. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr, bei Teuschlein-Mariensfelde: Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Tages-Ordnung: Vortrag. — Diskussion. — Fragekasten. 12/5

## Charlottenburg! Zum Besten der ausgesperrten Schuhmacher in Weissenfels.

Sonntag, den 21. Februar, in Bismarckstraße, Wilmerdorferstr. 39: Konzert, Theater und Gesangsvorträge. Zur Aufführung gelangt: 1. Der Zigeuner. 2. Wem gehört das Kind? Anfang 4 Uhr, der Theatervorstellung 5 Uhr. — Entree 30 Pf. 30045\* Herzen, die am Tage teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets sind in allen Zahlstellen des Wahlkreises, sowie an der Kasse zu haben. Der Vorstand.

## Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Admiralstraße 18c: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Semmel über „Die Wohlfahrt der menschlichen Rasse.“ 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Die Kollegen, welche bisher bei der Frittelwitz bezahlt haben, werden ersucht, ihre Beiträge bei Mohr, Druniersstr. 197, zu entrichten. — Für Friedrichsberg nimmt Kollege Echtermeyer, Frankfurter Chaussee 103 Beiträge u. f. w. entgegen. Der Vorstand.

## Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung am Montag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Henke, Rantensstr. 27. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Joël über: Moderne Naturanschauung. 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. In anbetragt des wissenschaftlichen Vortrages bietet um jährlichen Betrag NB. Die Kollegen, welche noch Listen von Streik in Händen haben, werden ersucht, dieselben bald an Kollegen G. Gensel, Kaufgasse 23, abzuliefern. Die Werkstatt-Delegirten werden ersucht, heute Abend von 8 Uhr ab im Vereinslokal, Rantensstr. 27, die Flugblätter für ihre Werkstätten abzugeben. 141/20

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, 27. Februar 1897, in Schnegelsberg's Festsälen, Gasenhalde 21: Großer Wiener Maskenball arrangirt vom Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 50 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Vereinslokal, Rantensstr. 27, zu haben.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonntag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Konigsstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37: Grosser Wiener Maskenball. Billets sind zu haben für Mitglieder, sowie Angehörige am Donnerstag im Vereinslokal Restaurant Wilke, Andreadstr. 20. 3226b

## Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk. Morgen, Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum zweiten Male: Das Käthchen von Heilbronn. Von Heinrich von Kleist. 230/3 Käthchen: Wilhelma Wagner; Wetter von Strahl; Heinrich Brev; Rheingraf von Stein; Rich. Jürgens; Theobald: Wlth. Karst. Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

## Achtung! „Urania.“ Achtung!

Der Kampf um den Nordpol. Die Sonder-Vorstellung am 21. Februar, vormittags 9 Uhr, findet aus technischen Gründen nicht statt. Die zu der Vorstellung einzunehmenden Billets haben zu dem am 28. Februar, nachm. 3 Uhr, stattfindenden Sonder-Vorstellung Gültigkeit. 236/4

## Brodhaus, Meber's Veriton. Malergeschäft.

30 Jahre bestehend, ist mit sämtl. Utensilien, Farben u. Randschiffen, für 300 R. veräußert. Abz. unter Malergeschäft, theaterstr. 11/12. Fernspr. III 8635. 3295b

## Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Verwandten zur trauerigen Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Bruder u. Schwager, der Former Karl Fischer, am 16. Februar im Alter von 43 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 12 Uhr, vom Friedhof der Berliner Gemeinde zu Friedrichsfelde aus statt. 11152 Die trauernde Witwe Marie Fischer geb. W. S. 111.

## Marie Fischer geb. W. S. 111.

Am 18. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, verschied nach langem schwerem Verden unser lieber Sohn und Bruder Max Rosin im Alter von 16 1/2 Jahren. 32926 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus „Friedrichsbad“ statt. Um stille Theilnahme bittet Familie Rosin.

## General-Versammlung

der Vertreter für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Weißgäher am Sonntag, den 22. Februar cr., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn St. Stabernad, Julestr. 10, 2 Treppen, zu welcher die Vertreter der Arbeitnehmer hiermit eingeladen sind. Tages-Ordnung: 1. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1896, 2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses, 3. Berlegung des Kassensatzes zum 1. April cr., Antrag des Rentanten Stielh, 4. Verschiedenes. Berlin, den 19. Februar 1897. 32955 Der Vorstand.

## Friedrichsfelde.

Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins kann umständelhafter erst am 7. März stattfinden. 32856 Der Vorstand.

## Empfehle mein Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.

Gr. u. kl. Vereinszimmer mit und ohne Piano Sonnabend, 20. u. Sonntag, 21. d. M. Tanzkränzchen, wozu ergebenst einladet Fr. Zubell, Lindenstrasse 106. Musikinstrumente aller Art. Vortheilhafte Bezugsquelle. Garantie. Musik. Bracht-Katalog 112 Seiten portofrei. G. Schubert & Co. Berlin SW., Beuthstr. 17. I. (Rein Vaden) 9820\*

## Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Etüd Vaseline- und ein reines Dandub-Parfüm f. 10 Pf. p. Wsche. Dandub-Parfüm f. 10 Pf. p. Wsche. Neue Königsstr. 17. Fernspr. Amt VII. Nr. 2087.

## Achtung! Achtung!

Künstliche Zähne von 3 R. an, Theilw. wachsm. 1 R. wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst. Guckel, Kaufgasse 2, Wasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

## Herrenhüte

in neuesten Formen und Farben Engl. Haarhüte 4.- M. Einsegnungshüte 1.- M. verkauft wieder einzeln zu besannt billigen Preisen 11104\* Die Fabrik, 1. Etage.

## Arbeitsmarkt.

Kleiner Gesangsverein (Vorden) sucht Donnerstags thätigen Dirigenten. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbitte Bernauerstr. 13a, Dornik. 3295b

## Korbmacher

auf edige Weichhölzer werden noch verlangt. — Dellarbeit: Arbeitslohn pro Kump ohne Fracht 2.50 M. (wie in Hamburg). Tageslohn eines Arbeiters nach einigen Tagen Einrichtung: 2-3 Rimpler pro Tag. 32965 F. Ancon & Co., Wilhelmstr. 123.

## Schriftmaler,

tüchtige, verlangt Waithies, Wilhelmstr. 130. 32945

## Vergolder.

Farbigenner verlangt Reu-Weichenler, Charlottenburgerstr. 108. 32915

## Geübte Schriftmaler

haben dauernde Beschäftigung. Otto Grand & Co., Fischerstraße 17. 32885

## Malerlehrling.

Sohn anständiger Eltern, wird verlangt. Zu erfragen bei Wörner, Rantensstr. 10a, part. 3278b

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die gegenwärtigen Konversionen in Deutschland; — die Niedrigkeit des Zinsfußes (Verzinsung des deutschen Aktienkapitals bei den gegenwärtigen Kursen. Verzinsung der Staatspapiere 86 und 90); — Gründe des Zinsrückganges (Höhe des mobilen Kapitals in Deutschland; die Staatspapiere als Hemmnisgrund; Schwankende Bewegung des Zinsfußes in Deutschland; Abhängigkeit des Zinsfußes von der Profitrate; die Tendenz).

Die Konversionen in Deutschland. Am Donnerstag ist der Konvertierungsgesetzentwurf der Regierung in zweiter Lesung vom deutschen Reichstage angenommen worden. Seit Anfang der 80er Jahre waren die vierprozentigen Anleihen des Reiches und Preußens bereits zur Umwandlung in 3 1/2-prozentige vollständig reif. Denn an der Börse hatten sich die Kurse dieser Papiere über ihren Nominalbetrag gehoben; für einen, sagen wir auf 100 M. lautenden, mit 4 pSt. jährlich vom Staat verzinsten Staatspapierschuldchein erzielte der Besitzer, wenn er ihn veräußerte, 102, 104, 106 — 8 M. Das heißt die neuen Käufer solcher vierprozentigen Staatspapierschuldcheine nahmen, da sie, um 4 M. jährlichen Zinsbetrag vom Staat zu erhalten, nicht 100 M., sondern außer den 100 noch ein Aufgeld gezahlt hatten, tatsächlich mit einer geringeren als der vierprozentigen Verzinsung vorlieb; der Gewinn daraus kam aber nicht dem Staat zu gute, der nach wie vor für jeden von ihm ausgestellten Schuldchein 4 pSt. an Zinsen geben mußte, sondern den ursprünglichen Besitzern und früheren Käufern der Schuldcheine, die für ihre Papiere das Aufgeld beim Verkaufe erzielten. Der Staat, der sich bei seinen Anleihen das Kündigungsrecht immer vorbehalten, hätte also, wenn er den Vortheil aus den veränderten Verhältnissen sich, d. h. der steuerzahlenden Gesamtheit zuwenden wollte, längst die von ihm zu hoch bezahlte Anleihe kündigen können. Der wirkliche Zins, der für sichere und gute Papiere auf dem Markt gezahlt wird, bewegt sich seit geraumer Zeit schon zwischen 3 1/2 und 8 pSt., und der Kurs, d. h. der Börsenkurspreis, der vierprozentigen Anleihen wäre dementsprechend noch viel höher gestiegen, hätten die neuen Käufer dieser Papiere nicht seit Jahren damit gerechnet, daß der Staat von seinem Kündigungsrecht endlich doch Gebrauch machen werde. Er konnte es schon längst ohne die geringste Schwierigkeit, da er sicher war, daß die Besitzer der 4-prozentigen Papiere auf die Zinsherabsetzung ohne weiteres eingehen und nicht die Herauszahlung der vom Staat geschuldeten Kapitalsumme verlangen würden. Selbstverständlich, denn der Staat giebt ja denen, die bei der Kündigung Auszahlung des Kapitals verlangen, nur die Geldsumme heraus, auf welche die präsentierten Schuldcheine tatsächlich lauten; wer aber keine Auszahlung verlangt, sondern seine 4-prozentigen Papiere in 3 1/2-prozentige, wie der Staat sie ihm jetzt anbietet, umstempeln läßt, der kann diese umgestempelten Schuldcheine mit einem Aufgeld jederzeit an der Börse los werden.

So steht z. B. gegenwärtig die von vornherein nur mit 3 1/2 pSt. verzinsten Reichsanleihe, ebenso wie die mit 3 1/2 pSt. verzinsten preussische Anleihe auf 108 Mark 80 Pfennig. Wer also bei der Konversion eine Herauszahlung der Summe, auf die der Schuldchein ausgestellt ist, vom Staat verlangen würde, der bekäme für seinen Schuldchein von sagen wir 100 M. nur 100 M. zurück, wer dagegen die Herabsetzung des 4-prozentigen auf den 3 1/2-prozentigen Zinsfuß annimmt, kann sicher darauf rechnen, für dieses umgestempelte Papier an der Börse 103—104 M. oder mehr zu erhalten.

Der Staat braucht also mit irgend erheblichen Auszahlungsforderungen in keiner Weise zu rechnen, die Konversion läßt sich durch einen bloßen Federstrich vollziehen und ähnlich wie heute liegen die Dinge schon seit den 80er Jahren. Preußen, welches 4-prozentige Anleihen im Betrage von 8600 Millionen und das Deutsche Reich, das solche Anleihen im Betrage von 450 Millionen früher aufgenommen, haben im Zeitraum langer Jahre ungezählte Millionen an die „notleidenden“ Staatsgläubiger verschwendet, indem sie die überreife, durch die Zinsverhältnisse des offenen Marktes gebieterisch geforderte Herabsetzung des Zinsfußes hartnäckig hinausgeschoben.

Der „Vorwärts“ hat diese für sorgliche „Sozialpolitik“ zu Gunsten der „wirtschaftlich Schwachen“, diese vollbelastende Verschwendung, die in der bekannnten traditionellen Ausrüstung der Kultur-Angebungen gegenüber ihr würdiger Gegenstand findet, schon öfter treffend beleuchtet. Unsere Partei tritt den Konversionen, die der besorgte Staat bei der endlichen Zinsherabsetzung den Gläubigern in Preußen gemacht hat und im Reich machen will (vor allem dem Versprechen, 8 Jahre keine weiteren Herabsetzungen vorzunehmen) mit aller Schärfe entgegen und verlangt schon jetzt eine Reduktion auf 3 pSt., welche, wie die Regierung selbst einräumt, unter den gegebenen Verhältnissen bei energischem zielbewusstem Vorgehen durchführbar wäre. Hat doch die früher aufgenommene drei-prozentige preussische und Reichsanleihe fast den Parikurs erreicht, da für 100 M. dieser Anleihen ungefähr 98—99 M. von den Käufern an der Börse gezahlt werden.

Unter solchen Verhältnissen stehen aber die Besitzer der vierprozentigen Anleihen einer Zinsherabsetzung auf 3 pSt. vollständig machtlos gegenüber, weil sie nicht die Möglichkeit haben, das geländigte Kapital in anderen Papieren erheblich gewinnbringender anzulegen. Rückzahlungsforderungen, in einem Umfang, der das Gelingen der Konversion in Frage stellen könnte, wären daher nicht zu erwarten und ließen sich jedenfalls durch einige finanzielle Maßregeln leicht parieren.

Die Niedrigkeit des Zinsfußes. Die sinkende Tendenz des Zinsfußes, welche Bayern, Württemberg, Baden, Preußen und das Deutsche Reich endlich doch zu Konversionsgesetzen, wenn auch nur schwächlichen, gedrängt hat und weiter drängt, ist ein bedeutungsvolles und allgemeines Symptom der modernen Wirtschaftsentwicklung. Im Vorjahre freilich konnte es eine Zeit lang so scheinen, als lebe nach einer langen Periode weicherer Zinsfüße wiederum eine steigende Tendenz ein. Ein Viertel Jahr hindurch hielt sich der Wechselkurs, d. h. der Zins für Darlehen auf Wechsel, den die Reichsbank berechnete, auf der ungewöhnlichen Höhe von 5 pSt., von der er erst in diesem Januar herab auf 4 pSt. sank.

von England, die länger als 2 Jahre hindurch nur 2 pSt. Wechsel-Diskont genommen, hatte ebenfalls Ende Oktober ihren Satz auf 4 pSt. erhöht. Aber diese Erhöhungen waren, wie eine Vergleichung mit anderen europäischen Nationalbanken zeigt, keine allgemeine Erscheinung und signalisierten daher auch keine andauernde Erhebung des Zinsfußes in den verschiedenen Branchen und Anlagephären des Leihkapitals. Die Zinserhöhung der Reichsbank insbesondere war, wie allgemein anerkannt wird, eine Folgeerscheinung des angeblichen industriellen Aufschwunges in Deutschland, der den Geldbedarf zeitweilig bedeutend steigerte und so die Bank dem wachsenden Leihbegehre gegenüber zu abwehrenden Maßregeln zwang.

Ein interessantes Anzeichen für die Niedrigkeit des Zinsfußes, gleichzeitig freilich auch für die Höhe des Spekulationsfiebers, ist ferner die enorme Kurshöhe, welche die Industrie- und Bankaktien der Berliner Börse im Vorjahre erreicht hatten. Nach den Berechnungen des „Deutschen Oekonomist“, die sich auf den Kursstand aller an der Berliner Börse gehandelten Industrie- und Bankaktien vom November vorigen Jahres beziehen, betrug der als Durchschnitt sich ergebende Aktienkurs eine Kleinigkeit mehr als 156 M., d. h. beim Verkauf an der Börse wurden für eine 1000 Mark-Aktie im Durchschnitt etwa 1560 M. gegeben. Legt man die Dividendensumme, die von der Gesamtheit aller Aktienunternehmungen das letzte Mal gezahlt wurde, zu Grunde, so zeigt sich, daß bei diesem Durchschnittskurse von 156 M. die neuen Käufer der Aktien, die der vielfach glänzenden Geschäftslage, nur auf einen Gewinn von etwa 4 1/2 pSt. durchschnittlich rechnen können. Mit den hohen Profitten, welche die gute industrielle Konjunktur den Großbetrieben in Aktienform gegenwärtig sichert, ist zugleich der Preis, den das mobile, Anlage suchende Kapital für Aktien zahlt, so weit in die Höhe gegangen, daß der wirkliche Zinsfuß, den die neuen Aktienkäufer zu erwarten haben, hinter 5 pSt. zurückbleibt und mit dem Sinken der augenblicklich die Dividenden aufschwelenden Geschäftslage sehr tief unter diesen Satz heruntergehen muß. Seit 1878 ist der durchschnittliche Kursstand, wie sich aus der vergleichenden Tabelle des „Oekonomist“ ergibt, niemals so hoch gewesen wie im November 1896, und seitdem hat sich die Steigerung weiter fortgesetzt.

Das in sicheren Staatspapieren angelegte Kapital verzinst sich, weil hier das Risiko, das mit dem Aktienkauf verbunden ist, fortfällt, natürlich bedeutend niedriger und hier tritt die sinkende Tendenz des Zinsfußes denn auch am deutlichsten erkennbar hervor. Vergleicht man die wirkliche Verzinsung, die das im Ankauf von Staatspapieren angelegte Kapital 1896 und 1896 in England, Holland, Preußen, Rußland und Belgien erzielte, so ergibt sich nach einem interessanten Ausweis der „National-Ztg.“ in ihrem Handelshefte allenthalben ein enger Zusammenhang. Die 3-prozentige englische Anleihe stand z. B. im Jahre 1896 so, daß sie dem Käufer 3 pSt., im Jahre 1896 dagegen so, daß sie dem Käufer nur 2,30 pSt. abwarf. Die drei-prozentige preussische Anleihe, die nach dem Kurs des Jahres 1896 3,46 abwarf, verzinst sich nach ihrem über Kurs nur ganz wenig über 3 pSt. Nehulich ist das Verhältnis in den übrigen Staaten. Die Einbuße des Zinsgewinnes innerhalb der letzten 11 Jahre beträgt sonach bei der englischen Anleihe 23,8, bei der preussischen 11,5 vom Hundert.

Gründe des Zinsrückganges. Dieser Rückgang des Zinsfußes oder des Preises, der für geliehenes Kapital gezahlt wird, steht offenbar mit der gewaltig zunehmenden Kapitalanhäufung, die zinstragend angelegt werden soll, in einem inneren Zusammenhange. Der Wettbewerb der Kapitalanleiher erscheint als derjenige Faktor, der am unmittelbarsten die sinkende Tendenz des Leihzinsfußes erklärt. Im Auftrage des „Instituts für internationale Statistik“ wird gegenwärtig der Versuch gemacht, die Menge des mobilen, also wesentlich des Leih- und Aktienkapitals für die verschiedenen Länder rechnerisch festzustellen. Die Zahlen sind enorm. Nach der Berechnung des schon früher zitierten „Deutschen Oekonomist“ beläuft sich die Summe der deutschen festverzinslichen Werthpapiere mit Wörzentrags (Staats-, Provinzial- und städtische Anleihen, Hypothekendarlehen, Pfandbriefe u. s. w.) allein auf annähernd 21 Milliarden Mark, die Summe der Dividendenpapiere, dem Kurswerth nach berechnet, auf über 6 Milliarden. Alles in allem genommen schätzt das Blatt das bloß mobile Kapitalvermögen allein in Deutschland auf 75 1/2 Milliarden ab, daß bei einer allerdings recht hochgegriffenen Verzinsung von 3,8 pSt. eine Jahresrente von über 2 1/2 Milliarden abwerfen würde. Natürlich haben wir es hier nur mit Annäherungsverwehen zu thun, die aber wohl geeignet sind, von der enormen Akkumulation des Leihkapitals ein ungefähres Bild zu geben.

Der Wettbewerb dieser Milliarden, die von einer Art verzinslicher Anlage stets leicht zu jeder anderen, die im Augenblick einige Vorteile verspricht, übergehen können, muß notwendig auf den Zinsfuß drücken. Ohne die gewaltige Entwicklung des Staatspapiere-Systems, die ihrerseits wieder mit der Entwicklung des Militarismus und der Kriegsführung aufs innigste zusammenhängt, hätte die Nachfrage nach Leihkapital schwerlich den gewaltigen Umfang, den sie heute zeigt, annehmen können; und mit der Einschränkung der Nachfrage wäre der für den Gebrauch des Leihkapitals gezahlte Preis, der Zins, notwendig längst unter sein heutiges Maß herabgesunken. Wie der Militarismus, indem er Jahr für Jahr Hunderttausende der besten Arbeitskräfte aus der kapitalistischen Massenproduktion herauszieht, durch unproduktive Verschwendung vorhandener Kräfte eine Art Gegenwirkung gegen die im Kapitalismus stets vorhandene Tendenz zur Ueberproduktion an Waaren ausübt, so wirkt er auf der anderen Seite durch die ungeheuren Anleihen, zu denen er die Staaten treibt, der Ueberproduktion am Leihkapital entgegen, indem er die Nachfrage nach solchen vergrößert und das Sinken des Zinsfußes, das sonst ein schnelleres Tempo zeigen würde, soviel an ihm liegt, aufhält. Die unproduktive Verschwendung von Menschenkraft und Kapital auf größtem Maßstabe bildet so innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, entsprechend dem inneren Widerspruch des ganzen Systems, eines seiner geheimen Selbsterhaltungsmittel.

Die Bewegungen des Zinsfußes hängen, näher zugegeben, von einer Reihe sehr verschiedener Umstände ab; für's erste

natürlich davon, wie sich das relative Verhältniß von Angebot und Nachfrage an Leihkapital in einer Periode stellt. Wenn auch die sinkende Tendenz des Zinsfußes für eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft charakteristisch und in dem Wesen derselben begründet erscheint, so ist die Mannigfaltigkeit der hier zusammenwirkenden Faktoren doch zu groß, als daß man eine regelmäßige und ununterbrochene Abwärtsbewegung erwarten könnte.

Zu dem wenig entwickelten Deutschland der 60er und 70er Jahre bis 1845 hin zeigte z. B. der Zinsfuß bei relativ geringer Kapitalakkumulation einen außerordentlichen Tiefstand, der damals bereits in großem Umfang zur Konversion der etwa höher verzinslichen Obligationen in 3-prozentige und sogar 2-prozentige Papiere führte. Die Periode von 1845 bis 1871, d. h. die Zeit starken kapitalistischen Aufschwunges in Deutschland, ist dagegen offenbar infolge rasch steigenden Geldbedarfs durch eine entschiedene, nur kurze Zeit pausierende Aufwärtsbewegung des Zinsfußes ausgezeichnet. Die Fortschritte des großen Kapitalmassen verschlingenden Eisenbahnbaues, die Ausbreitung der Aktiengesellschaften, das Eindringen fremder hochverzinslicher Papiere und die Steigerung der Staatspapierschulden, alles zusammen wirkte damals nach dieser Richtung hin. Erst von dem Anfang der 70er Jahre setzt dann, zunächst wohl deshalb, weil die Akkumulation von mobilem Kapital schneller als die Nachfrage nach solchem zunahm, wieder eine Periode stetig sinkenden Zinsfußes ein, die in den neuesten Konversionen soeben ihre offizielle, wenn auch arg verspätete Anerkennung gefunden hat.

Aber diese gelegentlichen Zinsrückbewegungen sind keine Wiedergabe der allgemeinen Tendenz, und diese Tendenz selbst wiederum deutet auf tiefere, im inneren Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründete Zusammenhänge hin. Die Erklärung des sinkenden Zinsfußes aus dem rapiden Wachstum des mobilen Kapitals läßt trotz ihrer Plausibilität den eigentlich bestimmenden Hintergrund der ganzen Bewegung außer Acht und kann daher nicht genügen. Die eigentliche Basis für den Zins des Leihkapitals ist der Profit der industriellen Kapitale. Nur weil das in der Industrie verwandte Kapital Mehrwerth erzeugt und aus dem Verkauf des Mehrwerthes Profit schöpft, nur darum kann das in einem Mehrwerth erzeugenden Handels- und Leihkapital in der modernen Volkswirtschaft seinerseits nun ebenfalls Gewinn erzielen. Der Profit, in letzter Instanz der Mehrwerth, den das produktive Kapital aus den Arbeitern herausschlägt, ist die Grundbedingung, auf welcher der Gewinn des Leihkapitals basiert. Und dem entsprechend ist die oberste Grenze, welcher der Zinsfuß sich nähern kann, in dem Gewinnsatz des industriellen Kapitals gegeben; er kann diese Grenze nicht übersteigen, weil sonst die zunehmende Kapitalakkumulation in wachsendem Maße die industrielle Sphäre verlassen und sich den zinstragenden Anlagegelegenheiten, die ja von vornherein um vieles bequemer und weniger riskant sind, zuwenden würde. Andererseits kann auch der Zinsfuß unter die durchschnittliche industrielle Profitrate nicht allzu tief heruntergehen, weil dann in umgekehrter Weise Verschleisungen aus der zinstragenden in die industrielle Anlagegelegenheit des Kapitals stattfinden würden. Die Konkurrenz der Kapitalisten ist es also, welche die Abweichungen beider Größen in gewisse, nicht allzu weit gesteckte Grenzen einschließt. Daher beruht nicht allein die arbeitslose Aneignung von Mehrwerth durch das unproduktive Leihkapital auf der Mehrwerthaneignung des (durch Ausbeutung der Arbeitskräfte selbst Mehrwerth produzierenden) industriellen Kapitals; sondern das Maß, in welchem das industrielle Kapital Mehrwerth aneignet, — die industrielle durchschnittliche Profitrate also — ist zugleich der in letzter Instanz entscheidende Bestimmungsgrund, nach welchem sich die wechselnde Höhe des Zinsfußes richtet. Die Bewegung des Zinsfußes muß ungefähr auch die Bewegung der Profitrate wieder spiegeln.

Die im großen und ganzen sinkende Tendenz des Zinsfußes bei rasch fortschreitender Kapitalwirtschaft deutet also auf eine im allgemeinen sinkende Tendenz der durchschnittlichen industriellen Profitrate, als auf ihren verborgenen Hintergrund, hin. Das Sinken dieser aber beruht, wie Marx nachgewiesen, auf den inneren Bedingungen der kapitalistischen Mehrwerth-Produktion selbst. Denn Mehrwerth im eigentlichen Sinne des Wortes kann von industriellen Kapital offenbar nur nach Maßgabe der von ihm beschäftigten Arbeitermenge erzeugt werden; je mehr aber die kapitalistische Wirtschaft und mit ihr die Technik sich entwickelt, um so mehr wird Menschen- durch Maschinenarbeit ersetzt, um so mehr sinkt also auch der zum Ankauf von Arbeitskräften bestimmte Kapitaltheil gegenüber dem im Ankauf von Produktionsmitteln und Rohmaterial angelegten. Das in der Produktion angelegte Totalkapital steigt also schneller, als der zur Lohnzahlung angewandte, wirklich Mehrwerth produzierende, variable Kapitaltheil. Soweit nicht gegenwirkende Faktoren die allgemeine Tendenz zeitweilig modifizieren und durchbrechen, wird also der allgemeine Entwicklungsprozeß darauf hinarbeiten, daß die eigentliche Mehrwertherzeugung (entsprechend der langsameren Vermehrung des variablen Kapitals) nicht in demselben Maße wie das industrielle Gesamtkapital zunimmt, daß mithin auch der in Profit umgesetzte Mehrwerth eine schwächere Zunahme als dieses Gesamtkapital aufweist; das Sinken der Mehrwerthsumme und damit des Gesamtprofites gegenüber dem industriellen Gesamtkapital endlich drückt sich naturgemäß in einem Sinken des Gewinnfußes, den die Gesamtkapital abwirft, d. h. in einem Sinken der durchschnittlichen Profitrate, aus.

Die Profitrate aber ist das eigentlich bewegende Prinzip der ganzen um des Profites willen produzierenden kapitalistischen Wirtschaft. Die überall widerspruchsvolle Bewegung dieser Produktionsweise kommt darin, daß sie mit ihrer eigenen Entwicklung diesen Grund und diese Lebenskraft ihres Daseins immer mehr zu unterhöhlen strebt, zum klaffenden Kluftort. Wie der Kleinbetrieb durch die technische Uebermacht des Großbetriebes, so wird ganz allgemein das kleine Kapital durch den sinkenden Profit und Zinsfuß mehr und mehr in die Enge getrieben und die Masse derer, die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaft wirklich interessiert sind, wird auch durch diese Seite des Entwicklungsprozesses in immer steigendem Maße verringert.

C. S.

Uhren, Goldwaren Grosse Auswahl! H. Zimmermann Billige Preise. Jede Uhr reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Aufgehens nur 1 Mark 50 Pf. ... Paul Lentje, Baden 2, Industrie-Str.

Direct von Aachen! weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — anerkannt niedrigen Preisen — Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom einfachsten bis zum elegantesten. Monopol-Cheviot, Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.

Herren-Hüte 65 Pf. Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Kontor. Carni-Strasse 4/5, Sankt-Augustin-Allee 101. Naturbutter, 10 Pf. Colli etc.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Sonnabend, den 20. Februar.  
**Cyberhaus.** Die Aristocerin.  
**Schauspielhaus.** König Heinrich IV. Deutsches. Moritur.  
**Berliner.** Renaisance.  
**König.** Meerleuchten.  
**Neues.** Marcelle.  
**Unter den Linden.** Der kleine Herzog.  
**Chend.** Berlin wie es weint und lacht.  
**Wetten.** Die berühmte Frau.  
**Reizend.** Affocid.  
**Thalia.** Frau Lieutenant.  
**Schiller.** Der letzte Tag. Doktor Schmidt.  
**Central.** Ein seltener Abend.  
**Volks.** Von Stufe zu Stufe.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Lothar der Baron.  
**Alexanderplatz.** Eine pikante Ehe.  
**Belle-Alliance.** Trilby.  
**Parodie.** Schloß Greifenstein oder Der Sammetkühn, nebst dem Vorspiel: Julina, die Türkin.  
**Passage-Panoptikum.** Affentheater.  
**Apollo.** Spezialitäten.

**Belle-Alliance-Theater**  
**Volks-Vorstellung**  
 unter Regie von Julius Türk.  
 Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum zweiten Male:  
**Das Mädchen von Heilbronn.**  
 Von Heinrich von Kleist.  
 Mädchen: Wilhelma Wagner, Walter v. Strahl; Heinrich v. Meiningen v. Stein; Rich. Jürgens, Theobald; Wilh. Karhol.  
 Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Buchhandlungen zu haben.

**Schiller-Theater**  
**(Wallner-Theater).**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum Besten der Pensions-Kassa deutscher Bühnengedächtniger. Zum 1. Male:  
**Der letzte Tag. Doktor Schmidt.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

**Friedrich-Wilhelmst. Theater.**  
 Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Auf altem Verlangen: Kindervorstellung. Einlebens-Witzspiel der kleinen Daniel und Gretel. Darsteller, Weich. Zeit. Daniel und Gretel.  
 Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten. — Abends 8 Uhr: Lothar, der Baron. Schauspiel in 4 Akten von Max Sonnenburger.  
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Das Mädchen von Heilbronn, oder: Das heimliche Gericht. Romanisches Mitternachtspiel in 5 Akten und 1 Vorspiel (11 Bildern) von Heinrich von Kleist. — Abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der Trompeter von Säckingen. Romanisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von G. Hildebrandt und J. Keller.  
 Biletts sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidenpark, Unter den Linden 24, bei Paul Rometz, Leipzigerstr. 6, und Julius Koenigsfeld, Karlsruherstr. 50.

**Alexanderplatz-Theater.**  
 Kleine Preise! Heute und die folgenden Tage, abends 8 Uhr. Eine pikante Ehe. Berliner Fosse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Brudens.  
 Biletts, auch die zu anderen Stellen abgegeben sind, befallen ihre Gültigkeit.  
 Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Das Mädchen vom tapferen Schneiderlein. Zauber-Komödie in 5 Akten v. Eugen Brudens.  
 Biletts sind ohne Vorbestellgebühr schon 3 Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11-1 Uhr. Abends von 7 Uhr an.

**Thalia-Theater.**  
 (vormals Adolph Grise-Theater).  
**Frau Lieutenant.**  
 Bouderie in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.  
 Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und R. Roger.  
 Sonntag, nachmitt. 3 Uhr: Trilby.

**Volks-Theater**  
 31 Reichendergerstr. 31.  
 Verbeugungskollaborator Thor.  
 Jeden Abend 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
**Von Stufe zu Stufe.**

**Central-Theater.**  
 Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.  
 Sonnabend, den 20. Februar:  
**Emil Thomas a. W.**  
 Zum 14. Male:  
**Ein seltener Abend.**  
 Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr (bei ermäßigten Preisen): Ein seltener Abend. Abends 7 1/2 Uhr: Ein seltener Abend.

**Berliner Possen-Theater**  
 Münzstrasse 17.  
 (Eingang Königgraben.)  
 Direktion: Joseph Hisinger und Leonhardy Gadel.  
**Heute geschlossen.**  
 Morgen Sonntag:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
**Baruch und Sohn.**  
 Neue Spezialitäten.

**Urania, Tauben-Strasse**  
 No. 48-49.  
 Naturkundliche Ausstellung  
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
 Eintritt 50 Pf.  
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

**Sternwarte**  
 Invalidenstr. 57/62  
 Verkehr Stadtbahnh.  
 Hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab  
 50 Pf. Im Theater: Soale täglich  
 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimen-  
 ten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.  
 Näheres die Tagesausgabe.

**Passage-Panopticum.**  
**Vorletzte Woche!**  
**Affen-Theater**  
 Heute drei  
 Vorstellungen  
 um 5 und 7 Uhr.

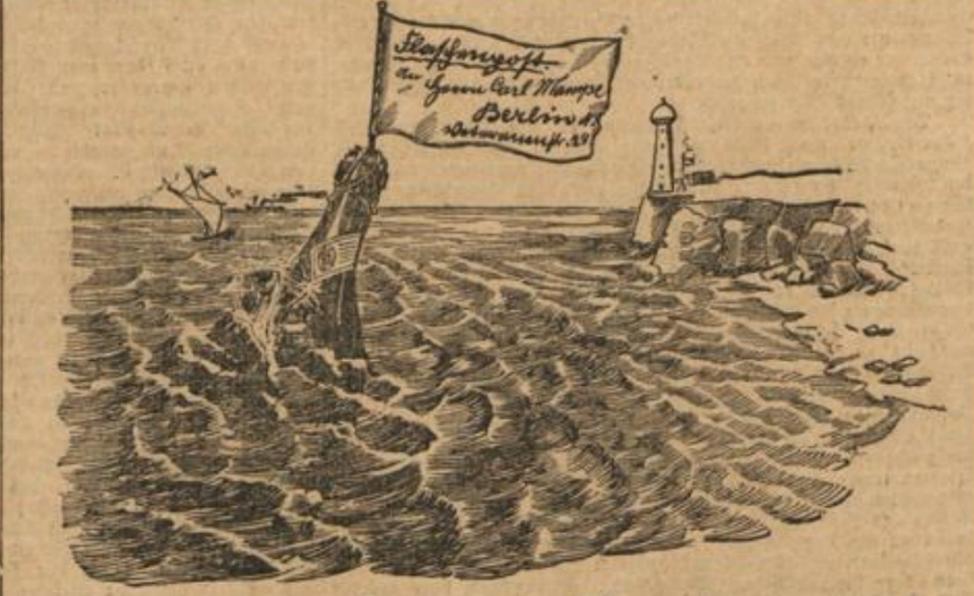
**Castan's Panopticum.**  
 Die beiden  
 indischen  
**Pygmäen**  
 die kleinsten  
 Menschen der Welt!  
 Damen-Vorstellung.

**Alcazar**  
 Variété-Theater I. Ranges.  
 Trebbenerstr. 52/53 (City-Passage)  
 Rannestr. 42/43.  
 Dir. Leiter: Kapellm. Martin Stein.  
 Täglich: Or. Orchester-Konzert u.  
**Auftreten von Kunstkräften**  
 allerersten Ranges. Dazu:  
**Nächtliches Abenteuer.**  
 Große Fosse mit Gesang in 2 Bildern.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 6  
 Entree 30 Pf. Die Direktion.

**Circus Busch**  
 Bahnhof Börse.  
 Sonnabend, den 20. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung.**  
 Das Tagesgespräch von Berlin:  
**Nach Sibirien.**  
 Außerdem: Hippologisches Manöver  
 Tableau, vorgeführt von Frau Dr.  
**Busch.** Zum ersten Male: Leopard,  
 Weidenbüchse, Bärenspiel, dörrt  
 und geritten von Herrn **Boettich-  
 Burghardt.** Die vorzüglichsten Frei-  
 heitsdressuren des Direktors **Busch.**  
**Hermanos Cahagna,** eccentric-  
 musikalische Komödie. **Hr. Coleman**  
 mit seinen dreierhundert Hunden u. Löwen.  
 Der Wüstenkönig **Hr. Alf. Daniels.**  
**Morgen: 2 Vorstellungen.** Nach-  
 mittags 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren  
 frei); Abends. — Abends 7 1/2 Uhr:  
**Nach Sibirien.**

**Circus Renz**  
 Karlstrasse.  
 (Jubiläum-Saison 1896/97.)  
 Sonnabend, den 20. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**High-life Vorstellung.**  
 Aufführung  
 der stets den ungeheilten Befall  
 aller Kreise gefundenen Novität:  
**Aus der Mappe**  
 eines  
**Niesegebirgs-Phantasten.**  
 Außerdem die hervorragendsten Nummern  
 des Repertoires: **Edinburgh**, ohne  
 Fesseln, in Freiheit dressirt und vor-  
 geführt von **Herrn Robert Renz.**  
**Mazud** und **Altharguel**, arabische  
 Fesseln, dressirt und vorgeführt von  
**Herrn Hugo Herzog.** Quadrille à la  
 cour, geritten von 8 Damen  
 und 8 Herren. Auftreten des Schutzes  
**Hr. Guberel** mit dem Schutzhorse  
**Albarac.**  
 Sonntag, den 21. Februar 1897:  
**2 Vorstellungen.** Nachmittags  
 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind  
 unter 10 Jahren frei: **Lastige  
 Blätter!** Or. elektrisches Ballet.  
 Abends 7 1/2 Uhr: **Aus der Mappe**  
 eines **Niesegebirgs-Phantasten.**

**Circus Busch**  
 Bahnhof Börse.  
 Sonnabend, den 20. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung.**  
 Das Tagesgespräch von Berlin:  
**Nach Sibirien.**  
 Außerdem: Hippologisches Manöver  
 Tableau, vorgeführt von Frau Dr.  
**Busch.** Zum ersten Male: Leopard,  
 Weidenbüchse, Bärenspiel, dörrt  
 und geritten von Herrn **Boettich-  
 Burghardt.** Die vorzüglichsten Frei-  
 heitsdressuren des Direktors **Busch.**  
**Hermanos Cahagna,** eccentric-  
 musikalische Komödie. **Hr. Coleman**  
 mit seinen dreierhundert Hunden u. Löwen.  
 Der Wüstenkönig **Hr. Alf. Daniels.**  
**Morgen: 2 Vorstellungen.** Nach-  
 mittags 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren  
 frei); Abends. — Abends 7 1/2 Uhr:  
**Nach Sibirien.**



**Was bringt Mampé's Flaschenpost?**

**Haekescher Markt 4, Ede Neue Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“.**  
 Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Leinentwaaren!**  
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**

**Ostend-Theater.**  
 Hr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weiff.  
 Sonnabend: Berlin, wie es weint  
 und lacht. Anfang 8 Uhr. — Son-  
 tag, nachm. 3 Uhr (Halbe Preise):  
**Freia. Schauspiel** mit Gesang.  
 Musik von Carl Maria v. Weber. —  
 Abends 7 1/2 Uhr: Berlin, wie es  
 weint und lacht.

**Feen-Palast, Burg-**  
**Direktion Winkler & Fröbel.**  
**Präzise 9 Uhr:**  
 Die mit jedem dem Befall auf-  
 genommene Sensations-Fosse  
**Eine tolle Nacht.**  
 Hauptrollen:  
**Rich. Wuller u. Wilhelm Fröbel.**  
 Dazu das einzig allein bokehende  
 unübertreffliche  
**Februar-Programm.**  
 Kunst-Spezialitäten ersten Ranges.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
 Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

**Concordia Variété-Theater**  
 Brunnenstr. 154.  
 Täglich: Grosse Theater- und  
 Spezialitäten-Vorstellung.  
 Das beste Programm d. Nordens.  
**Neu!** Truppe Richard (1 Herr,  
 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.  
**Neu!** Kathi Richter, Tyrolenne.  
**Neu!** Long and little Adolphi,  
 Langbucetischen.  
**Neu!** Ein geplanter Dichter.  
 Fosse.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
 Sonntags 6 Uhr.  
 Umtausch-Biletts haben Gültigkeit.

**Welt-Restaurant**  
 Variété- und Spezialitäten-  
 Theater.  
 Trebbenerstr. 97.  
 Novität! Novität!  
**Das tanzende Berlin.**  
 Im vorderen Saal täglich:  
**Künstler-Frei-Konzert.**  
 Entree:  
 Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.  
 Sonntags 6 Uhr. Sonntags 80 Pf.

**Circus Renz**  
 Karlstrasse.  
 (Jubiläum-Saison 1896/97.)  
 Sonnabend, den 20. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**High-life Vorstellung.**  
 Aufführung  
 der stets den ungeheilten Befall  
 aller Kreise gefundenen Novität:  
**Aus der Mappe**  
 eines  
**Niesegebirgs-Phantasten.**  
 Außerdem die hervorragendsten Nummern  
 des Repertoires: **Edinburgh**, ohne  
 Fesseln, in Freiheit dressirt und vor-  
 geführt von **Herrn Robert Renz.**  
**Mazud** und **Altharguel**, arabische  
 Fesseln, dressirt und vorgeführt von  
**Herrn Hugo Herzog.** Quadrille à la  
 cour, geritten von 8 Damen  
 und 8 Herren. Auftreten des Schutzes  
**Hr. Guberel** mit dem Schutzhorse  
**Albarac.**  
 Sonntag, den 21. Februar 1897:  
**2 Vorstellungen.** Nachmittags  
 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind  
 unter 10 Jahren frei: **Lastige  
 Blätter!** Or. elektrisches Ballet.  
 Abends 7 1/2 Uhr: **Aus der Mappe**  
 eines **Niesegebirgs-Phantasten.**

**Circus Renz**  
 Karlstrasse.  
 (Jubiläum-Saison 1896/97.)  
 Sonnabend, den 20. Februar,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**High-life Vorstellung.**  
 Aufführung  
 der stets den ungeheilten Befall  
 aller Kreise gefundenen Novität:  
**Aus der Mappe**  
 eines  
**Niesegebirgs-Phantasten.**  
 Außerdem die hervorragendsten Nummern  
 des Repertoires: **Edinburgh**, ohne  
 Fesseln, in Freiheit dressirt und vor-  
 geführt von **Herrn Robert Renz.**  
**Mazud** und **Altharguel**, arabische  
 Fesseln, dressirt und vorgeführt von  
**Herrn Hugo Herzog.** Quadrille à la  
 cour, geritten von 8 Damen  
 und 8 Herren. Auftreten des Schutzes  
**Hr. Guberel** mit dem Schutzhorse  
**Albarac.**  
 Sonntag, den 21. Februar 1897:  
**2 Vorstellungen.** Nachmittags  
 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind  
 unter 10 Jahren frei: **Lastige  
 Blätter!** Or. elektrisches Ballet.  
 Abends 7 1/2 Uhr: **Aus der Mappe**  
 eines **Niesegebirgs-Phantasten.**

**Apollo-Theater.**  
 Spaniens beste Tänzerin  
**Carmencita**  
 das englische Schönheits-Quintett  
**5 Lorison**  
 die unerreichten und vollkommensten  
**Lebenden Photographien**  
 mit dem Sensationsbilde:  
**„Endlich allein.“**  
 Kaiseröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Voranzeige!** Sonntag, den  
 21. Februar 1897, um 12 Uhr  
 mittags:  
**Grosse**  
**aussergewöhnliche Matinée**  
 zum Besten der am 22. März statt-  
 findenden Rentenarbeiter.  
 Der Billeterverkauf beginnt heute im  
 Bureau des Kammer-Veizigerstr. 4  
 und an der Kasse des Apollotheaters.

**Lumpe-Gastspiel**  
**Parodie-Theater**  
 Cranienstr. 52.  
 Sonnabend, den 20. zum 5. Male:  
**Schloß Greifenstein** oder  
**Der Sammetkühn** nebst dem  
 Vorspiel **Julina, die Türkin**.  
 Schar. romant. Mitternachtspiel von  
 Charlotte Birch-Pfeifer.  
 Graf v. Greifenstein: Joh. Lumpe.  
 Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Kaufmann's Variété.**  
 Königstr. — Kolonnen.  
**Neue Debuts! Neue Debuts!**  
 Der wiedererfundene **Tom  
 Belling!** Der beste Mann  
 vom Circus Reiz, genannt **Der  
 dumme August**, als Zauber-  
 parodist.  
**Brothers**  
**Atlessy,** Handkutschkroben.  
**Lilian Mayo,** Köstlich-  
 soufrette. **Patti, Black**  
**und White, Helene und**  
**Emillon, Geschwister**  
**D'Elvert, Geschwister**  
**Corelly, Der dicke**  
**Edi Blum**  
 und 25 Elite-Nummern.  
 Anfang präzis 7 1/2 Uhr.

**Schulz' Festsäle, vorm. Paster**  
**Neue König-Strasse 7.**  
 Jeden Donnerstag: 8929\*  
**Damen-Kränzchen.**  
 Jeden Sonntag:  
**= Großer Ball. =**  
 Vereinszimmer. Saal für Verlam-  
 lungungen frei. Ed. Schulz, Galtwitz.

**Album- u. Lederwaaren-Fabrik**  
**Oskar Gundau, Oranien-**  
**Str. 30.**  
 Ede Kdambertstr. 14.  
 Großes Lager aller  
 Arten Lederwaaren  
 und Schmuckgegen-  
 stände zu billigen Preisen  
 In Sammet oder  
 Leder  
**2,75 Mark**  
 in größter Auswahl

**Für 36 Mark**  
 feinste Einlage nach Maß. Für 30 M.  
 8. Sommer-Paletot nach Maß. Für  
 8-12 M. feinste Hosen nach Maß.  
 Gehrock-Anzüge zu billigen Preisen.  
 Groß-Lager. 10578\*  
**Krausenstr. 14, I, kein Laden.**

**Grosse Berliner Schneider-Akademie.**  
 System Kuhn, früh. Rothes Schloss,  
 jetzt Berlin W., Leipzigerstr. 117/118,  
**Hohenzollernhaus.** Comfortabelste  
 Einrichtung. Gründlichste Ausbildung in  
 der Herren-, Damen- und Wäsche-  
**Schneiderei.** Massige Honorare. Neue  
 Kurse am 1. u. 15. jedem Monats. Lehr-  
 bücher zum Selbstunterricht. Schnittmuster.  
 Stellennachweis. Prospekte gratis.

**Achtung!**  
**O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,**  
 edelsten alten Korbflechter Ritterstr. 1., 1/2 M. 0,50.  
 extra alte Waare 1,40, 0,70  
**Kleinverkauf von 10 Pf. an.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**  
 liefert  
**Schuhwaaren en gros & en detail**  
 in eleganter und solider Ausführung.  
**Arbeiter Berlins!**  
 Die Fabrikate der ausgeperrten  
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt  
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
 den eigenen Niederlagen  
**Bellealliancestrasse 98/99**  
 und  
**Rosenthalerstrasse 63/64**  
 verkauft.  
 Weitere Filialen in Deutschland:  
 München, Sendlingerstr. 10.  
 Köln a. Rh., Eigelstein 60.  
 Bremen, Hansenstr. 75.  
 Hannover, Klagenmarkt 7a.  
 Hamburg, Weistraße 8a.  
 Leipzig, Seifnerstraße 37.  
 Braunschweig, Gölze 4.

**DEUTSCHE SCHUH-FABRIK ERFURT**  
 GESETZL. EINIGKEIT MACHT STARK. GEW. GESCH.  
 W. Bock  
 Weiterer Filialen in Deutschland:  
 München, Sendlingerstr. 10.  
 Köln a. Rh., Eigelstein 60.  
 Bremen, Hansenstr. 75.  
 Hannover, Klagenmarkt 7a.  
 Hamburg, Weistraße 8a.  
 Leipzig, Seifnerstraße 37.  
 Braunschweig, Gölze 4.

**W. Bock**  
 Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat,  
 das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zu-  
 friedengestellt. — Unser Geschäftsgrundrath ist: Geringer Ver-  
 dienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die  
 Waare bestens empfohlen werden.  
**Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75.**  
**In der Bellealliance-Strasse bitte genau**  
**auf Nummer 98 zu achten.**  
 Für die  
 Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

**R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.**

**Original-Löwenbitter**  
**R. F. Mittelstädt's**  
**Original-Löwenbitter** ist aus passenden  
 Kräutern abdestillirt be-  
 fördert vorzüglich die Ver-  
 dauung und regt besonders  
 den Appetit an.  
**Im Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.**  
**Im Ansehn und in Flaschen überall zu haben.**

**Einsegnungs-Anzüge**  
 in blau u. schwarz Kammer u. Cheviot zu sehr billigen, aber selten Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**Wo?** machen wir unsere Herren-Partie  
 hin? Zum alten  
**Freund auf Bichelswerder.**

**Pferdebucht** bei Köpenick (20 Minuten Fahrtweg).  
 Sonntag, den 21. Februar:  
**Grosses Wurstessen und Bockbier-Anstich,**  
 wozu Freunde und Bekannte ergebenst einladet **W. Magdeburg.**

**Otto Mette's Bierquelle Süd-Ost,**  
**14 Wiener Strasse 14,**  
 Seltes u. dunkles Lagerbier, Münchener Bürger Bräu, Pilsener  
 Bier. — H. Weibler. — Warme Speisen und Getränke jederzeit.  
 Franz. Villard. — Telefon IV, Nr. 2224 10768\*

**Möbel, Spiegel**  
 und  
**Polsterwaaren**  
 Reelle  
 Waare.  
**Franz Tutzauer**  
 Ganzes  
 Wohnungs-  
 Einrichtungen  
 in Nussbaum u. Mahag.  
 zu soliden Preisen.

**Brauerei**  
**Bichelsdorf**  
 Besonm: Otto Starck  
 ladet zum  
**Bock-Anstich**  
 ein. 10442\*  
 Jeden Sonntag von nach-  
 mittags 4 Uhr ab: Großer Ball bei  
 zwei Dreierk. Garderobe frei.  
**Reell und billig**  
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
 fabrik von **W. Hirschke,** ge-  
 gründet 1872, Stahlstr. 13, Ede  
 Admiralstr. am Nordufer Tager.